Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 89 | Winter 2010/2011 | 3,10 EUR | Ausland 4,10 EUR

Silvio Meier 21.11.92 Karl Sidon 18.01.93
Klaus-Dieter R. 11.12.90 Tim Maier 26.11.05
Masch 01.06.02
Frank Böttcher 08.02.97 Mike Zerna 25.02.93
unbekannt 31.12.90 Antonio Melis 13.02.97
19.07.96 Horst Zillenbiller 01.11.99 Horst Gens 22.04.97
04.06.91 Enrico Schreiber 29.03.03 Rolf Schulze 07.11.92
19.12.03 Marinus Schöberl 12.07.02 Jeff Dominiak 26.05.93
Jana Georgi 26.03.98 Kurt Schneider 06.10.99 Horst Pulter 05.02.95
Belaid Baylal 04.11.93 Hülya Genc 29.05.93
Alexander Selchow 31.12.90 Andreas Oertel 21.03.03
Deutschmann 09.08.99 Mustafa Demiral 09.03.93
Egon Effertz 17.03.99 Horst Hennersdorf 05.06.93
18.12.92 Gülüstan Öztürk 29.05.93 Eberhart Tennstedt 05.04.94
Belhadj 22.04.01 Hans-Georg Jakobson 28.07.93 Klaus-Dieter Harms 09.08.01
Martin Kemming 15.03.96 Hans-Werner Gärtner 08.10.99
28.05.93 Hans-Joachim Sbrzesny 01.08.08 Rick Langenstein 17.08.08
Yvonne Hachtkemper 14.06.00 Jan W. 26.07.94 Ireneusz Szyderski 03.08.92
15.03.92 Dagmar Kohlmann Juli 95 Phan Van Toau April 97 M. S. 14.07.07
Samuel Kofi Yeboah 19.09.91 Ruth Zillenbiller 01.11.99
Kiowa 25.11.90 Gustav Schneeclaus 18.03.92 Klaus Peter Beer 07.09.95
Andreas Pietrzak 06.05.06 Waltraud Scheffler 24.10.92 Gunter Marx 06.08.94
Ayse Yilmaz 22.11.92 Erich Bosse Waldemar Ickert 19.12.03
Matthias Lüders 26.04.93 Alberto Adriano 11.06.00
Alja Nickel 07.10.03 Emil Wendtland 01.07.92
12.03.93 Hartmut Balzke 27.01.03 Eckhardt Rütz 26.11.00
04.03.92 Hartmut Nickel 07.10.03
Viktor Filimonov 19.12.03
Achmed Bachir 23.11.96 Samine Genc 29.05.93
Nuno Lourenco 29.12.98 Bahide Arslan 22.11.92
Götz 01.08.96 Bernd Köhler 22.07.08
26.04.08 Falko Lüdtke 31.05.00
Sven Beuter 20.02.96 Bernd G. 08.05.96

Rechte Morde

Eine Bilanz

Inhalt

AIB 89 4 · 2010

Rubriken

Titel

NS-Szene

Antifa

Rassismus

Diskussion

Gesellschaft

Braunzone

Geschichte

Repression

International

WEG DAMIT

GEGEN NAZIS

8

20

46

Auswärtiges Amt
Werderscher Markt

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de
www.nadir.org/nadir/periodika/aib/pgp.asc
PGP-Fingerprint:
C144 9F95 4A9E DB0A 5243 180F 850F D010

Editorial

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen

Anlässlich des 20. Jahrestages der deutschen »Wiedervereinigung« und der damit aufkommenden Welle mörderischer neonazistischer und rassistischer Gewalt, die ihren Anklang und Ursprung in der vielbenannten ›Mitte der Gesellschaft‹ und ihren Niederschlag in der bundesdeutschen Gesetzgebung fand, wenden wir uns im Schwerpunkt unserer Ausgabe den Opfern dieser Gewalt, der Form des Gedenkens bzw. Nicht-Gedenkens an sie, aber auch den Werdegängen der damaligen Mörder (Mörderinnen sind in Untersuchungen nicht bekannt geworden), zu. Ein Beitrag beschäftigt sich mit neonazistischer Gewalt in der BRD vor 1989. Die in einer aufwendigen Untersuchung Mitte diesen Jahres festgestellte Zahl der Opfer rechter Gewalt seit 1990 muss mittlerweile erneut nach oben, auf 138, korrigiert werden:
In der Nacht zum 24. Oktober 2010 wurde der 19-jährige Kamal K. in einem Park nahe dem Leipziger Hauptbahnhof von dem Leipziger Daniel K. (28) und Marcus E. (32) aus Erfurt provoziert und bei einer anschließenden Auseinandersetzung geschlagen und mit einem Messer erstochen. »Vielleicht hat es denen nicht gepasst, dass der Iraker mit einer deutschen Frau zusammenstand«, vermutete der Sprecher der Staatsanwaltschaft Leipzig, Oberstaatsanwalt Ricardo Schulz. »Einer oder beide stehen der rechten Szene nahe«, räumte er dann zusätzlich ein. Vorher war die Tat weitestgehend entpolitisiert worden, obwohl einer der Täter bei der Tat ein Neonazi-Sweatshirt mit der Aufschrift »Kick off Antifascism« trug. Der Verdächtige Daniel K. aus Leipzig war nach Presseberichten noch vor einigen Jahren im Raum Aachen, Mönchengladbach und Düren in die Neonazi-Szene involviert. Zeitweise war er Mitglied der eng mit der NPD verwobenen ›Kameradschaft Aachener Land‹ (KAL) und nahm an Neonaziaktionen teil.

Auf Seite 34 findet ihr einen Artikel über die Schwierigkeiten bei der Verwendung des Begriffes »Rechtsextremismus« und die komplizierte Suche nach einer alternativen, adäquaten und fortschrittlichen Begrifflichkeit zur Benennung des Spektrums »rechts von der CDU bis militante Neonazi«. Da sich das AIB auch als eine inhaltliche Diskussionsplattform versteht, möchten wir an dieser Stelle antifaschistische Zusammenhänge, Wissenschaftler_innen und Journalist_innen zur Diskussion auffordern, mit uns Begriffsbestimmungen vorzunehmen, deren politische, historische und diskursive Kontexte und Inhalte auszuloten und Alternativen zu entwerfen und zu präzisieren.

Am 2. und 3. Oktober 2010 fand in Kassel eine bundesweite Konferenz, das »Antifaschistische Familientreffen Manometer«, statt. Unter den Vorzeichen eines stärker werdenden Extremismusdiskurses und der damit einhergehenden Erhöhung des Drucks auf unabhängige Arbeit gegen Neonazis und menschenfeindliche Ideologien, wurden in Workshops und auf Podien verschiedene Aspekte der antifaschistischen Arbeit diskutiert sowie zukünftige Zusammenarbeiten und Strategien ausgelotet. Auch wir waren an der Vorbereitung beteiligt und führten gemeinsam mit den Zeitschriften ›Der Rechte Rand‹ und ›Lotta‹, eine Veranstaltung zu antifaschistischer Medienarbeit durch. Neben der Möglichkeit mal wieder in einem breiteren Rahmen mit Genoss_innen über antifaschistische Arbeit und Perspektiven diskutieren zu können, war besonders das direkte Feedback auf unsere Zeitung während der Veranstaltung interessant. Auch wenn uns natürlich E-Mails und Leser_innenbriefe erreichen – den direkten Austausch mit unseren Leser_innen kann es nicht ersetzen.

[1]

[1] Kamal K., am 24. Oktober 2010 in Leipzig von Neonazis erstochen.

Von einem internationalen Vernetzungstreffen im Rahmen der Feier zum 10-jährigen Bestehen der Antifa Novi Sad Anfang November 2010 in Serbien brachten wir ermutigende, aber auch erschreckende Eindrücke mit. Wir trafen uns mit Genoss_innen aus mehreren Ländern des Balkan sowie aus Russland und tauschten uns über die jeweiligen örtlichen Situationen aus. Wir konnten bereichernde Kontakte knüpfen, neue Autor_innen gewinnen, know-how austauschen und werden auch in Zukunft immer wieder unseren solidarischen Fokus auf diese Regionen richten.

Aus Russland waren seit unserer letzten Ausgabe erfreuliche Nachrichten zu hören. Nach langen und intensiven Protesten hob das Stadtgericht in Chimki den Haftbefehl gegen den linken Aktivisten Maxim Solopow auf. Auch der Beschluss über die Haftverlängerung für den zweiten Beschuldigten im Rahmen der »Chimki-Affäre«, Aleksej Gaskarow, wurde aufgehoben. Im Rahmen von Aktionstagen, die auf Initiative der Kampagne zur Freilassung der Gefangenen von Chimki Ende September 2010 zustande kamen, fanden in 35 Städten in 12 verschiedenen Ländern Solidaritätsaktionen für Aleksej Gaskarow und Maxim Solopow statt.

Hinweis: Auf Bitten des autor_innenkollektivs de[X]oppression möchten wir darauf hinweisen, dass uns in der letzten Ausgabe ein Fehler unterlaufen ist und auf Seite 33 ein Foto nicht anonymisiert abgedruckt wurde.

Antiextremismus in Sachsen

Der Pirnaer Verein AKuBiZ e.V. hat den mit 10.000 Euro dotierten Sächsischen Demokratiepreis abgelehnt, da die nominierten Initiativen kurz vor der Preisverleihung zur Unterschrift unter eine »Antiextremismusklausel« genötigt wurden. Die Klausel stellte sämtliche Initiativen unter Generalverdacht, indem sie ihnen ein Bekenntnis zum Grundgesetz und der freiheitlich demokratischen Grundordnung abverlangte. Darüber hinaus wurde verlangt, dass die Projekte »im Rahmen (ihrer) Möglichkeiten (Literatur, Kontakte zu anderen Vereinen/Trägern sowie Behörden, Referenzen, die jährlichen Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder etc.) und auf eigene Verantwortung dafür Sorge tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten.«

Diese Klausel ist identisch mit dem Vorschlag von Bundesfamilienministerin Schröder, die ein solches Bekenntnis im nächsten Jahr allen geförderten Projekten abverlangen will.

Das »Alternative Kultur- und Bildungszentrum« aus Pirna hat für seine Entscheidung eine Welle der Solidarität erfahren. Zahlreiche Vereine, Parteien und Initiativen unterstützen die Erklärung des Vereins. Ein Großspender aus dem Kreis der »Freunde und Förderer der Amadeu-Antonio-Stiftung«, die den Preis mit auslobte, hat 10.000 Euro überwiesen. Mit seiner Spende wehrt sich der Stifter dagegen, dass die schwere Arbeit gegen Neonazis vor Ort dermaßen behindert wird. Bundesweit gibt es derzeit eine Petition zur Abschaffung der Klausel. Während die sächsische Landesregierung den Projekten gegen Rechts im Freistaat misstraut und diese zur gegenseitigen Bespitzelung anhalten will, zündeln die Neonazis unvermittelt weiter. So brannte in der Nacht vom 12. November 2010 das Vereinshaus der »Sozialen und Politischen Bildungsvereinigung Limbach-Oberfrohna e.V.«. Ein 19-jähriger aus der rechten Szene wurde als Tatverdächtiger ermittelt. Der Verein, einer der Preisträger des Sächsischen Demokratiepreises, ist seit Jahren rechten Angriffen ausgesetzt. In den Stunden vor dem Brandanschlag wurden bereits alternative Jugendliche von Neonazis, die auf der Suche nach dem Vereinsvorsitzenden waren, attackiert und verletzt.

Der Ort in der Nähe von Chemnitz wurde bereits im Frühjahr diesen Jahres bundesweit bekannt, als die örtliche CDU ein »Bürgerbündnis für Demokratie und gegen Extremismus« initiierte und die NPD mit am Tisch Platz nehmen ließ. Schließlich sei die NPD eine zugelassene Partei, so der CDU-Stadtrat und Landtagsabgeordnete Jan Hippol. Nach Protesten wurden getreu dem Extremismusansatz dann sowohl NPD als auch LINKE ausgeschlossen. Zum Wiederaufbau des Hauses in Limbach-Oberfrohna werden dringend Spenden benötigt. ■

WEITERE INFORMATIONEN:
http://ablehnung.blogsport.de/
www.petitiononline.de/petition/wer-sich-gegen-rechts-extremismus-engagiert-macht-sich-verdaechtig-aufruf-gegen-generalverdacht-und-bekenntniszwang/160
http://schwarzerpeter.blogsport.de/

Soziale & Politische
Bildungsvereinigung L.-O. e.V.
Konto-Nr.: 351 401 65 09
BLZ: 870 500 00
Sparkasse Chemnitz

Hausdurchsuchungen nach Neonaziveranstaltung

[1] Karl Heinz Hoffmann im Interview Quelle: youtube.de

Am 11. September 2010 veranstalteten Neonazis des »Freien Netz Borna-Geithain« im »Gasthof Zollwitz« in Hausdorf bei Colditz einen Vortragsabend mit Karl Heinz Hoffmann. Ziemlich genau 30 Jahre nach dem Bombenattentat auf das Oktoberfest in München, wobei im Zuge der Ermittlungen mehrere Aktivisten der von Karl-Heinz Hoffmann 1973 gegründeten rechtsterroristischen »Wehrsportgruppe Hoffmann« (WSG) verhaftet und auch ein Verfahren gegen den Gründer eingeleitet wurde, trat dieser erstmals wieder öffentlich auf. »Der Chef« selbst wollte unter dem Motto »Die WSG – Klischee und Wirklichkeit« vor rund »60 Kameraden« seine ganz eigene Sicht der Dinge darstellen.

[1]
Karl Heinz Hoffmann
Gründer der "Wehrsportgruppe Hoffmann"

Den Neonazis war offensichtlich schon bewusst »dass dies die Überwachungsapparate nervös werden ließ«, denn »schließlich galt Hoffmanns WSG als eine Art ‚Braune Armee Fraktion'«. Dass es aber nur wenige Stunden nach dem Auftritt zu Razzien im Kreis der Veranstalter und im »Braunen Haus« in Jena kam, dürfte selbst sie überrascht haben. Schon drei Wochen später kam es zu einer weiteren, größer angelegten Durchsuchungsaktion. Die Staatsanwaltschaft Gera ermittelt auf Grundlage abgehörter Telefongespräche gegen mehrere Neonazis wegen des Verdachts der Weitergabe und Verwendung von Sprengstoff. Kurz vor einem abgehörten Gespräch besuchten die verdächtigten Neonazis den Vortragsabend des »Freien Netz«. Deshalb durchsuchten am 6. Oktober etwa 200 Polizisten 16 Objekte in Sachsen, Thüringen und Franken. Darunter waren der »Gasthof Zollwitz« und drei Objekte von Karl-Heinz Hoffmann: das Schloss Ermreuth, das Rittergut Schloss Sahlis und ein Haus in der Nürnberger Innenstadt. Sprengstoff wurde zwar nicht gefunden, dennoch werde das beschlagnahmte Material nun ausgewertet und dann entschieden, ob gegen die Neonazis weiter ermittelt wird, so die Staatsanwaltschaft. ■

BGH: »Thor Steinar«-Läden müssen schließen

Die Richter des zwölften Zivilsenats des Bundesgerichtshofes (BGH) entschieden bereits im August 2010. Am 6. Oktober 2010 wurde unter dem Aktenzeichen XII ZR 192/08 das entsprechende Urteil veröffentlicht. Im Ergebnis entschied der zwölfte Zivilsenat, die Revision gegen das Urteil des neunten Zivilsenats des Oberlandesgerichts Naumburg vom 28. Oktober 2008 auf Kosten des Geschäftsführers der beiden Läden in Magdeburg sowie Berlin und gleichzeitigem Geschäftsführer des »Thor Steinar«-Herstellers, zurückzuweisen. Dieser hatte versucht, durch eine Revision die gegen ihn erfolgte Räumungsklage abzuwenden. Der Beklagte sei nun zur Räumung und Herausgabe der Räumlichkeiten verpflichtet, denn der Mietvertrag im Magdeburger Hundertwasserhaus sei »wirksam wegen arglistiger Täuschung gemäß § 123 Abs. 1 BGB angefochten« worden, so der BGH in seiner Begründung. Das Urteil schafft nun auch in ähnlich gelagerten Fällen, wie z.B. in Berlin oder Schwerin, Klarheit.

In dem Urteil heißt es, »der Beklagte sei unter Zugrundelegung seines eigenen Sachvortrags verpflichtet gewesen, der Klägerin im Zuge der Vertragsverhandlungen auch ohne ausdrückliche Nachfrage mitzuteilen, dass er weit überwiegend Ware der Marke ‚Thor Steinar' verkaufen wolle«. Da das Hundertwasserhaus »aufgrund seiner besonderen Gestaltung eine Attraktion für Touristen und Kunden« darstelle, könne der Verkauf der Marke »Thor Steinar« zur Folge haben, dass ein Mietobjekt »in den Ruf gerät, Anziehungsort für rechtsradikale Käuferschichten zu sein«. Diese mögliche rufschädigende Wirkung sei geeignet, Kunden und Touristen fern zu halten. Daneben könnten sich andere Mieter und Gewerbetreibende im selben Gebäude zu einer Mietminderung oder Beendigung des Mietverhältnisses veranlasst sehen und auch potentielle neue Mieter könnten so vom Abschluss eines Mietvertrags abgehalten werden, führte der BGH in seiner Urteilsbegründung aus.

»Der Verkauf von Waren der Marke ‚Thor Steinar' kann deshalb der Vermieterin erheblichen wirtschaftlichen Schaden zufügen«, so der zwölfte Zivilsenat. Auch sei die irrtümliche Vermietung von Geschäftsräumen »zum Verkauf von Waren, die in der öffentlichen Meinung ausschließlich der rechtsradikalen Szene zugeordnet werden, geeignet, den Vermieter in der öffentlichen Meinung in die Nähe zu rechtsradikalem Gedankengut zu stellen und könne sich auch deshalb geschäftsschädigend für ihn auszuwirken.« Im Hinblick auf diese möglichen gravierenden Auswirkungen sei der »beabsichtigte Verkauf der Marke »Thor Steinar« für die Vermieterin von erheblicher Bedeutung gewesen«. Der Beklagte »war deshalb nach Treu und Glauben und den Grundsätzen eines redlichen Geschäftsverhaltens« verpflichtet, die Vermieterin über den beabsichtigten Verkauf zu informieren. Aus diesem Grund verliert »Thor Steinar« noch zwei weitere Verkaufsstellen. Der von der Protex GmbH betriebene »Tönsberg« in Berlin-Mitte musste zum 8. Dezember 2010 schließen oder es auf eine Räumungsklage ankommen lassen. Der gleichnamige Laden in Nürnberg, hier betrieben durch die Bestmarke Textil GmbH, hat einem Vergleich mit dem Vermieter zugestimmt und soll zum 6. Januar 2011 ausziehen.

Anders gestaltet sich die Situation um den »Thor-Steinar-Outlet-Store« »Tromsö« in Berlin-Friedrichshain. Hier wurde im Mietvertrag explizit der Verkauf der bei Neonazis beliebten Bekleidungsmarke festgehalten. Eine angestrebte Räumungsklage wurde am 2. Dezember vor dem Landgericht Berlin verhandelt. Ob das Urteil hierauf Einfluss hatte, war zum Redaktionsschluß noch nicht bekannt. ■

Kameradschaft Saarsturm gibt Auflösung bekannt

Nur 14 Monate nach ihrem ersten öffentlichen Auftreten auf dem Sommerfest der NPD-Saar am 1. August 2009 hat die »Kameradschaft Saarsturm« ihre Auflösung bekannt gegeben. Einer der Gründe dafür ist die ständige Öffentlichkeit, an die sie von Antifaschist_innen seit ihrer Gründung gezogen wurde. So veröffentlichte die Antifa Saar bereits vier Wochen nach diesem ersten Auftritt einen Rechercheflyer, auf dem der Großteil der KS-Mitglieder namentlich und bildlich identifiziert wurde. Daraufhin zog sich bereits ein Teil der Aktiven zurück. Dieser Druck erhöhte sich Mitte August 2010 noch einmal, nachdem Antifaschist_innen die Tätigkeit führender saarländischer Neonazis, darunter auch ein Mitglied der »KS Saarsturm«, als Sicherheitsleute auf dem Musik-Festival »Rocco del Schlacko« aufdeckten, was von sämtlichen lokalen Medien aufgegriffen wurde und sogar eine Sitzung des Innenauschusses des saarländischen Landtages nach sich zog. In den folgenden Wochen verteilten Antifaschist_innen Outingflyer in den Wohnorten der Kameradschaftsmitglieder. Kurz darauf wurde der 21-jährige vorbestrafte Ken Eisenbarth, führendes Mitglied der »KS Saarsturm«, vom LKA wegen des Verdachts der Körperverletzung verhaftet und in Untersuchungshaft genommen. Am folgenden Tag wurde die vom saarländischen NPD-Chef Frank Franz angemeldete Webseite der »Kameradschaft« von allen Inhalten gesäubert. Dort ist nun nur noch zu lesen: »Die Kameradschaft Saarsturm hat sich aufgelöst. Diese Seite wird nicht weiter betrieben«.

Auch wenn die Neonazis in der Region verbleiben, ist die Frage, die auf dem Rechercheflyer 2009 gestellt wurde: »Frischer Wind in der saarländischen Kameradschaftsszene oder nur ein laues Lüftchen?«, vorläufig wohl mit letzterem zu beantworten. ■

Tote ohne Anerkennung

Mindestens 140 Menschen starben in den vergangenen 20 Jahren in Deutschland durch rechte Gewalt. Nur ein Drittel dieser Toten taucht in den offiziellen Statistiken auf. Ohne Antifagruppen wären viele dieser Tötungsdelikte – insbesondere in den 1990er Jahren – sowie die Tathintergründe nie öffentlich geworden. Sie sind es auch, die in vielen Städten dafür sorgen, dass diese Toten nicht vergessen werden.

Ostermontag 2005. Nach einer kurzen verbalen Auseinandersetzung tötet der Dortmunder Neonazi Sven Kahlin den unbewaffneten Punk Thomas »Schmuddel« Schulz in einem U-Bahnhof mit einem Messerstich ins Herz. Einen politischen Hintergrund wollte das Landgericht Dortmund bei dem wegen eines Angriffs auf einen Punk vorbestraften Kahlin nicht erkennen und verhängte sieben Jahre Haft wegen Totschlags. Die Neonaziszene in NRW feierte Kahlin als Märtyrer. Aus der Haft verbreitete er eine Grußbotschaft an die »Kameraden«. Ende September 2010 wurde der inzwischen 22-Jährige vorzeitig entlassen und ist wieder in die Dortmunder Neonazistrukturen eingestiegen.[1]

In der Nacht zum 14. Juli 2007 stirbt ein 17-Jähriger am Rande eines Waldfestes in Brinjahe (Schleswig-Holstein). Das ehemalige NPD-Mitglied Garvin Koß aus dem Umfeld von Neonazikader Peter Borchert erschlägt ihn mit einer Eisenstange, weil er ihn für einen »Bullenspitzel« hält. Das Opfer hatte sich vorher ebenfalls in der rechten Szene bewegt, aber sich inzwischen von ihr gelöst. Nachdem Koß den Jungen schon auf dem Weg zum Waldfest verprügelt hatte, stellte dieser eine Anzeige gegen Unbekannt. Auf dem Heimweg trifft die Gruppe um Koß erneut auf den 17-Jährigen. Sie ziehen ihm ein Polizei-Merkblatt zum Thema Opferschutz aus der Hosentasche und meinen, ihn damit als »Spitzel« enttarnt zu haben. Koß wird 2008 wegen Totschlags zu einer Freiheitsstrafe von zwölf Jahren und sechs Monaten verurteilt.

Mit einer Pumpgun bewaffnet stürmt der Neonazi Thomas Adolf am 7. Oktober 2003 in die Kanzlei des Rechtsanwalts Hartmut Nickel in Overath (Nordrhein-Westfalen). Der ehemalige Söldner erschießt den Anwalt, seine Tochter und seine Frau. Während der Tat trägt er am Hemdkragen SS-Runen. Einen Tag später verfasst Adolf ein Flugblatt, wonach »mit der Befreiung des Reichsgebietes und der strafrechtlichen Verfolgung der Hochverräter begonnen« worden sei. Im Dezember 2004 wird er wegen Mordes zu lebenslanger Haft mit anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt. Der Dreifachmord ist tagelang das Topthema in allen Medien, die neonazistischen Hintergründe werden mit keinem Wort erwähnt.[2]

So unterschiedlich diese drei Fälle sind, so haben sie doch eine Gemeinsamkeit: sie tauchen in den offiziellen Statistiken der Bundesregierung zu Todesopfern rechter Gewalt nicht auf. Die Aufzählung nicht anerkannter Opfer lässt sich problemlos seitenlang weiterführen. Selbst konservative Recherchen, wo nur Fälle berücksichtigt wurden, bei denen eine Tatverurteilung erfolgte, zählen inzwischen 47 Todesopfer seit 1990. Zuletzt veröffentlichten nach monatelangen Recherchen der Berliner »Tagesspiegel« und die Wochenzeitung »Die Zeit« gemeinsam eine Liste mit 137 Toten.[3] Zählt man die Todesopfer der nicht aufgeklärten, vermutlich rassistisch motivierten Brandanschläge der letzten

1| Vgl.: http://s4.blogsport.de/2010/09/26/demonstration-29-09-2010-keine-rueckzugsraeume-fuer-rechte-moerder
2| Siehe: Lebenslang für Kölner Nazi-Söldner, AIB # 65
3| Siehe: Tagesspiegel- und Zeit-Ausgabe vom 16. 9. 2010

zwanzig Jahre dazu, wie z.B. in Lübeck am 18. Januar 1996, liegt die Zahl noch um einiges höher.

Selten wird der mörderische Charakter extrem rechter Ideologie so deutlich wie beim Lesen der 137 Beschreibungen jedes einzelnen Tötungsdelikts.[4] Doch wer gehofft hat, die haarsträubenden Vergleiche zwischen »Linksextremismus« und »Rechtsextremismus« durch Politik und Medien müssten spätestens jetzt aufhören, wurde enttäuscht. Obwohl viele Medien das Thema kurz aufgreifen, gibt es kaum einen öffentlichen Aufschrei, geschweige denn eine neue Diskussion um die tödliche Dimension extrem rechter Ideologie.

[1] Mahnwache für den ermordeten Thomas »Schmuddel« Schulz in einem Dortmunder U-Bahnhof.

Der lange Weg zur offiziellen Anerkennung

Wie kommt es zu dieser hohen Differenz zwischen den offiziell anerkannten Todesopfern rechter Gewalt und den tatsächlichen? Der nahe liegende Schluss, dass Polizei und Justiz bewusst politische Tathintergründe ausblenden, um das unliebsame Thema rechte Gewalt »klein zu halten« mag in einigen Fällen zutreffen, erklärt aber nicht das Gesamtphänomen. Die Landeskriminalämter übermitteln die nach der offiziellen PMK-rechts Definition eingestuften Tötungsdelikte an das Bundeskriminalamt (BKA), das für die Bundesregierung die Liste zusammenstellt. Wenn also die Polizei vor Ort einen politisch rechts motivierten Mord (sei es aus Ignoranz oder bewusst) nicht von Anfang an als PMK-rechts[5] einstuft und im Prozess die Frage der Tatmotivation keine zentrale Rolle spielt, oder vor Gericht einschlägige Beweise einfach ignoriert werden, kommt der Fall nie beim BKA an. Auffällig ist, dass es der Polizei schwer fällt ein rechtes Tatmotiv festzustellen, wenn die Getöteten nicht in die stereotype Opfergruppe (Migrant_innen) von Neonazis passen. Sie können sich offenbar nicht vorstellen, dass ein Neonazi erst mit einem Obdachlosen zusammen zechen kann und ihn anschließend trotzdem aus Hass auf »Asoziale« zu Tode prügelt. Bestätigt wird dieser Eindruck, wenn man die offiziellen Zahlen mit den 137 nachrecherchierten Todesopfern vergleicht. Mehr als 70 Prozent der Fälle, bei denen die Opfer Obdachlose, Behinderte oder sozial Randständige sind, wurden nicht erfasst. Ein weiteres Problem ist, dass viele Richter sich aus Angst vor Revisionsanträgen scheuen, im Urteil explizit eine »rechtsextreme« Motivation zu benennen. Das gleiche gilt, wenn Täter den Mord schnell gestehen. Kaum ein Gericht hat noch Interesse die Hintergründe zu klären, wenn bereits ein fertiges Geständnis auf dem Tisch liegt.

Antifaschistische Gedenkkultur

Nicht alleine für die Angehörigen der Opfer ist es wichtig, dass die Getöteten »offiziell« als Todesopfer rechter Gewalt vom Staat anerkannt werden. Dass möglichst alle Tötungsdelikte in der öffentlichen Wahrnehmung ankommen, liegt aber auch in der Verantwortung der radikalen Linken. Ob Gedenksteine, Demonstrationen oder andere Veranstaltungen; fast immer sind es Antifaschist_innen, die die unangenehme Erinnerung an Neonazimorde in ihren Regionen wach halten und (nicht nur) tödliche Neonazigewalt thematisieren. Für die Zukunft bleibt es weiterhin wichtig, dass lokale antifaschistische Gruppen und Beratungsprojekte für Opfer rechter Gewalt Hinweisen auf solche Tötungsdelikte nachgehen und damit offensiv und hartnäckig an die Öffentlichkeit treten. Dazu gehört es auch, Prozesse zu beobachten und Sorge zu tragen, dass Angehörige durch kompetente Nebenklageanwälte in den Prozessen vertreten werden. Denn häufig werden erst vor Gericht durch die Nebenkläger die politischen Hintergründe deutlich. Das Gedenken an »Schmuddel« in Dortmund ist eines von vielen positiven Beispielen, wie eine antifaschistische Erinnerungskultur erfolgreich sein kann. Wenige Tage nach der vorzeitigen Entlassung des Täters gab es direkt eine Antifa-Demo mit mehreren Hundert Teilnehmer_innen unter dem Motto »Keine Rückzugsräume für rechte Mörder!«[6] zum lokalen Neonazitreffpunkt. In den Berichten der Lokalzeitungen wird die neonazistische Tatmotivation aufgrund der jahrelangen Öffentlichkeitsarbeit inzwischen nicht mehr in Frage gestellt. ■

4| Siehe: www.zeit.de/todesopfer-rechter-gewalt

5| Seit 2001 gibt es die neue Definition der »Politisch Motivierten Kriminalität-rechts«. Danach werden Straftaten als politisch motiviert gezählt, »wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person gerichtet sind wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status.« Theoretisch werden damit auch Morde einbezogen, bei denen die Täter keine gefestigten Neonazis sind.

6| http://s4.blogsport.de/2010/09/30/demobericht-vom-29-9-2010/

Von Lichterketten und Scherbendemos

Reaktionen und Gedenkkulturen nach Neonazi-Morden

Die Liste der durch neonazistische Gewalt ermordeten Menschen seit 1990 ist lang. Gleichzeitig ist auffällig, bei wie wenigen der Taten überhaupt noch einige der Eckdaten im kollektiven Gedächtnis verankert sind.

Die Namen der von Neonazis ermordeten Amadeu Antonio, Frank Böttcher oder Marinus Schöberl wecken sofort Assoziationen. Amadeu Antonio Kiowar starb am 6. Dezember 1990 in Eberswalde nach einem Angriff durch eine große Gruppe neonazistischer Skinheads. Die Polizei griff nicht ein, die Täter wurden lediglich wegen Körperverletzung mit Todesfolge verurteilt, das Gericht sprach von »jugendtypischen Verfehlungen«. Der Mord an einem Familienvater, kurz nach der von der BRD feierlich begangenen Wiedervereinigung, sorgte für größte Aufmerksamkeit – der Prozess wurde international beachtet. 1998 gründete sich die Amadeu-Antonio-Stiftung und sorgt so im Bereich der zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rechts für eine nachhaltige Präsenz dieses ersten Neonazi-Opfers.

Am 8. Februar 1997 wurde Frank Böttcher in Magdeburg an einer Straßenbahnhaltestelle von Neonazis mit Messern angegriffen und starb wenig später (vgl. AIB #38). Die Täter fühlten sich von Franks Zugehörigkeit zur Punkerszene »provoziert«. Die Polizei ging nach der Tat nicht von einem neonazistischen Täter aus. Die seit Jahren anhaltende rechte Gewalt und die Existenz einer großen Neonazi-Szene in Magdeburg wurden dabei verharmlost und ausgeblendet. Erst als sich die Wut tausender Demonstrant_innen während der Trauerdemo für Böttcher in Angriffen auf Neonazis und Läden in der Innenstadt entlud, fing die Presse an, sich stärker für den Fall zu interessieren.

Marinus Schöberl starb am 13. Juli 2002 in Potzlow. Die Täter aus der Neonaziszene hatten ihn stundenlang gefoltert und anschließend seine Leiche vergraben (vgl. AIB # 58 & 60). Erst ein halbes Jahr später wurde sie entdeckt und die Täter zu hohen Haftstrafen verurteilt. Neben der Grausamkeit war es besonders das Verhalten vieler Bewohner_innen von Potzlow, welches die Gemüter erregte. Erstes Anliegen der Bürgerversammlung war es, einen Imageschaden vom Dorf fernzuhalten. Anstatt die Ursachen der Tat im Umgang innerhalb der Gemeinde zu suchen, vertrat der Bürgermeister, Marinus Schöberl sei schlicht »zur falschen Zeit am falschen Ort« gewesen. Dennoch wurde der Fall

[1] Wütende Demonstrant_innen schufen in Magdeburg nach der Ermordung von Frank Böttcher mit ihren Aktionen ein bundesweites Medienecho.

Potzlow durch die Thematisierung in Filmen, Büchern und Theaterstücken bundesweit bekannt und als Paradigma für eine dörfliche Kultur der Sprachlosigkeit und alltäglichen Brutalität berüchtigt.

Lichterketten...

Rückblick: Der Beginn der 1990er Jahre war von einer unvorstellbaren Wucht an rassistischen Angriffen und Morden geprägt. Rostock, Mölln und Solingen – Die Tatorte sind noch heute Synonyme für neonazistische Gewalt in Deutschland, die Namen der Menschen, die dabei umkamen, sind dagegen bis heute weitgehend vergessen. Im November 1992 starben die Kinder Yeliz Arslan und Ayse Yılmaz sowie die 51-jährige Bahide Arslan bei einem rassistischen Brandanschlag in Mölln. In Solingen im Mai 1993 töteten neonazistische Täter mit einem Brandsatz die Kinder Hülya Genç, Gülüstan Öztürk und Saime Genç, sowie die Erwachsenen Hatice Genç und Gürsün Ince.

Vor dieser Kulisse einer ausufernden Neonazigewalt entstand eine eigene Form der »Gedenkkultur« – die bundesweit organisierten Lichterketten. Unterstützt von Parteien und Medien sollte mit diesen Lichterketten dem Ausland das »andere« Deutschland gezeigt werden. Sie hatten enormen Erfolg: hunderttausende Menschen in zahlreichen Städten beteiligten sich. Sie waren ein stiller Protest und Gedenken an die von Neonazis ermordeten und gegen rassistische Gewalt. Dass die Lichterketten einen so durchschlagenden Erfolg hatten lag auch daran, dass sie ein niedrigschwelliges Angebot für all diejenigen waren, die ein Zeichen gegen die Neonazigewalt setzen wollten, aber nicht wussten wie.

...und die Kritik daran

»Solange Lichter nur / in Händen brennen / können Millionen auf die Straße geh'n / solange Lichter nicht / in Köpfen brennen / ist damit überhaupt noch nichts geschehen/« (Punk Band Slut's'N, 1994. Lichterkette.)

Von der radikalen Linken wurden diese Lichterketten als verlogen abgelehnt. Während gegen die Pogrome von der Polizei nur zögerlich bis gar nicht vorgegangen wurde, war gegen Antifa-Demos hart durchgegriffen worden. Anstatt dass sich aufgrund der Morde die Politik auf die Seite der Angegriffenen stellte, wurde das Asylgesetz verschärft und damit dem rassistischen Mob ein Sieg zugestanden. Die Bilder von hunderttausenden friedlich-kerzenhaltenden Deutschen wurden dafür genutzt, das Ausland zu besänftigen. Ausländische Investitionen sollten nicht gefährdet – die Beunruhigung der ehemaligen Alliierten über zunehmenden Rassismus in Deutschland zerstreut werden. Besonders makaber wirkte in diesem Zusammenhang der Kommentar des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog zum neonazistischen Brandanschlag in Lübeck 1996, bei dem zehn Menschen starben: »Sollte es sich wieder um einen rechten Anschlag handeln, dann reißt mir allmählich der Geduldsfaden, dann gibt es wieder Lichterketten«[1].

Doch entwickelte die linksradikale Szene, außer der Ablehnung der staatlich unterstützten Form des Gedenkens, eigene Wege mit dem Andenken an die Opfer umzugehen?

Nach Neonazimorden wurde häufiger auf direkte Aktion gegen Neonazistrukturen vor Ort gesetzt, so z.B. nach dem Mord an dem Hausbesetzer Silvio Meier 1992 in Berlin:

»Ich kann mich noch an die Nacht erinnern, als Silvio Meier [...] von Nazis erstochen wurde. [...] Am nächsten Tag gab es eine Spontandemo mit 2000 Leuten. Jetzt war der Hass da. Wir zogen zum nächsten Naziclub. Immer wieder lösten sich Gruppen aus der Demo heraus, die sich mit allem, mit Feuer und Eisenstangen dem Gebäude annahmen, in dem sich zu dem Zeitpunkt kein Mensch befand. Als die Demo vorbei war stiegen Rauchschwaden aus dem Laden auf.«[2] Jedes Jahr um den Todestag organisieren lokale Antifa-Gruppen Aktionswochen, Veranstaltungen und eine Demonstration. Geprägt ist diese Form des Gedenkens von jugendkulturellen Angeboten. Es ist mittlerweile ein wichtiges Ereignis, bei welchem jugendliche Antifaschist_innen über den Erlebnischarakter der Veranstaltungen mit politischen Themen und Gruppen in Kontakt kommen. Doch auch radikale Linke lehnten nie pauschal stillere Formen des Gedenkens ab. So gab es zum Todestag Silvio Meiers auch immer Mahnwachen am Tatort, wo Angehörige, Freund_innen und Anwohner_innen gemeinsam in stillerer At- →

1| Obwohl zahlreiche Hinweise zu Mitgliedern der Neonazi-Szene des benachbarten Grevesmühlen führten, wurde stattdessen gegen den Hausbewohner Safwan E. ermittelt. Dieser wurde letztendlich freigesprochen, die wahren Täter wurden nie belangt.

2| A.G. Grauwacke, Autonome in Bewegung, 2003, S. 295. Siehe auch: »Solidarität macht Mut«, AIB # 57., Interview mit Ekke, einem Freund von Silvio, am 10. Jahrestag des Mordes.

[1] Amadeu Antonio Kiowar starb am 6. Dezember 1990 in Eberswalde nach einem Angriff durch eine große Gruppe neonazistischer Skinheads.

[2] Eine Mahnwache für den von Neonazis ermordeten Frank Böttcher in Magdeburg.

mosphäre des Toten gedachten. Am Tatort wurde eine Gedenktafel angebracht. Mittlerweile gibt es die Initiative, eine Straße nach Silvio Meier zu benennen.

Gedenkmuster?

Die meisten Toten seit 1990 haben allerdings aus verschiedenen Gründen nicht die gleiche Aufmerksamkeit erfahren. Weder wurden Stiftungen nach ihnen benannt, noch gab es wütende Demonstrationen. Anhand dieser Schlaglichter auf verschiedene Neonazimorde und dem Umgang damit, stellt sich die Frage, nach welchen Mechanismen das Gedenken an einige Opfer auch noch Jahre später fortlebt, während andere schnell vergessen werden. So makaber es auch klingen mag, sorgten gerade skandalöse Ermittlungen der Polizei, die besondere Brutalität des Angriffs oder die falsche Darstellung von Politiker_innen und Presse oft dafür, dass der Mord doch noch traurigen Ruhm erlangte. Schlampige Arbeit und offensichtliches Desinteresse der Polizei, sich mit dem Fall zu beschäftigen, lösten den Ehrgeiz von engagierten Journalist_innen, Antifa – und Opfergruppen aus, durch die Herstellung einer breiten Öffentlichkeit die Tat bekannt zu machen. Diese öffentlichen Skandalisierungen beschleunigten oft die Ermittlungen. War das Opfer des Neonaziangriffs Teil einer politischen oder (sub-)kulturellen Bewegung, wurde der Angriff meist nicht nur als Mord an einem Einzelnen, sondern als Angriff auf die gesamte Szene bewertet. Tödliche Angriffe auf Punks, wie Frank Böttcher, oder Hausbesetzer, wie Silvio Meier, hätten genauso gut jeden anderen aus diesen Subkulturen treffen können, weswegen sich schnell viele solidarisierten. Auch gute Kontakte der Angehörigen und Freundinnen zu Journalist_innen, entschieden oft, ob ein Angriff in breitem Umfang skandalisiert wurde – insbesondere wenn es darum ging, den Fall überregional bekannt zu machen. Presse und Fernsehen zeigten dabei meist erst größeres Interesse, wenn es bei Gedenkdemos zu Randale kam. Auch eine internationale Aufmerksamkeit sorgte dafür, dass über einige Taten breit berichtet wurde. Nach dem Mord an der Ägypterin Marwa al Sherbini 2009 im Landgericht Dresden sorgten Demonstrationen von tausenden Ägypter_innen sowie die Furcht vor einer Verschlechterung diplomatischer Beziehungen zu dem arabischen Land dafür, dass der Fall in jeder deutschen Zeitung breite Aufmerksamkeit erhielt. Die meisten Angehörigen von Opfern neonazistischer Gewalt hatten allerdings nicht das Glück, dass eine breite Bewegung einsetzte, um den Tod aufzuklären oder die Täter zu bestrafen. Viele der Angehörigen und Freunde hatten auch nur selten selbst die Möglichkeit, ihrer Wut und Trauer Ausdruck zu verleihen. Sie wurden ja gerade deswegen Opfer neonazistischer Gewalt, weil sie sich außerhalb der Mehrheitsgesellschaft befanden. Obdachlose und Asylbewerber_innen haben weder eine starke Lobby, noch haben sie die Mittel und Kontakte, um sich Gehör zu verschaffen. Gelingt es ihnen doch, schlägt dies manchmal gegen sie selber zurück.[3] Neben einer Position am Rand der Gesellschaft, aus der es schwer ist sich Gehör zu verschaffen, trug oft auch eine Individualisierung des Falles zu dessen Entpolitisierung bei. Die Psyche der Täter,

3| So wurden die Freunde von Oury Jalloh in Dessau, welche lautstark die Aufklärung der Umstände des Todes in der Polizeihaft forderten, regelmäßig von der Polizei kontrolliert und ihnen ihre Gewerbeerlaubnis entzogen (vgl. AIB # 87).

[1] [2] [3] [4]

Der Amadeu-Antonio-Prozess wurde international beachtet. Die Täter – Jordan K. [1], Marek J. [2], Steffen H. [3] und Ronny J. [4] wurden lediglich wegen Körperverletzung mit Todesfolge verurteilt, das Gericht sprach von »jugendtypischen Verfehlungen«.

Demütigungen und Traumatisierungen in deren Kindheit galten vor Gericht oder in der Presse oft als entscheidendere Faktoren um die Tat zu erklären, als die von den Tätern selbst gewählte Nähe zur neonazistischen Szene. Oft sorgte auch ein gesellschaftliches Umfeld das sich mit den Tätern solidarisierte dafür, dass eine Thematisierung der Tat schnell versandete.[4] In solchen Fällen wurden nicht die neonazistischen Täter als die Bedrohung des (meistens) dörflichen oder kleinstädtischen Friedens wahrgenommen, sondern die »Leute von außen«, die den Vorfall aufdeckten und Konsequenzen forderten. Oft war es für Angehörige und Freunde des Opfers sehr schwer, mit dem Schock und der Trauerbewältigung umzugehen. Viele zogen ein stilles Abschiednehmen und Verkraften der neuen Situation einer wütenden Skandalisierung vor, bei der es nicht ausbleibt, dass sie über Wochen hinweg im Rampenlicht stehen müssen.

Viele Wege – Ein Ziel

Verschiedene Antifagruppen versuchten auch immer wieder Morde an Menschen zu thematisieren, die über keinerlei gesellschaftlichen Rückhalt verfügten. So wurden regelmäßig Demonstrationen zum Todestag von Dieter Eich organisiert, einem Obdachlosen, der im Jahr 2000 in Berlin-Buch erschlagen wurde. Auch wenn diese Demonstrationen bislang nur selten Wirkung über den engeren Kreis von meist jüngeren Antifa-Aktivist_innen hinaus entfalteten, bleiben sie wichtig und richtig. Nicht nur aus moralischen Gründen. Mit diesen Demonstrationen, Veranstaltungen, Plakaten oder You-Tube-Videos im Gedenken an Dieter Eich wird eine Sensibilisierung für Gewalt gegen Minderheiten geschaffen, die vielleicht hilft, zukünftige Morde zu verhindern. Andere Initiativen wie z.B. »Siempre Antifascista« (siehe S. 28), versuchen das Gedenken in einen internationalen Kontext zu stellen und darüber eine Vernetzung und die Etablierung eines Gedenktages zu erreichen. Das Ursachengeflecht in allen Fällen von Neonazimorden seit 1990 ist vielschichtig und lässt sich nur selten abstrakt behandeln. Eins taucht dabei jedoch immer wieder auf: Eine Weltanschauung, die auf Ungleichwertigkeit von Menschen aufbaut und die Gewalt gegen Bevölkerungsgruppen, die in den Augen der Mehrheitsgesellschaft als Außenseiter oder fremd gelten, als legitim auffasst. Mordtaten geschehen nur äußerst selten aus dem Nichts heraus. Fast immer gibt es eine Vorgeschichte, die sich in den meisten Fällen stark ähnelt: Ein Verharmlosen und Ignorieren von Neonazis in der Region, eine teilweise Schnittmenge der Wertesysteme zwischen Neonazis und einem Teil der Bevölkerung (auch der Polizei) und dem Fehlen von antifaschistischen Strukturen vor Ort. Hierdurch kann sich eine Kultur der Gewalt und Überlegenheit erst etablieren. Es stellt sich die Frage, wie die Antifa-Bewegung in Zukunft auf Neonazimorde angemessen reagieren kann. Wütende und direkte Protestaktionen haben weiter ihre Notwendigkeitund sorgen oft erst für die nötige Aufmerksamkeit und den erwünschten politischen Druck auf Öffentlichkeit, Polizei und Justiz. Trotzdem sollte sich eine Antifa-Bewegung, die breite Bündnisse zur Abwehr neonazistischer Gewalt schließen will, auch Gedanken über ruhige und kontinuierliche »Rituale« machen, die auch für Menschen Attraktivität besitzen, die sich nicht zur hauptsächlich jugend-kulturell geprägten Antifa-Szene rechnen. Mahnwachen wie im Gedenken an Silvio Meier wären eine Möglichkeit, aber auch Konzerte, Wandbilder, Theaterstücke, Ausstellungen oder Lesungen mit oder von Künstler_innen jenseits der Antifa-Subkultur. ■

4| 1992 brannte ein bezugsfertiges Asylbewerberheim in Dolgenbrodt (Brandenburg) vollständig ab. Der Brandstifter wurde von Bewohner_innen des Dorfes bezahlt, auf Versammlungen war zuvor beraten worden, wie man die Feuerwehr aufhalten könne. In dem Ort mit 250 Einwohner_innen hatten sich 235 mit ihrer Unterschrift gegen die Aufnahme von Asylbewerbern ausgesprochen.

Keine Resozialisierungseffekte

Die Botschaft auf dem T-Shirt des Redners, der am 23. Oktober 2010 beim Neonazi-Aufmarsch in Hamm eine Grußbotschaft verliest, ist eindeutig: »Was sollen wir bereuen?«

[1] Marco Siedbürger war am 9. August 1999 in Eschede (Niedersachsen) an der Tötung des 44-jährigen Peter Deutschmann beteiligt.

Tatsächlich hat der frisch aus der Haft entlassene 23-jährige Sven Kahlin schon während seiner knapp fünfjährigen Haftzeit keinerlei Reue erkennen lassen. Er wurde wegen Totschlags an dem 32-jährigen Punk und Familienvater Thomas »Schmuddel« Schulz in Dortmund verurteilt. Im Gegenteil: Kahlin ließ sich schon in der Untersuchungshaft als Szeneheld feiern. Nur kurz nachdem der damals 17-jährige Neonaziskinhead Kahlin den Punker »Schmuddel« mit mehreren Messerstichen tödlich verletzt hatte, plakatierte die Neonaziszene in Nordrhein-Westfalen stolz: »Wer sich der Bewegung in den Weg stellt, muss mit den Konsequenzen leben«. Die Website des Nationalen Widerstands Dortmund plazierte Kahlins Grußbotschaften an prominenter Stelle. In einschlägigen Heften suchte Kahlin Briefkontakte aus der Haft mit den »Kameraden« jenseits der Knastmauern.

Die Neonazi-Karriere von Sven Kahlin und die Nicht-Anerkennung von Thomas Schulz als Opfer eines politisch rechts motivierten Tötungsdelikts sind nicht nur das markanteste Beispiel für die Mischung aus Ignoranz und Laissez-Faire, mit der insbesondere in Dortmund Polizei und Justiz das Erstarken der Neonazi-Kameradschaftsszene ermöglicht haben. Der Fall Sven Kahlin ist auch ein Beispiel dafür, dass der »Resozialisierungseffekt« durch Haftstrafen – auf den insbesondere auch im Jugendstrafrecht gesetzt wird – bei neonazistischen Gewalttätern oft nicht zu erkennen ist. Im Gegenteil: Die Totschläger und Mörder der rassistischen Gewaltwelle der frühen 1990er Jahre sind – da es sich häufig um Heranwachsende handelte und viele Urteile nicht auf Mord oder Totschlag, sondern gefährliche Körperverletzung mit Todesfolge lauteten – längst aus der Haft entlassen oder stehen kurz vor der Haftentlassung, ohne dass sie sich von der Neonaziszene und ihren Taten distanziert hätten. Einer der Brandstifter von Solingen, Christian R., hatte nach Verbüßung seiner zehnjährigen Jugendstrafe wegen 5-fachen Mordes und 14-fachen Mordversuchs im Januar 2005 ebenfalls bei einer Demonstration von Neonazis in Hamm zweimal den Hitlergruß gezeigt. Auch er gehört wieder einer Neonazi-Kameradschaft an. Bei einem ersten Verfahren vor dem Amtsgericht Hamm bekam er dafür lediglich eine Geldstrafe von 400 Euro. Erst das Landgericht änderte das Urteil zu vier Monaten Haft ohne Bewährung mit der Begründung, er habe sich offensichtlich zu keinem Zeitpunkt mit dem Brandanschlag und dem von ihm mitverschuldeten Tod von fünf Menschen auseinander gesetzt. In vielen Fällen werden die Neonazitotschläger – wie Sven Kahlin – aufgrund ihrer Haftzeit und ihrer Brutalität in den regionalen Neonazi-Szenen als Vorbilder, »Märtyrer« und Respektspersonen behandelt. Umso notwendiger ist es für Antifaschist_innen vor Ort, die Täter der 1990er Jahre und ihre Aktivitäten zu recherchieren und sowohl durch Gedenkveranstaltungen die Opfer im öffentlichen Bewusstsein zu halten, als auch den Spielraum der Totschläger und Mörder nach deren Haftentlassung durch Öffentlichkeitsarbeit zu begrenzen. Die Schwierigkeiten dabei werden anhand der folgenden Beispiele deutlich.

Dortmund: Neonazitotschlag ohne politisch rechte Motivation

Seine neonazistische Gesinnung und die Zugehörigkeit zur Kameradschaftsszene in Dortmund stellte Sven Kahlin schon als Teenager offen zur Schau. Glatze, Springerstiefel, eine Rückentätowierung mit dem altdeutschen Schriftzug »Skinhead« und das Mit-

führen eines beidseitig geschliffenen Wurfmessers gehörten zu seinem Auftreten. Schon ein Dreivierteljahr vor den tödlichen Stichen gegen Thomas Schulz hatte Sven Kahlin seinem Hass auf Punks freien Lauf gelassen: In einem Regionalzug beschimpfte er einen Punk und schlug ihm mehrfach ins Gesicht. Dafür wurde er nur drei Wochen vor dem Angriff auf Thomas Schulz wegen Köperverletzung zu einer Woche Dauerarrest und Schmerzensgeld verurteilt.

Als er am Ostermontag 2005 gemeinsam mit einer Freundin auf dem Nachhauseweg von einem Fußballspiel in einer Dortmunder U-Bahnhaltestelle einer Gruppe von circa zwanzig Punks begegnet, führte er das Wurfmesser in der Innentasche seiner Bomberjacke mit. Über die Rolltreppen hinweg werden wechselseitig Beleidigungen ausgetauscht. Die Punks sind auf dem Weg zu einem Konzert. Lediglich Thomas »Schmuddel« Schulz will den offensichtlichen Neonazi Sven Kahlin nicht einfach so davon ziehen lassen, sondern ihn wegen der Beleidigungen zur Rede stellen. Auf dem U-Bahnsteig kommt es zu einem Wortwechsel, dann zieht Sven Kahlin das Messer und sticht dem unbewaffneten Punk durch die Brust ins Herz. Während Zeugen den Notruf alarmieren, flüchten Kahlin und seine Begleiterin. Am Dortmunder Hauptbahnhof wird er dann von der Polizei festgenommen.

Der Prozess am Landgericht Dortmund im Herbst 2005 ist nicht-öffentlich: Der Verteidiger von Sven Kahlin hatte mit Verweis auf das Alter des Angeklagten beantragt, die Öffentlichkeit zum Schutz seines Mandanten auszuschließen. Im Prozess verfolgte er dann erfolgreich die Strategie, eine politische Motivation in Frage zu stellen – schließlich ist die Frage nach den »niederen Beweggründen« der entscheidende Unterschied zwischen einer Verurteilung wegen Mordes oder Totschlags.

Vor Gericht behauptete Sven Kahlin, er sei wütend geworden, weil sein späteres Opfer ihm gefolgt sei und immer weiter auf ihn eingeredet habe. Das Gericht folgte seiner Darstellung immerhin insoweit, als dass es die Tat nicht als vorsätzlich beurteilte, sondern von einer »spontanen Wutaufwallung« ausging. Fast schon zynisch wirkt damit die Feststellung des Gerichts, Kahlin sei ein »anerkanntes und respektiertes Mitglied der Szene gewesen«, »auch Punker« hätten »zu seinen Feindbildern« gehört. Trotzdem bezeichnen die Richter am Dortmunder Landgericht in der Urteilsbegründung die bei Sven Kahlin festgestellten »menschenverachtenden Einstellungen« gegenüber »Zecken« nur als »eines unter mehreren Motiven« für den Angriff auf Thomas Schulz, eine politische Motivation sahen die Richter nicht. Sven Kahlin wurde wegen Totschlags zu sieben Jahren Haft verurteilt und Ende September 2010 vorzeitig entlassen. In der Logik des Urteils steht auch die Tatsache, dass die Bundesregierung Thomas Schulz nicht als Todesopfer politisch rechts motivierter Gewalt in den staatlichen Statistiken führt.[1]

Totschläger als »Szenegrößen«

Führt man sich die »Karriere« von Marco Siedbürger vor Augen, dürfte der weitere Werdegang von Kahlin vorprogrammiert sein. Als 18-jähriger Neonaziskinhead hatte Marco Siedbürger – inzwischen bundesweit als »Kampfhund« der Kameradschaftsszene im Umland von Hannover bekannt – gemeinsam mit einem 17-Jährigen am 9. August 1999 in Eschede (Niedersachsen) den 44-jährigen Peter Deutschmann getötet. Der Obdachlose Deutschmann, der von der Gemeinde eine Sozialwohnung zugewiesen bekommen hatte, galt in Eschede als »Hippie«. Kurz vor der Tat hatte Deutschmann den arbeitslosen Marco Siedbürger und seinen Mittäter aufgefordert, »den Scheiß mit dem Skinhead-Gehabe« zu lassen. Siedbürger stand zu diesem Zeitpunkt schon wegen zwei Körperverletzungen und neonazistischer Propagandadelikte unter Bewährung. Aus Wut über die Kritik an ihrem neonazistischen Auftreten verschafften sich die beiden Täter Zutritt zu Peter Deutschmanns Wohnung, traten und schlugen auf den schlaftrunkenen Mann ein und misshandelten ihn mit Glasscherben. Dabei zertrümmerten sie seinen Kehlkopf und fügten ihm zahllose Schlag- und Schnittverletzungen zu. Um zu verhindern, dass Deutschmann Hilfe holen konnte, zerstörten sie das Telefon und ließen ihn stark blutend und schwer verletzt zurück. Als Nachbarn Stunden später die Hilferufe hören, kommt jede Ret- →

[1]

[1] Kaum aus der Haft entlassen, präsentiert sich Sven Kahlin auf einer Neonazidemonstration als Redner. Screenshot von »medinet-west.info«.

1| siehe Artikel auf Seite 6

[1]

Gustav Schneeclaus, 18. März
Weil er Hitler geschmäht hatte, wird der 53jährige Kapitän in Buxtehude von zwei Skins mit einem Kantholz niedergeschlagen und totgetreten

[1] Am 18. März 1992 wurde in Buxtehude der 53-jährige Seemann Gustav Schneeclaus von Neonazis getötet. Faksimile: Stern # 46, 1992

➔ tung zu spät. Peter Deutschmann stirbt im Krankenhaus an seinen schweren Verletzungen. Das Landgericht Lüneburg verurteilt im Januar 2000 beide Täter wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mit Todesfolge zu einer fünfjährigen Jugendstrafe; einen politischen Hintergrund wollen die Richter nicht erkennen.

In der Haft vertieft Marco Siedbürger seine Kontakte in die niedersächsische Neonaziszene. In der Jugendhaftanstalt Hameln gründet er gemeinsam mit Marcus Winter, der wegen Entführung und Misshandlung eines jungen Antifa-Aktivisten in Schaumburg einsitzt, die »Kerkerkameradschaft Hameln«. Die weiteren Stationen Siedbürgers, der sich derzeit wieder einmal in Untersuchungshaft befindet, sind bekannt: Bis zu ihrer »Selbstauflösung« ist er führend bei der Kameradschaft »Nationale Offensive Schaumburg« aktiv; schon während der Führungsaufsicht wird er erneut zu einer Bewährungsstrafe verurteilt; im Juli 2008 ist er an einem Angriff auf ein alternatives Jugendzentrum in Detmold beteiligt. Für einen Überfall auf eine 22-jährige Antifaschistin im Sommer 2009 wird Siedbürger dann zu 22 Monaten Haft verurteilt. Vor wenigen Wochen wurde das Urteil vom Landgericht Hannover bestätigt. Gegner und »Kameraden« sollen vom heute 28-jährigen bevorzugt mit der Drohung »es ist schon mal einer liegengeblieben; ich weiß, wie man es richtig macht« eingeschüchtert werden.

Auch der Aufstieg von Stefan Silar, dem bundesweit bekannten Betreiber des »Streetwear Tostedt« und des gleichnamigen Internetversandhandels, lief über einen Totschlag: Gemeinsam mit einem sieben Jahre älteren Neonaziskinhead hatte der damals 19-jährige am 18. März 1992 am Busbahnhof in Buxtehude den 53-jährigen Seemann Gustav Schneeclaus so schwer misshandelt, dass er an den Folgen der Verletzungen starb. Der Ausgangspunkt: Schneeclaus hatte Hitler als »großen Verbrecher« bezeichnet. Das Landgericht Stade verurteilte Stefan Silar wegen Totschlags zu sechs Jahren Haft. Gustav Schneeclaus wird von der Bundesregierung als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt. Silar zog es nach seiner Haftentlassung zu den organisierten, militanten Neonazi-Netzwerken von Blood & Honour und Combat 18 in Norddeutschland; seine als Geburtstagsparties getarnten Neonazikonzerte sorgen immer wieder für Schlagzeilen (vgl. AIB # 88).

Weniger bekannt, aber mit ähnlichem Muster verlief der Werdegang von Rene Berger aus Brandenburg: Der damals 20-jährige, einschlägig vorbestrafte Neonaziskinhead tötete gemeinsam mit zwei »Kameraden« den Arbeitslosen Hans-Georg Jakobson in der Nacht zum 28. Juli 1993 nahe Strausberg (Brandenburg). Nachdem die Angreifer den schlafenden 35-jährigen geschlagen und getreten hatten, warfen sie ihn aus einer fahrenden S-Bahn. Er sollte einen »Denkzettel« erhalten, da sie bei ihm kein Geld gefunden hatten. Das Landgericht Frankfurt (Oder) bescheinigte Rene Berger eine erhebliche kriminelle Energie sowie besondere Brutalität gegenüber Ausländern und verurteilte ihn im Januar 1994 wegen Mordes zu acht Jahren Jugendhaft. Im Knast wurde Berger aktiv von der HNG (Hilfsorganisation für nationale Gefangene und deren Angehörige) betreut und wirkte hier bei der Organisierung einer Neonazigruppe mit (vgl. AIB #46). Er wurde schon 1998 entlassen und stieg fast nahtlos in die mittlerweile verbotene ANSDAPO-Kameradschaft ein. Berger gilt als Ansprechpartner für Konzerte und schreibt in Neonazifanzines. Seit dem Verbot der ANSDAPO[2] im Jahr 2005 bewegt sich der mittlerweile 37-jährige in einer Mischszene aus Rotlicht-, Rocker- und Neonazischlägermilieu.

Vor Ort finden sich angesichts von über 140 Toten rechter Gewalt seit 1990 sicherlich viele weitere Beispiele ungebrochener Neonazitotschlägerkarrieren.

Für die Kommunalwahlen in Brandenburg 2008 trat als NPD-Kandidat Alexander Bode an, der 1999 in Guben einen Migranten zu Tode gehetzt hatte. Anstatt sich offensiv gegen die Kandidatur des verurteilten Gewalttäters zu positionieren, blieben die lokalen Politiker still oder befürchteten lediglich einen Imageschaden. Umso wichtiger ist es, dass die Opfer und die Unterstützung für die Angehörigen und Freunde der Getöteten nicht in Vergessenheit geraten. ■

2| ANSDAPO soll stehen für: »Alternative Nationale Dart, Piercing und Tattoo Offensive«.

Eine Frage der Wahrnehmung

Vergessene Opfer rechter Gewalt

Patrick Thürmer hatte keine Chance. Der schmächtige, 1 Meter 56 große Jugendliche war in der Nacht vom 3./4. Oktober 1999 zusammen mit einem Freund auf dem Nachhauseweg von einem Punkfestival in Hohenstein-Ernstthal (Sachsen), als sie plötzlich einen blauen Kleintransporter bemerkten.

»Da ist einer«, ruft einer der drei Männer, die aus dem Auto herausspringen und sich auf den 17-jährigen Patrick und seinen Freund stürzen. Mit einem Axtstiel, einem Hammer und einem Billardqueue prügeln sie auf die beiden Punks ein. Patrick Thürmer erleidet schwerste Kopfverletzungen; erst gegen 7.30 Uhr morgens finden ihn Passanten blutüberströmt auf dem Boden liegend vor einem Bauernhof. Wenige Stunden später stirbt der Malerlehrling im Krankenhaus.

Während die überregionale Öffentlichkeit und auch auswärtige Antifaschist_innen kaum Notiz von dem tödlichen Angriff auf den Punk nahmen, wurden in der Region die Ereignisse des 3. Oktober breit diskutiert – wobei die Regionalmedien und die Bevölkerung massiv Stimmung gegen Jugendliche aus der Punkszene machten. Schließlich wurde schnell deutlich, dass der Ausgangspunkt für die tödliche Hetzjagd auf Patrick Thürmer ein Angriff von etwa 100 Neonaziskins auf das »2. 99er Punkfestival« im alternativen Jugendhaus »off is« war. Notrufe von Festivalbesucher_innen und mindestens drei verletzte Punks führten allerdings zu keinerlei polizeilichen Reaktionen. Gegen Mitternacht entschlossen sich dann rund 30 Punks zu einem Besuch der nahe gelegenen Diskothek »la Belle«, wo sie die Angreifer auf ihr Festival vermuteten. In der Diskothek würden »sehr viele Besucher kurze Haare haben«, räumte ein Polizeipressesprecher ein. Polizeieinheiten, die auf die Hilferufe der Punks nicht reagiert hatten, erschienen nun auf einen Notruf des Diskobetreibers hin, doch hatten zuvor schon Türsteher die Punks vertrieben.

Der Prozess

Patrick Thürmer starb »stellvertretend für jene Linken«, die an dem Angriff auf die Diskothek beteiligt gewesen seien, stellt das Landgericht Chemnitz später im Prozess gegen die drei angeklagten Totschläger im Alter von 21 bis 24 Jahren im September 2000 fest. Ein Dutzend Neonazi-Skinheads und rechte Türsteher aus dem Umfeld der Diskothek hatten sich nachts zusammengefunden, um Jagd auf Punks zu machen. Einen neonazistischen Hintergrund erkennt das Gericht dennoch nicht. Der 23-jährige Haupttäter wird wegen Totschlags zu elf Jahren Haft verurteilt – es ist davon auszugehen, dass er gemeinsam mit seinen Mittätern inzwischen wieder auf freiem Fuß ist.

Was bleibt

Wie sehr der Tod von Patrick Thürmer die alternative und nicht-rechte Jugendszene in der Region geprägt hat, wurde am zehnten Todestag im vergangenen Jahr deutlich. Rund 250 Antifaschist_innen und Jugendliche kamen zu einer Gedenkdemo nach Hohenstein-Ernstthal: Ihre Forderungen an Öffentlichkeit, Lokalpolitik und Sicherheitsbehörden war, einen Gedenkstein für Parick Thürmer zu errichten und die tödliche Gefahr der lokalen Neonazi-Szene endlich ernst zu nehmen.

Denn schon vor Patrick Thürmer hatten am 25. Mai 1995 rund 20 Neonaziskinheads an einem Stausee bei Hohenstein-Ernstthal eine Gruppe Pakistanis angegriffen und kurz darauf den 24-jährigen Bundeswehrsoldaten Peter T., der mit Freunden einen Ausflug an den See gemacht hatte, so schwer verletzt, dass dieser neun Tage später starb. ■

[1]

[1] An den Tod von Patrick Thürmann erinnern sich nur wenige.

Informationen zu seinem Tod finden sich unter: http://02okt1999.blogsport.de

Terroristische Einzeltäter-Vereinigungen

Der Neonazi-Terror der achtziger Jahre in der alten Bundesrepublik[1]

Während die tödlichen Aktionen von Neonazis seit der Wiedervereinigung ein stetiges Thema sind, bleibt die Zeit bis 1989 völlig unbeachtet. Zwar hat mit dem vereinigten Deutschland tatsächlich auch ein neues Kapitel des gewalttätigen Neonazismus begonnen. Doch die 1980er-Jahre wirken bis heute fort. Im folgenden ein chronologischer Rückblick auf die Taten und die Akteure jener Dekade.

Ulli Jentsch (apabiz)

Bereits der Januar 1980 brachte dem neuen Jahrzehnt den ersten politisch motivierten Mord von Rechts: Der türkische Kommunist Celalettin Kesim wurde am 5. Januar 1980 in Berlin erstochen. Kesim hatte am Kottbusser Tor mit einer Gruppe von Linken Flugblätter verteilt, die von türkischen Faschisten und religiösen Fanatikern aus der benachbarten Mevlana-Moschee angegriffen wurde. Der 36-jährige Sekretär des Türkenzentrums starb an den Folgen eines Messerstichs in den Oberschenkel. Eine Woche später gedenken ihm 15.000 Menschen.

Doch dieser Mord, der auf die bürgerkriegsähnliche Situation in der Türkei zurückging, ist nicht typisch für die Gewalttaten von Rechts in den achtziger Jahren: der Neonazi-Terrorismus wird die Schlagzeilen beherrschen. In den vorherigen 40 Jahren hatte es mehrfach militante, auf Umsturz oder gewalttätige »Feindbekämpfung« gerichtete Gruppierungen gegeben.[2] Aber erst in den 1970er-Jahren entwickelte sich parallel zu dem Niedergang der NPD ein neues Lager gewaltbereiter, am Nationalsozialismus orientierter »Revolutionäre«, die sich militärisch ausbildeten, bewaffneten und organisierten. Peter Dudek beschrieb 1985 diesen Prozess so: »Gerade unter den rechtsextremen Jugendorganisationen gab es nach 1945 schon immer einen militanten Flügel. Doch in den siebziger Jahren steigt die Zahl der Gesetzesverletzungen durch Rechtsextreme sprunghaft an und erreicht 1982 einen Höchststand.« An der gestiegenen Gewalttätigkeit waren vor allem die neonazistischen Kadergruppen und die Wehrsportgruppen beteiligt. Der Generationswechsel der bundesdeutschen Szene brachte eine neue Generation junger Militanter hervor. In der Zeit von 1969 bis 1983, die Dudek untersucht hatte, stieg die jährliche Zahl

1| Der Titel wurde von Bernd Siegler (s. Anm. 6) übernommen.
2| Die Recherche nach Todesopfern für den Zeitraum von 1949 bis 1980, also für die ersten 30 Jahre, blieb erfolglos.
3| Vgl. Dudek 1985, S.108. Ich übernehme hier die Diktion von Dudek (rechtsextrem). Seine Quellen sind die diversen Verfassungsschutzberichte, ein etwaiges Dunkelfeld wird bei Dudek nicht thematisiert.

[2]

[3]

Opfer Höckmayr, Täter Köhler: *Angstschweiß und Alpträume*

DER SPIEGEL 37/2010

der »Ausschreitungen mit rechtsextremem Hintergrund«[3] von 162 (1969) auf 2.169 (1983).

Den Anfang der terroristischen Anschlagswelle machte 1980 eine Gruppierung mit dem Namen »Deutsche Aktionsgruppen«, der sieben Brand- und Sprengstoffanschläge zugerechnet wurden. Bei einem Brandanschlag auf ein Wohnheim in Hamburg starben am 22. August 1980 die Vietnamesen Ngoc Nguyen und Anh Lan Do. Kopf der Truppe war der heute sporadisch im Kreis der NPD auftretende Manfred Roeder. Der ehemalige Rechtsanwalt schrieb damals: »Nach 8 Jahren war der legale Weg erschöpft. Den gibt es jetzt nicht mehr (...) Entweder mußten wir aufgeben oder in den Untergrund gehen. Aufgeben kam nicht in Frage (...) Der Kampf muß jetzt auf einer anderen Ebene mit noch größerer Entschlossenheit fortgeführt werden, denn wir werden niemals tatenlos zusehen, wenn Deutschland zerstört wird. Entweder wir siegen oder untergehen!« Damit skizzierte er die für diese Periode typische Argumentation für den Übergang von der als erfolglos empfundenen Agitation zur bewaffneten Aktion.[4] Die Truppe um Roeder blieb die einzige dieser Phase, die »standesgemäß« als terroristische Vereinigung nach Paragraf 129a angeklagt wurde und in Stuttgart-Stammheim vor Gericht stand.

Es folgte am 26. September 1980 das schwerste Attentat in der Geschichte des bundesdeutschen Neonaziterrorismus: der Bombenanschlag auf das Münchner Oktoberfest. 13 Menschen starben an den Folgen ihrer Verletzungen, 213 Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Auf den Ablauf und die Hintergründe dieses immer noch unaufgeklärten Anschlages kann hier nicht näher eingegangen werden. Schon die Anzahl der beteiligten Attentäter blieb unklar. Der getötete Gundolf Köhler wurde schnell als Einzeltäter präsentiert, obwohl seine Verbindungen zur Wehrsportgruppe (WSG) Hoffmann dokumentiert waren und ZeugInnen andere WSG-Mitglieder gesehen haben wollen.[5]

Die WSG Hoffmann hatte sich in den späten 1980er Jahren zum Zentrum der paramilitärischen Aktivitäten entwickelt. Nach Jahren der polizeilichen Untätigkeit war sie erst kurz vor dem Oktoberfest-Attentat im Januar 1980 verboten worden. Noch im Dezember des gleichen Jahres folgte die nächste Tat aus dem WSG-Umfeld: Der jüdische Verleger Shlomo Levin und seine Lebensgefährtin Frieda Poeschke wurden am 19. Dezember 1980 in ihrem Wohnhaus in Erlangen ermordet. Als Täter wurde ein Mitglied der WSG verurteilt. Hoffmann selber wurde von Mitgliedern der WSG der Tatbeteiligung bezichtigt, ein von der Staatsanwaltschaft beantragtes Verfahren gegen ihn lehnte das zuständige Gericht ab.

Die NS-Aktivisten griffen in den folgenden Jahren mehrfach zu ihren Waffen und lieferten sich Schießereien mit PolizistInnen. Am 24. Dezember 1980 erschoß Frank Schubert, Aktivist der Volkssozialistischen Bewegung/Partei der Arbeit (VSBD/PdA), bei einem illegalen Grenzübertritt zwei Beamte des Schweizer Grenzschutz und beging danach Selbstmord. Im Jahr 1981 gab es weitere Tote, allerdings nur auf Seiten der VSBD-Nazis. »Unterwegs zu einem Banküberfall wurden (Wolfgang) Uhl, (Kurt) Wolfgram, (Peter) Fabel, (Pascal) Coletta und (Peter) Hamberger in der Putzbrunner Straße in München am 20.10.81 gestoppt. Im Kugelhagel starben Uhl und Wolfgram, die anderen und (Friedhelm) Busse wurden festgenommen. ➔

[1] Gedenktafel für den türkischen Kommunisten Celalettin Kesim, welcher am 5. Januar 1980 in Berlin erstochen wurde.

[2] Der NPD-Aktivist-Manfred Roeder war Kopf der »Deutsche Aktionsgruppen«, welcher sieben Brand- und Sprengstoffanschläge zugerechnet wurden. Bei einem Anschlag starben am 22. August 1980 die Vietnamesen Ngoc Nguyen und Anh Lan Do.

[3] Gundolf Köhler (rechts) gilt als Täter des Oktoberfest-Attentats.
Faksimile: Spiegel # 37, 2010

4| Vgl. http://www.apabiz.de/archiv/material/Profile/DAG.htm
5| Vgl. hierzu AIB #60

Obwohl die Akteure des »Kommando Omega« drei Tage lang in Busses Wohnung zu Gast waren, dort die Aktion geplant und die Beute aufgeteilt hatten und auf Busses Schreibtisch ein Drohbrief des »Kommandos« an den Bundesinnenminister gefunden worden war«, konnte für die BAW eine terroristische Organisation »nicht mit einer für eine Verurteilung notwendigen Sicherheit« nachgewiesen werden.[6] Die Anklage nach Paragraf 129a wurde fallen gelassen. Busse, damals Chef der dann im Januar 1982 verbotenen VSBD, habe aus einer »wirtschaftlichen Notlage heraus« gehandelt, so mutmaßte die BAW freundlich. Der 2008 verstorbene Friedhelm Busse wurde nach dem VSBD-Verbot Vorsitzender der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) und war nach deren Verbot auch in der NPD aktiv.

Am 24. Juni 1982 erschoss der Neonazi Helmut Oxner (26) bei einem rassistisch motivierten Amoklauf in der Nürnberger Innenstadt drei Menschen und verletzte drei weitere schwer. Seine Opfer wählte er gezielt nach rassistischen Motiven. Oxner richtete sich anschließend selbst. Er wurde in der Presse als »Waffennarr«, »NPD-Anhänger«, »aus dem Umfeld der WSG Hoffmann« usw. beschrieben. Belegt waren seine jahrelangen Besuche von JN-Veranstaltungen, auch hinterließ er Aufkleber der NSDAP/AO am Tatort. Der SPIEGEL schrieb damals: »Ein Libyer blieb mit zerfetztem Unterkiefer liegen, der Ägypter Mohamed Ehap, 21, der sich zur Schulung in Deutschland aufhält, starb auf der Stelle – das zweiundzwanzigste Todesopfer, das rechtsradikaler Terror in der Bundesrepublik seit 1980 gefordert hat.« Polizisten, die vor ihm in Deckung gingen, hatte Oxner zugerufen: »Ich schieße nur auf Türken«[7].

Mit Oxner endet zunächst die Anschlagserie des bewaffneten Neonazi-Terrorismus, sieht man einmal von der in Deutschland nur wenig beachteten »Gruppe Ludwig« ab, deren Attentate

[1]

he Das Nachrichtenmagazin im STERN

Fotos: Karl-Heinz Ruckmich, Reinhard Kammerer

Schon vor einem Jahr hatte die Polizei bei Helmut Oxner eine Terror-Liste gefunden

»Keine Bereitschaft zur Gewalt erkennbar«

hängetasche. Sein kurzgeschnittenes schwarzes Haar ist auf der linken Seite korrekt gescheitelt. „Zwölf Mark Eintritt" ver- Freundin Ae Young Young an einem Tisch sitzt. Der Amerikaner wird tödlich getroffen, seine Freundin schwer verletzt. Der türkische Kellner Ali Ka-

[1] Am 24. Juni 1982 erschoss der Neonazi Helmut Oxner (26) bei einem rassistisch motivierten Amoklauf in der Nürnberger Innenstadt drei Menschen und verletzte drei weitere schwer.

Faksimile: STERN vom 1.7.1982

zwischen 1977 und 1984 15 Menschenleben kosteten, darunter ein Todesopfer 1984 in München.[8] Am 7. Januar 1984 verübte die Gruppe einen Brandanschlag auf eine Diskothek, während dort ein Pornofilm gezeigt wurde. Einige Monate später erlag eine 20-Jährige ihren Verbrennungen.

Noch im gleichen Jahr tauchte eine andere, bisher unbekannte Form von tödlicher Gewalt in Deutschland auf. Im Juli 1984[9] griffen drei Neonazi-Skinheads in Hamburg-Neu Wulmsdorf den Türken Mehmet Kaymakcı (29) an. Sie schlugen ihn zusammen und zertrümmerten ihm abschließend mit einer Betonplatte den Kopf. Kaymakci war vermutlich das erste Todesopfer rassistischer Gruppengewalt auf der Straße in der BRD, zumindest das erste Opfer, dessen Tod dokumentiert ist. Nur wenige Monate später, am 21. Dezember 1984, wurde in Hamburg-Eilbek Ramazan Avci (26) auf offener Straße von einer Gruppe Neonazi-Skins zusammengeschlagen. Er starb drei Tage später an seinen schweren Verletzungen. Im Juli 1986 wurden fünf der Täter wegen Totschlags und damit zu einer entsprechend niedrigeren Strafe verurteilt, weil die Richter keine rassistischen Motive für die Tat feststellen konnten. Die letzte Mordtat in der »alten« Bundesrepublik folgte vier Jahre später: Am 18. Dezember 1988 verübte der stadtbekannte Rechte Josef Saller einen Brandanschlag auf das Wohnhaus einer türkisch-stämmigen Familie in Schwandorf (Bayern), vier Menschen starben.

Der Beginn der 1980er Jahre war die blutigste Zeit des Rechts-Terrorismus, in Deutschland ähnlich wie in Frankreich oder Italien. Ein europäisches Netzwerk hatte sich während der 1970er Jahre formiert, verfügte über Verbindungen zwischen den wichtigsten Filialen des Terrors und auch über personelle Kontakte.[10] Allein bis 1982 wurden von den bewaffneten Neonazi-Terroristen in Deutschland über 20 Menschen ermordet, auch einige Neonazis ließen ihr Leben.[11] Eine Handvoll Organisationen mit einigen Dutzend AktivistInnen agierte erstaunlich selbstbewusst, zum Teil öffentlich; sie besaßen ein Reservoir jugendlicher SympathisantInnen in Wiking-Jugend und Jungen Nationaldemokraten.

Bis heute gibt das wohlmeinende Verhalten von Justiz, Polizei und diversen Staatsanwaltschaften, bis hoch zur Bundesanwaltschaft (BAW) gegenüber diesen Truppen, Anlass zu vielerlei Kritik. Und es schafft viel Raum für politische Spekulationen, da der Bundestag es, im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Staaten, bis heute nicht annähernd geschafft hat, die Rolle des Inlands-Geheimdienstes oder auch der NATO-Geheimarmee Gladio aufzuklären. Die Rolle der alten Nazis im Polizeiapparat, vor allem in den Kriminalpolizeien der Städte und Gemeinden, ist in diesem Zusammenhang völlig unerforscht. Viele Ermittlungsbehörden blendeten die politische Motivation der Täter aus und erklärten sie schnell zu psychopathischen Einzeltätern. Die Suche nach Hintermännern blieb AntifaschistInnen und engagierten JournalistInnen überlassen. ■

6| Vgl. Bernd Siegler: Terroristische Einzeltäter-Vereinigung. In: konkret 03-1989, S. 43.

7| www.spiegel.de/spiegel/print/d-14346863.html

8| Die »Gruppe Ludwig« verübte vor allem in Italien zum Teil bestialische Morde an Drogennutzer_innen, Prostituierten, Priestern u.a., die mit einer wirren neonazistischen Ideologie begründet wurden. Die beiden Täter, Wolfgang Abel und Mirco Furlan, sind nach über zwanzig Jahren Haft seit 2009 wieder auf freiem Fuß. Vgl. auch http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13509386.html.

9| Ein genaues Datum wird nicht berichtet.

10| Unberücksichtigt bleibt hier die Beteiligung weiterer Deutscher am Neonazi-Terrorismus in anderen Ländern, z.B. in Italien.

11| Neben den von Polizisten erschossenen Wolfgang Uhl und Kurt Wolfgram (1981) sind dies das Fememord-Opfer Johannes Bügner (Mitglied der ANS Hamburg, 1981 ermordet) sowie die Selbstmörder Frank Schubert und Uwe Behrendt, der wahrscheinlich Opfer einer WSG-internen Feme im Libanon wurde.

»Wo ist Behle?«

30 Jahre Oktoberfestattentat – Wiederaufnahme des Ermittlungsverfahrens gefordert

Pünktlich zum dreißigsten Jahrestag des Oktoberfestattentats am 26. September 2010 erklärte die Bundesanwaltschaft, man werde kein neues Ermittlungsverfahren gegen mögliche Mittäter des toten Neonazi-Attentäters Gundolf Köhler einleiten.

Einige der mehr als 200 Menschen, die bei dem Terroranschlag verletzt wurden und die Angehörigen von 13 Getöteten haben sich nun in einem offenen Brief an Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) mit der Forderung gewandt, die Bundesjustizministerin solle als Dienstherrin die Generalbundesanwaltschaft beauftragen, die Ermittlungen wieder aufzunehmen.

Zu den schillerndsten Figuren im Kreis der sechs Verdächtigen, gegen die die Generalbundesanwaltschaft im Zusammenhang mit dem Oktoberfestattentat ermittelte, gehört Walter Ulrich Behle. Gemeinsam mit dem Wehrsportgruppenchef Karl Heinz Hoffmann (vgl. Seiten 4 & 17) reiste er u.a. unmittelbar nach dem Oktoberfestattentat in ein Ausbildungslager der »WSG Ausland« im Libanon, die nach dem Verbot der Wehrsportgruppe Hoffmann in Deutschland gegründet worden war. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland schloss er sich anderen Neonazi-Gruppen an. Parallel dazu diente Behle nach eigenen Aussagen mehreren Sicherheitsbehörden und Geheimdiensten als Informant. Zu Beginn eines Studiums in Stuttgart im Jahr 2000 schloss er sich kurzzeitig der Burschenschaft Alemannia an. Heute lebt Behle in Buxtehude – und ist seit 2008 Mitglied des niedersächsischen Landesverbandes der LINKEN. Seinem Kreisverband verschwieg er bei Eintritt die politische Vergangenheit wohlweislich. Erst ein knappes Jahr später beschäftigte der Fall Behle auf Antrag einiger LINKEN-Mitglieder die niedersächsische Landesschiedskommission der Partei. Die lehnte im Februar 2010 allerdings einen Parteiausschluss aus formaljuristischen Gründen ab, da eine Überprüfung von Behles Vergangenheit bei seiner Aufnahme in die Partei versäumt wurde und danach auch kein parteischädigendes Verhalten zu erkennen gewesen sei. Behle wehrte sich mit Hilfe einer schriftlichen »Lebensbeichte« gegen den geforderten Rausschmiss: Von Reue, einer Auseinandersetzung mit seinen neonazistischen Aktivitäten oder seinem menschenverachtenden Weltbild ist darin allerdings nichts zu finden. Und während er sich an anderen Stellen detailliert an Geldsummen und Decknamen erinnert, bleibt die »Beichte« im Fall des Oktoberfestattentats merkwürdig flach. Behle räumt lediglich das ein, was ohnehin bekannt ist. Dass er bei einem Zwischenstopp in Damaskus auf dem Weg in den Libanon – nur kurze Zeit nach dem Oktoberfestattentat – an der Bar des Hotel Byblos so betrunken gewesen sei, dass er sich »möglicherweise« gegenüber dem Barmann mit dem Attentat gebrüstet habe.[1] Ansonsten behauptet Behle, er könne sich an die Tage um das Oktoberfestattentat nicht erinnern.

Auffällig an der »Beichte« ist neben einer völligen Empathielosigkeit – also der Tatsache, dass er sich an keiner Stelle damit auseinandersetzt, welche Konsequenzen seine Aktivitäten und die seiner »Kameraden« für die Opfer der neonazistischen Terroraktivitäten der 1980er Jahre hatten – dass Behle an keiner Stelle über das hinaus geht, was nicht über die Jahre hinweg schon publiziert und recherchiert wurde. Wenn als Kriterium für einen Ausstieg gilt, dass alle Karten auf den Tisch gelegt werden müssen – auch solche, die unangenehme Konsequenzen für den Aussteiger haben – dann liegt bei Behle die Vermutung nahe, dass er noch so manche Karte nicht aufgedeckt hat. Der Druck innerhalb seiner neuen politischen Heimat, endlich zur Aufklärung des Oktoberfestattentats beizutragen, dürfte jedenfalls nicht allzu hoch sein. »Nicht einmal dieses Verfahren auf Parteiausschluss (...) hat das Medieninteresse und das Interesse der Öffentlichkeit gefunden. Selbst in der Parteiöffentlichkeit ist es nur auf geringes Interesse gestoßen;« stellt die Landesschiedskommission fest. ■

[1]

[1] Walter Ulrich Behle (Mitte) prahlte betrunken mit dem Oktoberfestattentat.

1| Vgl. »Der Kandidat, die Bombe und der Einzeltäter« von Michael Backmund im AIB #60 3/2003

»Historisches Ereignis« – NPD beschließt Fusion mit der DVU.

Andreas Speit

Nach dem NPD-Bundesparteitag in Hohenmölsen machte nicht die NPD-Bundesführung die nachhaltigen Schlagzeilen. Ein SPD-Bürgermeister, Hans Püschel aus Krauschwitz, löste vielmehr eine breite Berichterstattung aus. Die NPD-Führung um Udo Voigt stört's nicht. Erklärte das langjährige SPD-Mitglied doch nach seinem Besuch des NPD-Parteitags, dass mit den »Verteufelten« gesprochen werden sollte, denn die hätten »gar nicht so schlechte Ideen«.

Der Parteitag am 6. November in der sachsen-anhaltinischen Provinz verlief ganz nach dem Plan der NPD-Führung. Kein öffentlicher Machtkampf, keine sichtbaren Personalintrigen. Im Bürgerhaus der Stadt feierten an die 400 NPD-Mitglieder und -Gäste an jenem Samstag die Verschmelzung mit der DVU. Die gefällten Entscheidungen entsprachen den großen Erwartungen. Am Ende des Parteitags hatten von 207 Delegierten 194 für die Fusion gestimmt. »Ein historisches Ereignis«, wie der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt und der Noch-DVU-Bundeschef Matthias Faust vor den Gästen betonen.

[1] Der DVU-Bundesvorsitzende Matthias Faust.

Unter den begeisterten ZuhörerInnen hatte da auch schon Püschel Platz genommen. In einem Leserbrief an die »Mitteldeutsche Zeitung«, die ihn nicht veröffentlichte, den aber die NPD Sachsen-Anhalt auf ihre Website stellte, schildert er »viele junge Leute, Frauen, sogar Kinder« gesehen zu haben: »Beinah wie auf einem SPD-Parteitag! Keine Springerstiefel, keine Schlägertypen«. In den Reden, erzählt er weiter, habe er »kaum einen Satz gefunden«, den er »nicht selbst hätte unterschreiben können!«

Aussagen, die der NPD im Vorfeld der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt sehr gelegen kommen. Auf der Website »Kompakt Nachrichten«, die der NPD-Stadtrat Matthias Gärtner aus Magdeburg verantwortet, folgte gleich ein langes Interview mit Püschel, in dem er darlegt: »Unsere Gesellschaft wird dermaßen von diversen mächtigen Lobby-Interessen – also im Wesentlichen immer Finanzinteressen – (...) dirigiert, befindet sich praktisch in deren Würgegriff (...) als dass einer der (...) Verantwortlichen sich trauen würde bzw. frei genug von ihnen wäre, diese Probleme anzusprechen«. Längst prangen auf der Website des NPD-Landesverbandes Bilder des NPD-Spitzenkandidaten Matthias Heyder und Püschel mit dem Werbesatz: »Warum stimmt der SPD-Bürgermeister NPD-Positionen zu?«

Auf dem Parteitag gab sich Heyder bereits sehr zuversichtlich und kündigte eine »Generalmobilmachung« für den Kampf um den Einzug in den Landtag an, weil seine Parteigänger »das asoziale System da draußen verachten«.

Im Bürgerhaus herrschte unter den NPD-Gästen meist auch Harmonie. Ein »Parteitag der Einheit«, versicherte Voigt. Getreu dem Motto »Gemeinsam stärker« beschwor Faust nicht minder die kommende »starke Rechte« für Deutschland. Die NPD-Führungskader aus Berlin und Dresden bemühten sich so auch darum, nicht den Eindruck zu erwecken, sich eine desolate DVU ohne politisches Profil, geringen personellen Ressourcen und kaum vorhandenen finanziellen Mitteln einfach einzuverleiben. Vor der Abstimmung für die Verschmelzung mit der DVU musste Faust dann doch noch einmal deutlich versichern, dass auf die NPD keine neuen Schulden zukommen würden, sondern gar zusätzliche Geldeinnahmen. Der Noch-DVU-Chef berichtete, dass die DVU eine größere Erbschaft mitbrächte, zu der auch ein Haus in Freiburg gehöre, dessen Verkauf rund 450.000 Euro eingebracht hätte. Nicht unerwähnt blieb, dass der DVU-Gründer Gerhard Frey der DVU ihre Schulden in Höhe von 980.000

[1]

[1] Udo Voigt, Parteivorsitzender der NPD.

Euro erließ. Im Bundesanzeiger konnte schon gelesen werden, dass diese Entschuldung am 25. Oktober 2010 auf dem DVU-Konto verbucht wurde.

Auf dem Parteitag schimmerte dennoch kurz durch, dass in der NPD nicht jeder die DVU als gleichberechtigten Partner betrachtet. Auf Nachfragen musste Voigt einräumen, dass sich von den 4.000 DVU-Mitgliedern höchstens 1.000 der NPD anschließen würden. Alles jedoch »aktive Kader«, redete Voigt die Zahl schön. Ein Initiativantrag, von der mecklenburg-vorpommerischen NPD um den Fraktionschef Udo Pastörs forciert, wollte prompt den geplanten Namenszusatz zur NPD »Die Volksunion« torpedieren. Das war jedoch nicht opportun. Buhrufe kamen auf und Voigt sprach ein Machtwort: Die NPD wird 2011 »NPD. Die Volksunion« heißen. Er ließ aber auch durchblicken, dass nicht bei jedem öffentlichen Auftreten der Zusatz zwingend sei.

Die DVU-Gäste, hinten links vom Podium aus an einem Tisch platziert, ließen sich nichts anmerken. Im Gegenteil: Faust entschuldigte sich für so manche verbale Attacke gegen die NPD. Nicht ohne Grund, kandidierte er doch für das Amt des NPD-Vize. Vergeben und vergessen? Mit 160 Ja-Stimmen von 201 abgegebenen Stimmen wurde er einer von drei Vize-Vorsitzenden. Der Gesichtsausdruck von Thomas Wulff, der in Hamburg den Vorsitz anstrebt, deutete nicht auf eine neue Freundschaft hin. An der Elbe ist Faust wenig wohlgelitten, hatte er doch den verstorbenen Jürgen Rieger als politisch kaum tragbar ausgemacht. Das gefällt den Ziehsöhnen Riegers, die die Hamburger Parteispitze bilden, wenig. In Bremen wird Faust so nun im Mai 2011 für die NPD in den Bürgerschaftswahlkampf ziehen. Um die Fusion nicht wegen Kritik an ihm zu gefährden, wurde in einem Entwurf des Verschmelzungsvertrages extra ausgeführt: »Die zukünftige Tätigkeit von Herrn Faust muss gesondert außerhalb des Verschmelzungsvertrags (...) geregelt werden«. In den NPD-Bundesvorstand wählten die Delegierten sogleich den Noch-DVU-Vize Ingmar Knop und das Noch-DVU-Bundesvorstandsmitglied Heiner Höving.

Auf dem NPD-Parteitag musste Faust jedoch einräumen, dass in seiner Noch-Partei Widerstände zu überwinden seien. Läuft alles nach Plan der NPD, müsste nach dem Ja des DVU-Bundesparteitags zur Fusion eine jeweilige Mitgliederbefragung erfolgen. Per Briefwahl soll in beiden Parteien diese Urabstimmung erfolgen. »Wenn wir dies alles noch in diesem Jahr schaffen, gibt es zum Neujahrsauftakt eine neue, starke NPD in Deutschland«, versicherte Voigt. Am 25. November 2010 wurde aber das Chaos in der DVU sichtbar. Vier Tage vor dem geplanten DVU-Parteitag sagte Björn Neumann von der DVU-Hamburg den Termin gegenüber der taz ab: »Aus organisatorischen Gründen«. Aber auch aus Sorge vor den Kritikern der Vereinigung. »Bei den Einladungen ist etwas schief gelaufen, was nicht zum Anlass genommen werden soll, den Parteitag anfechten zu können«, räumt Neumann ein. Die NPD schweigt offiziell. ■

Kleinkrieg unter Kameraden

Die Neonazi-Szene in Leipzig und die NPD

NPD und »Freie Kräfte« arbeiten in Leipzig eng zusammen und betreiben ein »Nationales Zentrum«. Doch Vieles spricht dafür, dass die örtliche Neonazi szene tief gespalten ist. Es geht um den politischen Kurs, um die Vorherrschaft über Gesinnungsgenossen – und um Geld.

Freundeskreis Dr. Georg Sacke

Eine skurrile Vorstellung: NPD-Chef Udo Voigt (58) irrt durch Leipzig. Er sitzt allein in einer Limousine und sucht die Odermannstraße 8 im Leipziger Westen. Den Zielort verfehlt er: Das gesuchte Haus ist hinter einem drei Meter hohen Metallzaun verborgen. Dieses blicksichere Verlies ist Leipzigs »Nationales Zentrum«, ein Bürgerbüro der NPD und Treffpunkt der rechten Szene.

Dort sollte Voigt am 25. Juni 2010 einen Vortrag halten. Seine Verspätung störte kaum jemanden: Die örtliche Neonaziszene, die sonst mit mehr als 100 Kameraden spontan aufläuft, zeigte der Parteiprominenz die kalte Schulter. Nur 35 betagte Parteianhänger, einige kamen aus Chemnitz, wollten den Vortrag hören.

Ein Affront: Die »Freien Kräfte«, die auf den »nationalen Sozialismus« schwören, im »Nationalen Zentrum« ihre Treffen abhalten, dort Kampfsport trainieren und für den »Schutz« sorgen, ließen sich nicht blicken. Die »Freien Kräfte« aus Leipzig fehlen seit einigen Monaten bei vielen NPD-Veranstaltungen – denn der Szene-Nachwuchs übt den Boykott. Es ist eine Machtprobe um die Hackordnung in der Bewegung.

Kameradenschweine oder Genies?

Mit internen Machtkämpfen kennt man sich in Leipzig aus. Seit 2001 marschierte hier der Hamburger Neonazi Christian Worch (54) siebzehn Mal. Von zeitweise 1.000 Neonazis war die Gefolgschaft zum Schluss, am 21. Juli 2007, auf 37 Personen geschrumpft. Hinterher wurden die fehlenden Truppenteile als »Kameradenschweine« denunziert. Der Hamburger Altkader meinte: »Die maßgeblichen Aktivisten aus Leipzig, Delitzsch und Altenburg« würden sich »vielleicht für Genies« halten, weil sie lieber ohne ihn demonstrieren.

Am Tag darauf marschierten tatsächlich 120 Neonazis durch den Stadtteil Grünau. Auf dem Neonazi-Portal »Altermedia« wurde dies als »Akt der Vergeltung gegen Christian Worch« gewertet. Anders die Einschätzung hiesiger Neonazis: »Der Widerstand in und um Leipzig steht und geht über zum politischen Angriff.«

Die Breitseite gegen Worch bedeutete einen Strategiewechsel. Nach Grünau folgten dutzende ähnliche »Spontan«-Aktionen in der Region. Die beteiligten Kameradschaften schlossen sich kurz darauf zum »Freien Netz Mitteldeutschland« zusammen, dem heute das »Aktionsbündnis Leipzig« (vormals »Freies Netz Leipzig«) angehört. Seine Mitglieder verstehen sich als »Freie Kräfte«. Und von der NPD grenzen sie sich immer deutlicher ab.

Der Bruch ist kalkuliert: Während die NPD im Juni 2010 in Bamberg über die Fusion mit der DVU diskutierte, ergriff zeitgleich Tommy Naumann (25) beim »Sachsentag« der »Jungen Nationaldemokraten« (JN) in Niesky das Wort. In Leipzig hat Nauman zuerst das »Freie Netz« mitorganisiert, dann die JN-Gruppe aufgebaut und sich schließlich als Landesvorsitzender an ihre Spitze gestellt. Doch Naumann schießt giftige Pfeile gegen die Mutterpartei: »Nur wenn es uns gelingt, eine Art Staat im Staat zu bilden [...] werden wir letztendlich den Sieg davontragen können.« Die NPD versucht, solche Rhetorik zu vermeiden. Und Naumann will die NPD vermeiden: Statt jener Partei sei »ein unübersichtliches Netz von organisationsgebundenen und freien Kräften [...] von Vorteil.«

Kurz darauf erschien auf der Website des »Aktionsbündnis Leipzig« ein Artikel zur geplanten NPD-DVU-Fusion. Der geharnischte Text protzte mit Hitler-Zitaten und forderte die NPD zu einem radikaleren Kurs auf. Die Partei solle endlich »eine Weltanschauungspartei werden«, die es »sich zum Ziel setzt, das System und den es beherrschenden liberal-demokratischen Gedanken restlos auszuschalten.«

Für den Text zeichneten »revolutionäre Kräfte in den Strukturen von NPD und JN« verantwortlich. Sie sind identisch mit Leipzigs »Freien Kräften«, die an der Seite Naumanns in der JN eine legale Organisation gefunden haben. Und die damit noch nicht zu-

frieden sind, denn nach dem Pressefest der Parteizeitung »Deutsche Stimme« in Jänkendorf Anfang August erschien eine weitere Protestnote: »Die wenigsten der dortigen Besucher dürfen wohl dem Anspruch unserer Weltanschauung gerecht geworden sein«, monierten »Freies Netz« und Sachsen-JN. Man werde sich »nicht mehr als Ordnerdienst für solche Szeneveranstaltungen zur Verfügung stellen, sollte die NPD [...] nicht dazu bereit sein, eine Weiterentwicklung einzuleiten«.

Wenn Böcke zu Gärtnern werden

Ein Erpressungsmanöver? Tatsächlich hat die NPD für den »Schutz« von Aufmärschen und Parteiprominenz desöfteren »Ordnungsdienste« eingeteilt. Kurz vor dem 13. Februar 2010 traf sich eine solche Truppe im »Nationalen Zentrum« in der Odermannstraße. Mit dabei waren führende Neonazi-Aktivisten des »Freien Netzes« – auch einer seiner Mitbegründer, Maik Scheffler (36) aus Delitzsch. Doch trotz der Versuche der »Freien Kräfte«, sich als »Ordnerdienst« bei der NPD zu profilieren, will diese lieber einen parteiinternen »Bundesordnungsdienst« – quasi eine Saalschutz-Abteilung – aufbauen. Noch ist die Hilfe der »Freien Kräften« bei solchen »Diensten« gefragt. Nicht aber deren Meinung.

Vielleicht aus Trotz hat Scheffler die handgreiflichen Dienstleistungen seines »Ordnerdienstes« wieder privatisiert. Im Internet bietet er nun für jedermann die Unterstützung des »Ordnungsdienstes Sachsen« bei der »Vor- und Nachbereitung von Demos und Versammlungen« an.

Dabei ist Scheffler selbst Parteifunktionär: Der 36-Jährige sitzt im Delitzscher Stadtrat und führt die NPD in Nordsachsen an – und nebenher das »Freie Netz Delitzsch«. Über seine Rolle sagt er: »Als Koordinator der ›Freien Kräfte‹ Mitteldeutschland verbinde ich die konstruktiven Kräfte parteigebundener sowie parteifreier Nationalisten«. Scheffler soll zusammenbringen, was sich nicht verträgt und jetzt das Rechtsaußen-Lager in Leipzig spaltet – und woran er und seine Kumpanen von »Freiem Netz« und der JN ihren Anteil haben.

[1]

Foto: Recherche Ost

[1] Auf dem Dach der Odermannstraße. Rechts: Der Leipziger NPD Stadtrat Klaus Ufer.

Am Anfang war die Wahl: 2004 zog die NPD in den sächsischen Landtag ein, es gab Posten zu verteilen und die Partei brauchte aktionistisches Personal. Sie fand es bei den »Freien Kräften«: Als Wahlhelfer, Flugblattverteiler und Manövriermasse bei Kundgebungen leisteten sie Aufbauarbeit. Das sah so aus: In Leipzig beschützten 2007 »Freie Kräfte« gemeinsam mit Fußball-Hooligans eine Vortragsreihe, die als »Geschichtlicher Gesprächskreis« getarnt war, aber vom NPD-Kreisverband organisiert wurde.

Bei solchen Gelegenheiten oft dabei: Tommy Naumann und Maik Scheffler. Die von ihnen angeleiteten »Freien« wurden für die hiesige NPD die »Jungs fürs Grobe«, für die Straße. Wohl aus Imagegründen hat die sächsische NPD seit 2004 auf große Aufmärsche verzichtet. Der »Kampf um die Straße« wurde zur Domäne der »Freien Kräfte«, nachdem Worch abgesägt war.

Diese ungleiche Rollenverteilung stieß manchen Neonazi-Aktivisten auf. Auch denen vom »Freien Netz«. Auf der Website ihres Altenburger Ablegers empfahl ein Kommentator Anfang 2007, »lieber ungültig als die NPD« zu wählen. Das »Freie Netz« war erst wenige Monate alt und wollte sofort Gehör in der Partei.

»Totalversagen der Parteiführer«

Als die Rüben ins Kraut schossen, intervenierte die Parteispitze. Udo Voigt empfing bei der NPD-Auftaktveranstaltung zum niedersächsischen Landtagswahlkampf im September 2007 eine »Abordnung« des »nationalen Schwarzen Blocks«. Das Schaulaufen hat die Wogen geglättet und ein Vertreter des »Freien Netzes Altenburg« skizzierte kurz darauf das neue, noch immer distanzierte Konzept der Zusammenarbeit: »Bundesweit ist die NPD ohnehin nicht in der Lage realpolitisch zu aggieren, deshalb heisst es regional und kommunal mit ihr zu arbeiten! (...) Deshalb sind auch alle radikalen Kräfte aufgerufen, sich auch ausserhalb in die parteipolitische Arbeit einzubringen.« (Fehler im Original)

Doch schon die Generalprobe fiel ins Wasser. Am 15. März 2008 wollten NPD und »Freies Netz« erstmals gemeinsam marschieren, mitten in der Leipziger City. Anlass war der »Türsteherkrieg«, bei dem eine Woche zuvor ein Disco-Besucher erschossen worden war. Beworben wurde das Demo-Spektakel →

→ auch auf der Website der Bundes-NPD. Auf einem Flugblatt der sächsischen NPD prangte neben dem Parteilogo erstmals die schwarze Fahne, das Signet der »Freien Kräfte«. Beim »Freien Netz« wurde gejubelt: Nun sei es möglich, »das Paket NPD und Freies Netz künftig etwas enger zu schnüren.«

Doch zum Stelldichein kam es nicht, die NPD hatte es einen Tag vorher sausen lassen. Laut einer Stellungnahme des »Freien Netzes Delitzsch« habe die Landtagsfraktion »nach mehrstündiger Sitzung in Dresden intern beschlossen [...], Leipzig sich selbst zu überlassen.« Dies bedeute ein »Totalversagen der Parteiführer«. Offenbar hatten sich diese entschieden, nicht gegen ein kurzfristig ausgesprochenes Aufmarsch-Verbot zu klagen.

Von der NPD gab es keinen Kommentar. Aber die brüskierten Kameraden wurden schnell wieder versöhnt: In Leipzig wurde am 20. April 2008 ein »Stützpunkt« der JN gegründet. Zum Vorsitzenden wurde Tommy Naumann ernannt – und sogleich verschwanden die aufgeregten Kommentare zum verpatzten Aufmarsch von den Websites des »Freien Netzes«.

Es war eine profitable Selbstzensur: Die Anhänger des »Freien Netzes« übernahmen eine legale Partei-Struktur. Ende 2008 wurde Naumann zum »Führer« des sächsischen JN-Verbandes berufen. Und Scheffler kam auf die »freie Liste« der NPD in Nordsachsen. Dabei hatte er im selben Jahr beim »Freien Netz Delitzsch« ein kraftmeierisches Statement gegen den Einfluss der Partei hinterlassen: »Ob die NPD-Führung das will oder nicht, uns als Kandidaten auf den Listen gibt es nur untrennbar verbunden mit unseren politischen Forderungen«, denn »die NPD ist und bleibt Instrument im politischen Kampf, nicht mehr und nicht weniger!« Das Säbelrasseln wurde Scheffler mit einem Mandat vergolten.

Das Beispiel zeigt, dass die NPD Neonazis legale politische Laufbahnen in Aussicht stellt. Auch Istvan Repaczki (22), ein Kompagnon Naumanns, bekam einen Job bei der Landtagsfraktion. Eine Anstellung erhielt auch der Leipziger Enrico Böhm (27), ein Hooligan und ebenfalls Schlüsselfigur organisierter Neonazigruppen.

[1] Links: Hendrik G. (Halle), Mitte: Tommy Naumann (Leipzig), Rechts: Franziska V. (Rostock) am 16. Oktober 2010 in Leipzig.

Foto: art-nb

Getrenntes Marschieren statt »NPD-Schiene«

Naumann, Repaczki und Böhm traten sogar zur Stadtratswahl 2009 in Leipzig für die NPD an. Gekürt wurden die Kandidaten durch Parteichef Voigt – damals gab man ihm noch die Hand. Außen vor waren wenige Abtrünnige, die aus dem »Freien Netz Leipzig« ausgestiegen sind und bis heute die Website »Freies Leipzig« betreiben. Dort wird die Liebelei mit der Partei kritisiert: »Das ›Freie Netz‹ war ursprünglich zu parteiunabhängigen Meinungsäußerungen und Berichterstattungen gedacht. Leider ist/war dies nicht mehr der Fall, da in letzter Zeit zu oft die ›NPD Schiene‹ gefahren wurde.«

Der NPD allerdings gelang mit dem Andocken der »Freien Kräfte« das Meisterstück der Integration. Sie trug in Leipzig Früchte: Hier eröffnete im November 2008 das »Nationale Zentrum«, das als Bürgerbüro des NPD-Landtagsmitglieds Winfried Petzold (66) firmiert. Sprechzeiten sind zwar nicht ausgeschrieben; dafür haben die »Freien Kräfte« das Haus sogleich in Beschlag genommen und einen Raum mit Sportgeräten bestückt, laufen im Viertel Patrouille und spähen auf dem Dach mit Feldstechern nach Gegnern.

Ein solcher Treffpunkt wäre ohne NPD undenkbar gewesen. Frequentiert wird er auch von anderen Cliquen: Die Odermannstraße 8 ist auch Fassade für Mitglieder der »Blue Caps LE«, einer Hooligantruppe mit nachgewiesenen Verbindungen in die Neonaziszene. Das Impressum der »Blue Caps«-Website verweist auf das »Nationale Zentrum« und benennt Enrico Böhm als Verantwortlichen.

Doch außer Fassade und Zaun ist vom »Nationalen Zentrum« mittlerweile kaum etwas übrig. Laut der Antifa-Zeitschrift »Gamma« verlangte die NPD von den »Freien Kräften« monatlich 800 Euro Miete. Kein Pappenstiel: In einem ebenfalls veröffentlichten E-Mail-Wechsel schreibt ein involvierter Aktivist schon vom drohenden Ende des Projekts und ist wütend auf die NPD, die für diese Misere verantwortlich sei.

Bei Geld hört die Kameradschaft auf: Trotz zwei Stadtratssitzen für die NPD nehmen auf der Tribüne im Leipziger Rathaus bei Sitzungen keine Neonazis Platz. Die »Freien Kräfte«

[1] Ein vermummter Neonazi auf dem Dach des »Nationalen Zentrums« in der Leipziger Odermannstrasse.

Foto: Recherche Ost

strafen die Partei mit Desinteresse und brechen die Gruppendisziplin: Am 1. Mai 2010 steuerten Leipziger Neonazis nicht den NPD-Aufmarsch in Zwickau an, sondern fuhren ins randaleversprechende Berlin. Der letzte gemeinsame Auftritt von NPD und Leipzigs »Freien Kräften« datiert auf den 1. September 2008, als das »Freie Netz« gegen »Kinderschänder« marschierte. Im Schlepptau: Sachsens NPD-Fraktionschef Holger Apfel. Vom beschworenen Schulterschluss war aber nichts zu spüren. Auch nicht beim »Recht auf Zukunft«-Aufmarsch am 16. Oktober 2010. Dort durfte der NPD-Abgeordnete Arne Schimmer sprechen. Der Applaus war verhalten.

Schweigen hinterm Stahltor

Bei ihren meist spontanen Aktionen bleiben die »Freien Kräfte« ohnehin unter sich und scheinen den Austausch mit der NPD abzulehnen. So stellte Winfried Petzold Mitte Mai 2010 gleich drei Anfragen an die sächsische Landesregierung zu einer vermeintlichen »Spontandemonstration von Linksextremisten am 17.03.2010 in Leipzig-Lößnig«. Allerdings ist an diesem Tag das »Freie Netz Leipzig« durch Lößnig marschiert, natürlich ohne Anmeldung bei der Polizei – oder bei Petzold. Dazu kursierte sogar ein »Aktionsbericht« samt Video, das die Teilnehmer beim Absingen eines HJ-Liedes (»Ein junges Volk steht auf«) zeigt.

Der ahnungslose Petzold erhielt von der Landesregierung nur den Hinweis, dass zu einer »linksextremen Demonstration keine Informationen« vorlägen. Vom Treiben des »jungen Volkes« bzw. der »Freien Kräfte« wusste der Abgeordnete trotz seines Büros in der Odermannstraße nichts.

Dort versagt die Kommunikation. Weiteres Indiz ist die Website des NPD-Kreisverbandes, wo es keinen prominenten Hinweis auf das Bürgerbüro gibt. Vergebens sucht man »Vor-Ort-Termine«, denn das Stahltor öffnet sich selbst für Sympathisanten erst nach einem vereinbarten Klopfzeichen. Die Öffentlichkeitsarbeit geht gegen Null, nur in einigen Pressemitteilungen beschwerte sich die Partei über Proteste gegen das Bürgerbüro. Als dort Ende 2008 Neonazis, die mit Hooligans gefeiert hatten, eine Straßenschlacht mit der Polizei anzettelten, meinte die NPD, dies sei eine »freie Erfindung der Medien«.

Seitdem sagt man zum »Nationalen Zentrum« nichts mehr. Ein angekündigter »öffentlicher Begehungstermin« wurde niemals anberaumt, dafür die Hausnummer am Stahlzaun wieder abmontiert. Ein seltenes Lebenszeichen war Ende Juli 2010 das Aufstellen einer Werbetafel. Darauf bewirbt ein Szene-Textilversand seine Kollektion und hilft so, die Miete aufzubringen.

Dabei gab es durchaus Versuche, die internen Kräfteverhältnisse zu klären: Wiederum im »Nationalen Zentrum« wurde im Juli 2008 der »Kulturverein Leipzig-West e.V.« gegründet. Mitglieder wurden vor allem jene NPD-Anhänger, die zur Kommunalwahl antreten sollten. Der Verein konstituierte sich allerdings ständig neu: In einer zweiten Versammlung im Januar 2009 kam Enrico Böhm in den Vorstand und brachte einige Gleichgesinnte mit – die »Freien Kräfte« stellten kurzzeitig die Mehrheit. Aber sie hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht: Bei der dritten Versammlung gingen die Vorstandsposten wieder an Altkader wie Helmut Herrmann (75), Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes und stellvertretender Landesvorsitzender.

Die betagten Parteimitglieder haben die Kontrolle behalten, das ist der Status Quo. Sie wollen den parlamentarischen Weg der Landtagsfraktion (»Sächsischer Weg«). Die jüngeren Kontrahenten reden vom »nationalen Sozialismus« und einer »Revolution«. Kürzlich bekräftigten sie beim »Freien Netz« aufs Neue: »Die NPD ist Teil des Problems und nicht die Lösung.« Das ist eine Spaltung mit Ansage. Selbst das zweijährige Bestehen des »Nationalen Zentrums« feierten die »Freien Kräfte« jüngst ohne NPD. ■

Social Engineering ...

Die Autonome Antifa Freiburg im Gespräch

Aufgrund offensiver Pressearbeit und qualitativer »Outingaktionen« gegen diverse Neonazistrukturen, hat die Autonome Antifa Freiburg einiges Aufsehen erregt. Für uns ein guter Grund über ihre Arbeit und Motivation zu sprechen. Das Interview wurde anonym geführt.

1| Bei den »Jungen Nationaldemokraten« (JN) handelt es sich um die Jugendorganisation der NPD.

[1] Mit »Breitenoutings« bietet die Freiburger Autonome Antifa andere Antifaschist_innen die Möglichkeit die jeweiligen Fotos um Informationen zu den abgebildeten Neonazis zu ergänzen.

Bitte stellt euch doch mal kurz vor.

Die Autonome Antifa Freiburg ist eine Gruppe im Autonomen Zentrum KTS Freiburg. Sie besteht aus SchülerInnen, StudentInnen, ArbeiterInnen, BäuerInnen und Faulpelzen. Die Gruppe unterstützt sehr unterschiedliche Projekte der radikalen Linken. Das Spektrum der Themen, mit denen wir uns beschäftigen, umfasst neben der Antifapolitik auch Antirepressionsarbeit, Antimilitarismus, Bildungspolitik, den Kampf um Freiräume, Umweltpolitik, Antirassismus und Medienarbeit, insbesondere im Rahmen der Internetseite »Indymedia linksunten«. Die Gruppe wurde im Februar 2007 gegründet. Sie ging aus einer Spaltung der Antifa Freiburg hervor, die es seit Dezember 2003 gab. Während die Antifa Freiburg sehr heterogen war, ist die Autonome Antifa Freiburg eine anarchistische, basisdemokratische und antikapitalistische Gruppe. Wir hegen ganz generell ein kriminelles Selbstverständnis und organisieren neben Antifaaktionen auch Hausbesetzungen, Demonstrationen und direkte Aktionen. Militanz ist bei uns kein Thema sondern Konsens.

Welche Projekte habt ihr über einen längeren Zeitraum verfolgt, wo lagen eure größten Erfolge und an was arbeitet ihr zur Zeit?

Bezüglich unserer Antifaarbeit haben wir vier Schwerpunkte: Breitenoutings, Regionalaktionen, Kampagnen und Recherche. Mit Breitenoutings meinen wir die Veröffentlichung von Demofotos hunderter Neonazis auf Indymedia mit der Möglichkeit für andere Antifas, diese Fotos um Informationen zu den abgebildeten Neonazis zu ergänzen. So haben wir beispielsweise 2007 in Frankfurt über 600 Neonazis geoutet, was für viel Aufmerksamkeit sorgte. In Sempach in der Innerschweiz haben wir 2008 Fotos von rund 250 Neonazis veröffentlicht und damit einen Großteil der deutschschweizer Neonaziszene zum ersten Mal in die Öffentlichkeit gezerrt. Auch hier gab es ein großes Presseecho und die TeilnehmerInnenzahlen von Neonazidemos in der Schweiz sind seitdem rückläufig. Unsere bekannteste Aktion mit regionalem Bezug war das Outing des »JN-Bombenbauers«[1] aus Weil am Rhein. Wir hatten den Neonazi über einen längeren Zeitraum beobachtet und seine Anschlagspläne öffentlich gemacht, nachdem er konkret mit Bomben experimentierte. Er saß daraufhin in Untersuchungshaft und ihm wird in Kürze der Prozess vor dem Landgericht gemacht. In Freiburg haben wir zum Beispiel die Teilnahme eines CDU-Stadtrats an einer Neonaziveranstaltung skandalisiert. Er wurde daraufhin nicht wiedergewählt. In einem anderen Fall veröffentlichten wir ein Video, in dem ein Redakteur einer Lokalzeitung und der extrem rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« in einem Hakenkreuzpullover Orgel spielt. Am folgenden Tag wurde er von der Lokalzeitung entlassen. Von 2007 bis 2009 arbeiteten wir an einer Kampagne gegen den NPD Kreisverband Freiburg-Südlicher Oberrhein. Dabei haben wir Treffpunkte aufgedeckt, mittels Social Engineering Informationen gesammelt und durch virtuelle Unterwanderung für eine starke Verunsicherung unter NPD-Mitgliedern und -SympathisantInnen gesorgt. Nach und nach haben wir Mitglieder geoutet, sie lächerlich gemacht und isoliert. Gleichzeitig war Antifapolitik für eine breite Öffentlichkeit wahrnehmbar. Zum Abschluss haben wir den Freiburger Vorsitzenden geoutet, der daraufhin den Kreisverband mit einer öffentlichen Erklärung auflöste. Zwar gibt es noch immer Neonazis in Freiburg, sie sind aber marginalisiert und haben keinen politischen Einfluss. Wir sind zufrieden mit der Pro-Antifa-Stimmung, die durch langjährige linksradikale Politik geschaffen wurde. Die aktuelle öffentliche Kampagne richtet sich gegen das Neonaziforum »thiazi.net«. Hier haben wir statt Breitenoutings bei einer Vielzahl von Neonazis das Mittel des Tiefenoutings exponierter Personen gewählt – obwohl wir auch schon mal einen Moderator in einer Kurzmeldung auf unserer Website outen. Von zwei ModeratorInnen und einem sächsischen NPD-Kreisrat veröffentlichten wir soziale Daten, Psychogramme sowie Neonaziaktivitäten und bewirkten damit eine weitgehende Verunsicherung vieler Neonazis. Da wir uns als Moderator einloggen konnten, hatten wir Zugriff auf viele interne Daten dieses größten deutschsprachigen Neonaziforums. Wir sind bei solchen Gelegenheiten immer wieder erstaunt und belustigt über das Klima des ge-

[1]

genseitigen Bespitzelns, unsolidarischen Lästerns und tiefsitzenden Misstrauens, das unter Neonazis herrscht. Dieses Klima versuchen wir durch das Säen von Angst, Unsicherheit und Zweifel zu verschlechtern.

Was für Überlegungen stecken hinter eurem Politikstil? Einerseits seid ihr eine »klassische« Stadtantifa, andererseits befindet Ihr euch ja z.B. mit euren Hacks auf Neonazi-Server schon weit jenseits des legalen Rahmens...

Wir mögen die Trennung zwischen Recherche und Aktionen nicht. Dadurch entstehen Wissenshierarchien und oft werden Chancen durch mangelhaften Informationsaustausch vertan. Da aber nicht alle Antifas alle Dinge gleich gut können, setzen wir stark auf Skill-Sharing und praktischen Erfahrungsaustausch: wir bilden uns und andere. Dabei betonen wir insbesondere bei unerfahreneren GenossInnen die mit unvorsichtiger Recherche einhergehenden Gefahren und zeigen immer auch Abwehrtechniken auf. Und wenn man sich selbst zu schützen weiß, kann man auch die Schwachstellen der Feinde besser erkennen und ausnutzen. Kriminalisiert werden wir aber meistens nicht wegen unserer Internetaktivitäten sondern wegen anderer linksradikaler Aktionen. Wir beteiligen uns etwa an der Organisation unangemeldeter Demonstrationen und rufen gezielt zur Vermummung auf. Wir haben zwar den Eindruck, dass unsere starke Präsenz in der Öffentlichkeit einen gewissen Schutz vor Repression bietet, aber dennoch müssen wir uns regelmäßig mit Antirepressionsarbeit beschäftigen.

Welche guten bzw. schlechten Erfahrungen habt ihr mit eurer Arbeit gemacht und warum habt ihr euch für eine solche Form der Arbeit entschieden? Was können andere daraus lernen?

Unsere Antifaarbeit ist erfolgsorientiert und lässt sich am Schaden messen, den wir den Neonazis zufügen. Dabei wählen wir das jeweils angemessenste Mittel, haben aber natürlich auch die Nebeneffekte und die Repression im Auge. Häufig setzen wir auf offensive Pressearbeit und nutzen neben unseren eigenen Medien (wie unserer Website, die Internetseite »Indymedia« und freie Radios) auch bürgerliche Zeitungen, Radio- und Fernsehsender. Unsere eigene Website wurde mehrmals zensiert und verklagt, weshalb wir im Frühjahr 2010 zu einem isländischen Provider migriert sind.

Hat Bündnisarbeit mit anderen Antifa-Gruppen, regional wie überregional, Gewerkschaften etc. bei euch eine hohe Priorität, oder versteht Ihr euch eher als Freelancer, die mit Ihren speziellen Fähigkeiten einen eigenen Weg gehen?

Wir wollen keine Elite sein und arbeiten grundsätzlich mit allen Linken zusammen, die Neonazis schaden wollen. Für uns sind Bündnisse aber kein Mittel, um gesellschaftlichen Einfluss zu bekommen. Wir versuchen immer mit Leuten vor Ort zusammenzuarbeiten, allerdings haben wir auch schlechte Erfahrungen gemacht. Insbesondere der DGB hat uns mehrmals verraten und sich als Bündnispartner diskreditiert. Wir sind im Antifaschistischen Aktionsbündnis Baden-Württemberg organisiert, denn für uns ist die kontinuierliche und solidarische Zusammenarbeit linksradikaler Antifagruppen wichtig. Nur gemeinsam können wir den Neonazis Einhalt gebieten und für die soziale Revolution kämpfen. ■

[1] Ein Ergebnis der offensiven Pressearbeit: Am 4. Juni 2010 berichtete die Frankfurter Rundschau über die Recherchen der Freiburger Autonomen Antifa.

Freitag, 4. Juni 2010 | 66. Jahrgang | Nr. 126 | R/S | Frankfurter Rundschau — POLITIK 7

Rechte Eine Frau, die unerkannt Einfluss nehmen will, verzichtet auf die NPD-Mitgliedschaft.

Die Nazi-Mutter

Wie eine Rechtsradikale sich tarnt, um am Elternstammtisch in Ruhe agitieren zu können

Von Volker Schmidt

Sabine R. ist ein funktionierendes Mitglied der Bürgergesellschaft. Sie sitzt im Elternbeirat zweier Schulen, sie lebt ein unauffälliges Leben mit Hobbys wie „lecker essen gehen“ und „künstlerisches Werkeln“, sie hat mit zehn Kindern dazu beigetragen, die Rente zu sichern. Bundespräsident Roman Herzog übernahm die Ehrenpatenschaft des siebten Kindes, das tut das Staatsoberhaupt bei allen siebten Kindern.

Enibas ist Nationalsozialistin. Sie moderiert Foren auf thiazi.net, der wohl wichtigsten deutschen Neonazi-Plattform im Internet. Sie verehrt Joseph Goebbels und Leni Riefenstahl, feiert Hitlers Geburtstag und freut sich, dass „Jude“, wie sie meint, wieder ein „Schimpfwort“ sei. Enibas findet, „für den Volkserhalt ist es notwendig, dass Mann und Frau wissen, dass das höchste Glück auf Erden in vielen Kindern und einer guten Ehe liegt“. Sie glaubt, „dass ein Mensch mit einem gesunden Rassebewusstsein einfach kein Verlangen nach fremdrassigem Sex hat“. Homosexualität hält sie für „eine Krankheit, für die es leider noch keine Heilung gibt“ – denn Schwule tun ihre Pflicht nicht: „eine deutsche Familie zu gründen“. Sie selbst hat zehn Kinder, Hund und Meerschweinchen.

Sabine R. ist Enibas, sagen Antifa-Aktivisten. Auf Flugblättern an ihrem Wohnort und per Internet haben sie sie jetzt geoutet. Die Autonome Antifa Freiburg (AAF) hat auf thiazi.net die hier wiedergegebenen Zitate gesammelt, Bilder, die Enibas von sich in Netz gestellt hat, sowie Fotos, die sie bei Neonazi-Demonstrationen zeigen. Kein Zweifel: Die Frau auf den Bildern ist dieselbe wie auf der Homepage von Sabine R.

Sabine R. spricht nicht mit der Presse. Sie lässt sich von ihren Kindern verleugnen oder schickt ihren

Von Enibas gebacken und ins Netz gestellt: Geburtstagstorte für Adolf Hitler.

Familie „wird zur Zeit überarbeitet“. Die übelsten Zitate sind von thiazi.net verschwunden. Moderatorin Enibas hat sich in „Heller Schatten“ umbenannt. Zu spät. Um Sabine R. auf die Schliche zu kommen, reichte es, den Usernamen Enibas rückwärts zu lesen und ein paar Informationen zu googeln, die sie von sich preisgibt. Bei „Sabine Großfamilie Meerschweinchen“ ist der erste Treffer die Kabel-1-Reportage „Unternehmen Großfamilie“ von 2004. Mit den Informationen dazu – darunter Namen aller zehn Kinder – ist die Homepage von Familie R. schnell gefunden.

Gegenteil des Klischees

Im Kabel-1-Text heißt es über Sabine R., dass sie „fleißig“ ... [clipping continues:] tätshelferin bei Neonazi-Demos fungiert und mit den Kindern bei Gleichgesinnten „Wikingerspiele“ veranstaltet, deretwegen auch mal die Polizei gerufen wird, fiel dem Kabel-1-Team offenbar ebenso wenig auf wie dem SWR, der 2007 über die Familie berichtete.

Sabine R. ist das Gegenteil des Klischees vom jungen, männlichen, schlecht ausgebildeten, arbeitslosen, ostdeutschen Neonazi, Tarnung ihre Taktik. Enibas schrieb: „Ich glaube, niemand würde mich mehr in den Elternbeirat unserer Schule wählen, wenn ich in der NPD wäre. Dann täte man mich als ‚bösen Nazi‘ abstempeln und niemand würde mir mehr zuhören.“ Deshalb sei sie „nirgends offiziell organisiert“.

schmiegsam und anpassungsfähig sein‘ – wie es unser Führer so ergreifend sagte.“ Was Enibas von ihrer Tätigkeit als Elternvertreterin erzählt, klingt weder subtil noch geschmeidig: Sie agitiert gegen Aktionswochen „Schule ohne Rassismus“, macht Schülerinnen lächerlich, die Neonazis fürchten, hetzt gegen „Mulattenkinder“.

Vor allem wegen der Tätigkeit im Elternbeirat haben Antifa-Aktivisten Sabine R. jetzt geoutet. Wie der mutmaßliche NPD-Bombenbastler aus Lörrach, den die AAF 2009 auffliegen ließ, sei Enibas „eine Gefahr“: weil sie als Elternvertreterin Unbedarfte ebenso indoktriniere wie ihre eigenen Kinder, weil sie mit Vorträgen Neonazis festige, weil sie als Anti-

Ringen ums Atom

Koalition entscheidet über Laufzeitverlängerung

Von Steven Geyer

BERLIN. Im Streit um die Laufzeitverlängerung für deutsche Atomkraftwerke rückt eine Entscheidung näher. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) will am heutigen Freitag vor der Bundesratssitzung am Vormittag mit den Unions-Ministerpräsidenten aus den Kernkraftländern und den Bundesministern der CDU darüber beraten. Ziel des Treffens im Kanzleramt dürfte eine Vorentscheidung darüber sein, um wieviele Jahre die AKW-Laufzeiten verlängert werden.

Sowohl Innen- und Justizministerium, als auch der Ex-Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, gehen in Gutachten davon aus, dass nur geringe Verlängerungen ohne Zustimmung des Bundesrats auskämen. Da Schwarz-Gelb dort keine Mehrheit hat, dürfte Merkel für moderate Laufzeitverlängerungen von acht bis 12 Jahren plädieren.

Offen ist zudem, wie die Zusatzgewinne der Versorger abgeschöpft werden sollen. Schätzungen gehen von mehr als 60 Milliarden Euro Gewinn aus. Laut Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) prüft die Regierung eine Steuer auf Brennelemente für AKW. Die Industrie lehnt diese ab und plädiert für einen Fonds oder einen Staatskredit für die Förderung von erneuerbaren Energien, den die Betreiber aus ihren Zusatzgewinnen bestücken oder tilgen würden. Für die Unternehmen hätte das den Vorteil, dass es nach einem Regierungswechsel schwerer würde, erneut aus der Atomkraft auszusteigen – weil die Gelder fehlten. Die Gewerkschaften forderten die Regierung dagegen auf, am Atomausstieg festzuhalten. „Ein intelligenter Energiemix der Zukunft kommt ohne Kernkraft aus“, sagte der DGB-Vorstand Dietmar Hexel der FR. „Es wäre zudem ein politisch unsauberes und undemokratisches

Mehr Informationen unter: autonome-antifa.org

»Siempre Antifascista 2010«

Ein Gastbeitrag des Vorbereitungskreises

Mehr Informationen unter: www.siempre-antifa.tk

Im November 2010 veranstaltete das Bündnis »Siempre Antifascista« eine Antifa-Konferenz mit Aktivist_innen aus unterschiedlichen Teilen des europäischen Kontinents und Nordamerikas. Gleichzeitig riefen die Veranstalter_innen unter dem Motto »Remembering means fighting« am 11. November zum jährlichen Aktionstag in Erinnerung an Opfer rechter Gewalt auf. Schließlich waren es gerade die in ganz Europa von Neonazis verübten grausamen Morde und Gewalttaten gegen Antifaschist_innen sowie (vermeintliche) Migrant_innen, welche den Anlass zur Initiierung der Kampagne 2008 gaben.

[1] »Siempre-Antifa-Konferenz« vom 11.–14. November 2010 in Berlin

Nichts ist vergessen – und niemand

Ein internationaler Gedenktag versteht sich als Mittel, um neonazistische Gewalttaten, die von staatlicher Stelle allerorts nur allzu gerne verharmlost, uminterpretiert oder verschwiegen werden, außerhalb der Massenmedien und mithilfe eigener kreativer Aktionsformen öffentlich zu machen. Das Konzept basiert vor allem auf Selbstorganisierung. Auf diese Weise können Antifaschist_innen in verschiedenen Ländern jeweils »ihrer« Opfer und Betroffenen gedenken, diesen in der eigenen Umgebung auf vielfältige Weise ein Gesicht geben und größere Öffentlichkeit schaffen. Auf internationaler Ebene ist dieser Tag zugleich ein Stück gelebte Solidarität einer weltweit agierenden antifaschistischen Bewegung.

Die Idee des Aktionstags und das Siempre-Logo wurden in den letzten Jahren häufig aufgegriffen. 2009 war »Siempre Antifascista« das zweite Motto der jährlichen »Silvio-Meier-Demonstration« in Berlin zum Gedenken an den 1992 von Neonazis ermordeten Antifaschisten und Hausbesetzer. Bei zahlreichen Demonstrationen und Gedenkaktionen für Betroffene neonazistischer Gewalttaten, von Dortmund, Bochum über Dresden nach Berlin, ziert der »Siempre-Stern« Aufrufe und Transparente. Zuletzt auf einer antirassistischen Gedenkdemo für den am 24. Oktober in Leipzig von Neonazis ermordeten Kamal K.. Damit wurden seit 1990 mindestens 150 Menschen Opfer rechter Gewalt.

Auch weltweit wird das Konzept von gegenseitiger Solidarität und Vernetzung aufgenommen, allerdings ist die Informationslage hier schwieriger und das Problem des mangelnden gegenseitigen Austausches zwischen linksradikalen Bewegungen noch evident. Manche Solidaritätsaktionen sind aufgrund mangelnder Übersetzung nicht bekannt geworden.

Genau dem möchte »Siempre Antifascista« entgegenwirken. Die Verbreitung des Logos und des Aktions-Konzepts soll schließlich nicht als Anstreben einer »corporate identity«-Antifa missgedeutet, sondern als Symbol der Solidarität verstanden werden und besserer bzw. effektiverer Vernetzung dienen.

Information und Vernetzung

Die Förderung des konkreten Austauschs zwischen antifaschistischen Aktivist_innen steht klar im Zentrum des »Siempre Antifascista«-Konzepts. Die Konferenzen 2008 und 2010 mit Referent_innen aus verschiedenen Teilen der Welt bildeten das Kernstück der Aktionswochen und boten sowohl den jeweiligen Vertreter_innen als auch den Veranstaltungsbesucher_innen die Möglichkeit, sich über Probleme in den unterschiedlichen Ländern und über die jeweilige antifaschistische Arbeit zu informieren und sich kennenzulernen.

Eine Bewegung, die sich ausschließlich auf lokalen antifaschistischen Widerstand konzentriert, ist auf Dauer nicht handlungsfähig. Entwicklungen größeren Ausmaßes, wie der europaweit zunehmende Erfolg rechts-

populistischer Parteien in den Parlamenten, offen nationalistische und rassistische Diskurse in der Öffentlichkeit und die sich beständig ausweitende internationale Kooperation rechter Parteien sowie neonazistischer Netzwerke in den Subkulturen (z.B. »Blood & Honour«), dürfen von einer linksradikalen Bewegung, die sich selbst als grenzenlos versteht, nicht außer Acht gelassen werden.

Zum Austausch von Informationen, Diskussionsprozessen und Entwicklung von Strategien ist persönlicher Kontakt zwischen Aktivist_innen daher besonders wichtig. Ohne Frage ist die Situation in unterschiedlichen Teilen der Welt nie völlig vergleichbar, und es kann deshalb kaum sinnvoll sein, beliebige Konzepte und Methoden antifaschistischer Arbeit eins zu eins zu übertragen. Nichtsdestotrotz ist eine Diskussion über Erfahrungen, Erfolge aber auch Niederlagen mit Genoss_innen aus aller Welt immer eine wichtige Inspiration und Antriebskraft für eigene Projekte. Aktivist_innen, die persönlich am internationalen Austausch teilnehmen, können Strategien und Informationen in ihre Strukturen zurücktragen und auf wichtige Ereignisse und Erkenntnisse aufmerksam machen. Auch punktuelle projektbezogene Kooperationen, wie die gegenseitige Unterstützung bei Demonstrationen, die Thematisierung von Fällen rechter Gewalt und das Gedenken an die Betroffenen sind essentiell.

By any means necessary: remembering means fighting

Antifaschistische Vernetzung steht erst am Anfang und muss aktiv vorangetrieben werden. Die Diskussionsprozesse des Konferenz-Wochenendes haben ergeben, dass momentan vor allem der Austausch von Information zu neonazistischen Aktivitäten sowie der Entwicklung rechter Parteien und Netzwerke zentral ist. Es mangelt aktuell vor allem an Übersetzungen analytischer und berichtender Texte. Die Schaffung einer Plattform, auf der Informationen der grenzübergreifenden Antifa-Bewegung gebündelt, übersetzt und einem Publikum über die eigene Szene hinaus zugänglich gemacht werden, ist ein wichtiger Schritt zur Förderung einer eigenen Medienöffentlichkeit und Gewinnung neuer Mitstreiter_innen außerhalb organisierter Strukturen. Subkulturen und Fußballstadien müssen als Politisierungsorte für Jugendliche stärker in den Fokus rücken.

Ebenso wichtig ist es, den Blick nicht nur auf die »klassische« Anti-Nazi-Arbeit zu versteifen, sondern auf Themen wie Sexismus in der eigenen Szene oder die mangelnde Einbindung von Migrant_innen, auszudehnen. Antifaschismus muss sich als linksradikal und damit sozialkritisch verstehen und darf nicht als »Ein-Punkt-Bewegung« agieren. In Zeiten der »Extremismustheorien«, die von staatlicher Seite genutzt werden, um linksradikale Alternativen zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in einen Topf mit neonazistischen Gewalttaten zu werfen, ist Antirepressionsarbeit besonders wichtig. Dass diese auch im internationalen Rahmen funktionieren kann, hat der Erfolg der aktuellen Solidaritätskampagne für Aktivisten im russischen Chimki gezeigt.

Nicht zuletzt lebt »Siempre Antifascista« jedoch von Selbstorganisation, eigenen Akzenten und Ideen. Wir verstehen es als Aufruf an alle Antifaschist_innen weltweit, den Rahmen des Aktionstages und das Siempre-Logo für ihre eigenen Aktionen und Schwerpunkte im antifaschistischen Kampf zu nutzen und sie somit zu einem sichtbaren Symbol gelebter grenzenloser Solidarität zu machen. Uns geht es darum aus dem Gedenken an die Opfer, den Widerstand gegen die Täter und die entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu formen – Erinnern heißt Kämpfen!

Von Móstoles bis Moskau, von Montréal bis Miami: Siempre Antifascista! ■

Polizei und Rassismus

Wider der Legende bedauerlicher Einzelfälle

Ausgehend von der weit verbreiteten Legende bedauerlicher Einzelfälle in Bezug auf rassistische Polizeigewalt wollen wir in diesem Beitrag zeigen, dass es sich um ein strukturelles und nicht um ein individuelles Phänomen handelt. Im Zentrum steht dabei exemplarisch die Praxis des racial profiling.

autor_innenkollektiv de[X]oppression

Rassismus verstehen wir, angelehnt an Birgit Rommelspacher, nicht als individuelle Vorurteile, sondern als eine Praxis, die etablierte Machtverhältnisse legitimiert und fortführt. Diese Praxis basiert auf der Theorie, dass Menschen aufgrund ihrer biologischen Merkmale einer bestimmten ›Rasse‹ zugehörig seien. So werden soziale und kulturelle Unterschiede als natürlich gewertet, der jeweiligen Gruppe zugeschrieben und als unveränderlich und vererbbar markiert. Diese Konstruktionen von Gruppen, die als starr und mit anderen Gruppen unvereinbar dargestellt werden, ermöglichen deren Hierarchisierung nach bestimmten Wertigkeiten. Die Gruppen werden durch die bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse bestimmt und in Diskursen und Praxen verfestigt. Rassismus ist also ein gesellschaftliches Verhältnis, in dem die Diskriminierung konstruierter Gruppen der Legitimation bestehender gesellschaftlicher Hierarchien dient.[1] Von dieser Definition ausgehend sollen im Folgenden Grundlagen und Merkmale rassistischer Polizeipraxis vorgestellt werden.

Institutioneller Rassismus in der bundesdeutschen Polizei

Rassistische Polizeigewalt weist eine sehr große Bandbreite auf, die von selektiven Kontrollen, körperlichen, psychischen und sexuellen Misshandlungen bis hin zu Mord reicht. Die Wahrnehmung rassistischer Polizeigewalt in der Öffentlichkeit ist jedoch sehr gering. Nur wenige ›spektakuläre‹ Fälle werden von Medien und Politik aufgegriffen und gelangen damit an eine breite Öffentlichkeit. So z.B. im Fall von Oury Jalloh in Dessau 2005, der in Polizeigewahrsam in einer Zelle verbrannte, oder der Brechmitteleinsatz der Polizei in Bremen 2004, durch den Laye Condé starb. In beiden Fällen wurde öffentlich jedoch weniger über die rassistische Motivation der Polizei diskutiert, es standen vielmehr die Fragen nach der Legitimität von Fixierungen in Zellen oder Brechmitteleinsätzen im Vordergrund. Solche brutalen Angriffe werden anschließend zumeist als Ausnahmen bezeichnet – als Versäumnisse oder Versagen einzelner Polizeibeamt_innen. Diese Legende der bedauerlichen Einzelfälle individualisiert rassistische Polizeigewalt. Gestützt wird sie, wenn z.B. die Ursachen für rassistisches Handeln bei den einzelnen Beamt_innen gesucht werden, indem individuelle Defizite wie Stress, Frustration oder Überarbeitung in den Fokus gestellt werden. Dadurch wird die strukturelle Ebene – bewusst oder unbewusst – ausgeblendet. Um dieser individualisierenden Theorie entgegenzuwirken, ist es umso wichtiger, die Normalitäten systematischer rassistischer Polizeipraxen zu betrachten. Rassistische Polizeigewalt findet auch bei ›unspektakulären Fällen‹ nicht etwa außerhalb erlaubter polizeilicher Gewaltanwendung statt. Rassistische Polizeigewalt ist vor allem institutioneller Art – mit Methode und rechtlichen Rahmenbedingungen. Das lässt sich besonders bei den sogenannten verdachts- und

Alle Fotos auf dieser Seite von Jörg Möller, dessen Bilder auch in der Ausstellung »Berliner Tatorte« zu sehen sind.

ereignisunabhängigen Kontrollen und Schleierfahndungen beobachten. Mit dieser juristischen Legitimation werden rassistischen selektiven Kontrollen Tür und Tor geöffnet. Tagtäglich diskriminiert diese Praxis unzählige Menschen.

Verdachtsunabhängige Personenkontrollen

Verdachts- und ereignisunabhängige Personenkontrollen werden zu unterschiedlichen Zeiten, an unterschiedlichen Orten, unter unterschiedlichen Bedingungen durchgeführt, aber nicht ohne System. Die folgenden Beispiele können nur einen kleinen Einblick geben. Personenkontrollen gehören für viele Menschen, die die Polizei als Nicht-deutsch und Nicht-weiß[2] kategorisiert, zum Alltag.

Bericht 1:

»Zweimal hatte ich schlimme Erlebnisse im letzten Jahr. Einmal in der Turmstraße in Berlin, vor einem Monat. Wir waren zu zweit und wurden wie Drogenhändler kontrolliert. Ich finde das schlimm, weil die Polizisten uns ausgesucht haben, nur weil wir schwarz sind. Sie waren gerade dabei, irgendwelche Leute zu kontrollieren. Als sie uns sahen, unterbrachen sie die Kontrolle der Weißen und kontrollierten uns. Die zweite Kontrolle war im Sommer. Wir waren im Zug auf dem Weg zum Heim in Luckenwalde. Sie haben direkt uns kontrolliert, obwohl der Zug voller Menschen war. Du stehst auf einem Bahnsteig und um dich herum viele, viele Leute, und sie kommen direkt auf dich zu und sagen: ›Guten Tag, Ihren Ausweis bitte‹. Sie kommen immer nur zu dir. Sie sagen immer ›Guten Tag‹. Am Bahnhof Zoo hatte ich mir gerade ein Ticket gekauft. Da kamen wieder zwei – ›Guten Tag‹ – auf mich zu, und ich hatte nur eine Fotokopie von meinem Ausweis dabei. Da haben sie mir die Hände auf den Rücken gefesselt und mich mit in die Bahnhofswache genommen, mich zwei Stunden lang festgehalten, fotografiert, Fingerabdrücke genommen, nach Drogen durchsucht.«[3]

Bericht 2:

»F. A. beobachtet zwei Polizeibeamte bei einer Personenkontrolle eines Mannes in der Hasenheide im Bezirk Neukölln. Er spricht die Polizeibeamten an und fragt sie, ob der Mann wegen seiner Hautfarbe überprüft worden sei. Das bejaht einer der Beamten und argumentiert, dass ›nur Schwarze (...) in der Hasenheide Drogen [verkaufen] würden‹.«[4]

Gesetzliche Grundlagen

Unterschiedliche gesetzliche Grundlagen ermöglichen es der Berliner Polizei, auch ohne konkreten Verdacht die Identität von Menschen festzustellen. An sogenannten kriminalitätsbelasteten Orten, die einigen vielleicht noch als gefährliche Orte geläufig sind, darf die Berliner Polizei auch ohne konkreten Verdacht die Identität von sich dort aufhaltenden Personen feststellen (§ 21 Abs. 2 Nr. 1 ASOG). Um einen solchen kriminalitätsbelasteten Ort festzulegen, erstellt die Polizei eine Prognose darüber, wie viele ›kriminelle Handlungen‹ sich wohl in Zu-

1| Vgl. Rommelspacher, Birgit (2009): Was ist eigentlich Rassismus? In: Melter, Claus; Mecheril, Paul (Hg.): Rassismuskritik. Band 1: Rassismustheorie und -forschung. Schwalbach/Ts, S. 25–38.

2| Wir schreiben ›Nicht‹ groß, um explizit auf die machtvolle Konstruktion ›des Anderen‹ hinzuweisen.

3| Anonymisierte Befragung des Flüchtlingsrats Brandenburg zu Polizeikontrollen. In: Selders, Beate (2009): Keine Bewegung! Die »Residenzpflicht« für Flüchtlinge – Bestandsaufnahme und Kritik, S. 83.

4| KOP-Chronik: http://kop-berlin.de/de/chronicle

5| Vgl. auch Kant / Roggan (2005): Vertreibung, Erfassung, Kontrolle. Polizeiliche Eingriffsbefugnisse im öffentlichen Raum, in: Bürgerrechte – Polizei/CILIP 81, S. 15

6| dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/088/1608849.pdf

7| dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/022/1702261.pdf

➔

→ kunft an einem Ort abspielen werden. Der große Spielraum, der sich hier für die Polizei öffnet, ist unübersehbar. Obwohl Polizeibeamt_innen an kriminalitätsbelasteten Orten besonders massive Eingriffsrechte haben, ist offiziell nicht bekannt, wo diese Orte sind.[5] Einige Printmedien veröffentlichen diese Informationen, wenn sie Zugang zu ihnen bekommen. Ein anderer Weg herauszufinden, wo ein kriminalitätsbelasteter Ort ist, ist die konkrete Situation der Kontrolle: Polizeibeamt_innen antworten auf die Frage, warum ein Mensch kontrolliert wird manchmal, dass er_sie sich an einem kriminalitätsbelasteten Ort aufhalte. In Berlin sind es meist große Plätze und Parks, die die Polizei als kriminalitätsbelastet einstuft. Laut der Berliner Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt ›KOP‹ (AIB #88) sind mit hoher Wahrscheinlichkeit momentan bekannte kriminalitätsbelastete Orte die Hasenheide, der Görlitzer Park, der Hermannplatz, der Alexanderplatz, der Weinbergspark, der Breitscheidplatz und die Samariterstraße.

In Berlin existieren darüber hinaus noch weitere Vorschriften, die von der Polizei für selektive Kontrollen genutzt werden: Es ist der Polizei beispielsweise möglich, in einer Verkehrs- oder Versorgungsanlage oder -einrichtung, einem öffentlichen Verkehrsmittel, Amtsgebäude oder einem anderen besonders gefährdeten Objekt oder in dessen unmittelbarer Nähe sowie an polizeilich eingerichteten Kontrollstellen (unter bestimmten Voraussetzungen) verdachtsunabhängig Personen zu kontrollieren (§ 21 Abs. 2 Nr. 2, 3 ASOG).

Die sogenannte Schleierfahndung gestattet es der Bundespolizei, verdachtsunabhängige Personenkontrollen durchzuführen. Durch das Schengen-Abkommen und dem damit verbundenen Wegfall der Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedsstaaten kann von einer Verlagerung der Grenzen ins Inland gesprochen werden. Als Zweck der Schleierfahndung wird die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität angegeben. Die Schleierfahndung ermöglicht Kontrollen im Grenzgebiet bis zu einer Tiefe von 30 Kilometern, ebenso auf sogenannten Transitstrecken und in öffentlichen Einrichtungen des internationalen Verkehrs, zum Beispiel auf Bahnhöfen oder Flughäfen (§ 23 BpolG).

Ausgestaltung – die Praxis des racial profiling

Die oben aufgeführten Gesetzesgrundlagen dienen dazu, dass die Polizei juristische Grundlagen hat, um zunehmend Menschen zu kriminalisieren, die sie als Nicht-deutsch und Nichtweiß kategorisiert. Die Personenkontrolle wird durchgeführt, um einen Verdacht hervorzubringen – es besteht ein Verdacht des Verdachts (ZAG #35). Somit kann von »verdachtsunabhängig« keine Rede sein.

Polizeiliche Kontrollen werden nicht total durchgeführt, d.h. es wird nicht die Identität aller Personen festgestellt, die sich an einem bestimmten Ort aufhalten. Die Selektion derer, die von Polizeibeamt_innen herausgegriffen werden, erfolgt im Rahmen einer rassistischen Praxis. Bei dieser Praxis handelt es sich um racial profiling. Davon kann gesprochen werden, wenn von diskursiv aufgeladenen Symbolen und Zuschreibungen auf ein bestimmtes Verhalten geschlossen wird. Hier werden also bestimmte Symbole als Hinweis für kriminelles Verhalten kategorisiert. Mit racial profiling kann demnach jegliche polizeiliche Maßnahme (Verdächtigung, Kontrolle, Arrestierung) bezeichnet werden, die aus der Vorstellung heraus geschieht, dass Menschen, denen eine bestimmte ›ethnische‹ Zugehörigkeit zugeschrieben wird, bestimmte Arten von Kriminalität eher begehen würden.

Diskurse um racial profiling sind in der BRD im Vergleich zu anderen europäischen Ländern oder den USA noch weitgehend marginal. In einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung zum Thema ›Bekämpfung von Rassismus bei der Polizei‹[6] fragten Sevim Dagdelen, Ulla Jelpke und die Bundestagsfraktion DIE LINKE im Jahr 2008 u.a. nach der Praxis des racial profiling. Die Bundesregierung antwortete: »Der Begriff des ›racial profiling‹ ist aus den USA bekannt. (...) In der Bundesrepublik Deutschland verbietet sich eine solche Vorgehensweise schon auf Grund des Grundgesetzes und des rechtsstaatlichen Systems. Daher bedienen sich weder das Bundeskriminalamt (BKA) noch die Bundespolizei eines solchen Instruments.«[7] Die Antwort scheint mit dem Motto »was es nicht geben darf, gibt es nicht« begründet zu sein. Unbeachtet bleiben nicht nur die Berichte der Betroffenen, sondern auch mehrere Studien, die racial profiling in der BRD belegen.

Racial profiling bedingt institutionellen Rassismus

Bei der Anwendung des racial profiling handelt es sich um eingeschliffene Gewohnheiten der Polizist_innen, die sich nach etablierten Wertvorstellungen richten. Um nach der Definition von Rommelspacher von institutionellem Rassismus sprechen zu können, muss zusätzlich das Merkmal ›bewährte Handlungsmaxime‹ erfüllt sein.[8] Racial profiling muss sich also als Praxis im Polizeiapparat bewährt haben. Polizist_innen handeln bei verdachtsunabhängigen Kontrollen nicht nur in Übereinstimmung mit herrschenden Diskursen zur Migrationssteuerung, sondern lenken den Diskurs auch wesentlich mit, um das Bestehen des Apparats zu rechtfertigen bzw. auszuweiten. Den ›Erfolg‹, den Beamt_innen im Rahmen verdachtsunabhängiger Kontrollen und Schleierfahndungen verbuchen, sollen die Gesetze bestätigen und das Handeln der Polizei rechtfertigen. Die Konstruktion von Erfolgen kann mit

8| Rommelspacher, Birgit (2009): Was ist eigentlich Rassismus? In: Melter, Claus; Mecheril, Paul (Hg.): Rassismuskritik. Band 1: Rassismustheorie und -forschung.

9| Mit der Residenzpflicht werden die Aufenthaltsbereiche festgelegt, in denen sich Flüchtlinge aufhalten dürfen. Der zugewiesene Bereich darf auch nicht für kurze Zeit verlassen werden. Im Einzelfall kann dies bei der zuständigen Behörde beantragt werden.

10| www.berlin.de/polizei/kriminalitaet/index.html.

11| www.berlin.de/polizei/kriminalitaet/huetchenspiel.html

einem Beispiel verdeutlicht werden: Die restriktiven Gesetze für Flüchtlinge im Asylverfahren oder mit Duldung sind ausschließlich ihnen auferlegt und können somit auch nur von ihnen ›gebrochen‹ werden. Beispielsweise kann ein Mensch nur unerlaubt ›seinen_ihren‹ Landkreis verlassen, wenn für ihn_sie die Residenzpflicht gilt.[9] Führt nun die Polizei beispielsweise gezielt auf Bahnhöfen Personenkontrollen durch, können sich so ›Erfolge‹ einstellen, die wiederum die ›Effektivität‹ des racial profiling als Handlungsmaxime bestätigen.

In der polizeilichen Praxis werden also auf der Grundlage von racial profiling Gruppen von Menschen konstruiert und bestimmten Kriminalitätsformen zugeschrieben. Dabei handelt es sich nicht um bedauerliche Einzelfälle, sondern um institutionellen Rassismus.

Diese Praxis zeigt sich verpackt als »Wissenswertes zu einigen Kriminalitäts-Phänomenen«[10] auf der Homepage der Berliner Polizei. Welches Wissen dort vermittelt wird, zeigt sich beispielsweise bei den Informationen über den angeblichen Zusammenhang von Kriminalitätsformen und Staatsangehörigkeiten: Unter der Überschrift »Finger weg vom Hütchenspiel«, warnt die Berliner Polizei vor Betrügern, die sie als Menschen aus Ex-Jugoslawien konstruiert, die ahnungslosen Berlinbesuchern das Geld aus der Tasche lockten.[11] In ihrer Warnung vor Taschendieben behauptet die Berliner Polizei, dass bisher vor allem vier Tätergruppen in Erscheinung traten: »Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien, Personen aus dem nordafrikanischen Raum (Algerier), Personen aus Südamerika (Chilenen), Personen aus Osteuropa (meist so genannte ›rumänische Klaukinder‹).[12]« Diese Zuschreibungen reproduzieren rassistische Stereotype. Demnach geht die Polizei davon aus, dass die ›Täter‹ durch phänotypische Merkmale erkennbar sein müssten. Würde sie dies nicht voraussetzen, so hätte die Darstellung des Zusammenhangs von Staatsangehörigkeit und Kriminalitätsform keinen Sinn. Es liegt nahe, dass diese Annahme die Beamt_innen auch bei Personenkontrollen leitet. Indem sie sich an ihnen orientieren, tragen sie zu deren Reproduktion bei. Durch die Konzentration auf bestimmte Bereiche oder Personengruppen, in denen die Polizei nach Kriminalität fahndet, wird der Eindruck erweckt, dass es hier besonders viel Kriminalität gäbe. Der Kontrollfokus der Polizei ist demnach enorm wichtig für die öffentliche Wahrnehmung von Kriminalität und die Legitimation polizeilichen Vorgehens.

[1] Berlins Innensenator Erhart Körting in der RBB-Abendschau am 17.11.2010: »Wenn wir in der Nachbarschaft irgendetwas wahrnehmen, dass da plötzlich drei etwas seltsam aussehende Menschen eingezogen sind, die sich nie blicken lassen oder ähnlich, und die nur arabisch oder eine Fremdsprache sprechen, die wir nicht verstehen, dann sollte man glaube ich schon mal gucken, dass man die Behörden unterrichtet, was da los ist.«

Handlungsperspektiven

Die Praxis des racial profiling muss auf mehreren Ebenen bekämpft werden. Auf öffentlicher Ebene ist es dringend notwendig, das Problem sichtbar zu machen und dafür zu sensibilisieren. Es bedarf also einer breiten Skandalisierung der Anwendung des racial profiling und der Tatsache, dass diese systematisch geschieht. Das kann jedoch nur sinnvoll erfolgen, wenn die eigene Perspektive und Position (z.B. Weißsein) kritisch hinterfragt und auch vermittelt wird. Denn nur im Umgang mit den eigenen rassistisch aufgeladenen Strukturen kann racial profiling verstanden und sinnvoll angegriffen werden, ohne selbst die Vorurteile und Diskriminierungspraktiken zu reproduzieren.

Auch individuelles Eingreifen ist dringend notwendig. Zeug_innen einer verdachtsunabhängigen Kontrolle oder polizeilicher Misshandlung sollten nach kurzer Rücksprache mit den Betroffenen dem Geschehen beiwohnen, die Polizist_innen nach ihren Gründen für die Kontrolle fragen und sich den Betroffenen als Zeug(e)_in anbieten. So kann auf individueller Ebene Druck auf die Beamt_innen ausgeübt werden, körperliche Angriffe mitunter vermieden und Solidarität mit Betroffenen hergestellt werden. ■

12| www.berlin.de/polizei/kriminalitaet/taschendiebstahl.html#orte.

Beyond Rechtsextremismus

Aufruf zur Diskussion

Um den Extremismusbegriff konsequent diskursiv zu bekämpfen, sollten nicht weiter die ihn stützenden Begrifflichkeiten verwendet werden. Doch welche Alternativen zum Begriff des »Rechtsextremismus« sind geeignet? Die Diskussion beginnt mit einem Überblick über Extremismus- und Gegendiskurse – und der Aufforderung, nicht über Begriffe »an sich« zu sprechen.

Entwicklung des Extremismus-Diskurses

In den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik war im Verfassungsschutzbericht von Links- und Rechtsradikalismus die Rede, um mehr oder weniger politisch Missliebiges zu bezeichnen. Mit Hilfe des Extremismuskonstrukts wurden 1973 die Kategorien Links- und Rechtsextremismus eingeführt, um die ›Verfassungsfeindlichkeit‹ der politischen Spektren an den vermeintlichen Rändern der Gesellschaft zu verdeutlichen, vor denen sich die ›wehrhafte Demokratie‹ zu schützen habe. Reihte sich dieser Schritt noch nahtlos in die Totalitarismusdoktrin der sich im Kalten Krieg befindlichen Bundesrepublik ein, erlebte die Extremismuslegende nach dem Untergang der Sowjetunion eine Renaissance. Insbesondere die Wissenschaftler Eckhard Jesse und Uwe Backes waren es, die den Verfassungsschutz und die Logik der Gleichsetzung von Links und Rechts mit ihrer ›Extremismustheorie‹ fütterten (AIB #51 & 83, Lotta #33). Nach dem, von Gerhard Schröder im Oktober 2000 ausgerufenen, ›Aufstand der Anständigen‹ gegen Rechts(extremismus) konzipierte die damalige rot-grüne Regierung die ersten Bundesprogramme gegen ›Rechtsextremismus‹ (Lotta #38).

Mit dem Wiedereinzug der CDU in die Bundesregierung ab 2005 wurde auf bundespolitischer Ebene vermehrt auf die Notwendigkeit der Zurückweisung von ›Linksextremismus‹ hingewiesen. Insbesondere die Diskussionen um den Vergleich der 68er mit den Nazis, die Götz Aly mit seinem Buch ›Unser Kampf‹ mit auslöste, prägten die ›Extremismusdebatte‹ zu Beginn des Jahres 2008. Seitdem steht der ›Extremismus‹ im Fokus von Debatten zur inneren Sicherheit – jedoch mit explizitem Bezug auf ›Islamismus‹ und ›Linksextremismus‹. In Sachsen waren sich der Innenminister Albrecht Buttolo und Jesse darin einig, dass den »Stützpunkten der Linksextremisten« das Geld entzogen werden sollte. Im Herbst plädierte die CDU in Sachsen dafür, die Linkspartei genauso wie die NPD zu behandeln (Lotta #33). Zur etwa gleichen Zeit verweigerten sich in Hessen vier SPD-Landtagsabgeordnete, einer Tolerierung durch die Linkspartei zuzustimmen. Eine von ihnen, Carmen Everts, wies in Erklärungen mehrmals auf ihre Dissertation hin, in der sie in der Logik der Extremismuslegende die rechte Partei »Die Republikaner« mit der PDS verglich. Doktorvater ihrer Dissertation war Jesse. In Nordrhein-Westfalen wurde u. a. die antifaschistische Zeitschrift Lotta mittels Konstruktion eines ›diskursorientierten Linksextremismus‹ in dem Vorabbericht des Verfassungsschutzes 2008 erwähnt, wogegen erfolgreich geklagt wurde (Lotta #38).

Notwendigkeit der Abgrenzung

Diese Entwicklungen blieben für antifaschistische Strukturen nicht folgenlos. Seit der Übernahme der Bundesregierung durch CDU und FDP im letzten Jahr wächst der Druck auf antifaschistische Initiativen spürbar. Im Koalitionsvertrag wurde festgeschrieben, dass die Aufgabenfelder des ›Fonds für Opfer rechtsextremistischer Gewalt‹ und des ›Bündnisses für Demokratie und Toleranz‹ auf »jede Form extremistischer Gewalt« ausgeweitet werden sollen, da sich die Regierung zur Aufgabe gestellt hat, »Extremisten jeder Art (...) entschlossen entgegenzutreten«.[1] Kurze Zeit später stellte die neue (rechte) Familienministerin Kristina Schröder (AIB #85) für das Jahr 2010 zwei Millionen Euro zum Kampf gegen ›Linksextremismus‹ und ›Islamismus‹ zur Verfügung. Für das nächste Jahr sind sogar fünf Millionen Euro vorgesehen. Ein Großteil der Gelder soll in die Forschung gehen.[2]

Parallel zu dieser Entwicklung wurde auf antifaschistischer Seite schon seit den 1990er Jahren über die Extremismuslegende und dem daraus entsprungenen Begriff ›Rechtsextremismus‹ diskutiert. Insbesondere die Implikationen, dass es sich um ein Phänomen des gesellschaftlichen Randes handele und anstelle des politischen Inhalts das Extreme im Vordergrund stehe, führten zur Suche nach Begriffsalternativen. Es sollte nicht länger die falsche ›Hufeisentheorie‹ von Backes und Jesse reproduziert werden, nach der sich Rechts und Links in den ›Extremen‹ annähern. Bereits 1996 wurde der Begriff ›extreme Rechte‹ vorgeschlagen, da somit das Gemeinsame zwischen gemäßigter und extremer Rechter fokusiert und nicht ›links‹ und ›rechts‹ als Varianten des ›Extremismus‹ akzentuiert werde.[3] Das AIB verwendet diesen Begriff seit Jahren anstelle von ›Rechtsextremismus‹.

Mit zunehmenden Versuchen der gesellschaftlichen Diskreditierung von linken und antifaschistischen Personen und Strukturen durch die Offensive gegen ›Linksextremismus‹ wuchs auch das Bedürfnis, diese Entwicklung zu analysieren und zu kritisieren. Das AIB, Der Rechte Rand und die Lotta widmeten sich wie viele andere linke Zeitungen dem Thema mehrmals in den letzten Jahren.[4] Zuletzt wurde in diesem Heft gefordert, sich konsequent vom »staatlich verordneten Antiextremismus und seinen Begrifflichkeiten« zu verabschieden (AIB #86). Die Frage bleibt, welcher Begriff stattdessen verwendet werden soll. Die Alternative ›Extreme Rechte‹ erscheint in diesem Zusammenhang vielen eher als Notlösung, da durch das Adjektiv ›extrem‹ die Logik der ›Extremismusforschung‹ auch reproduziert werde.

Foto: baerchen57

Mehr als ein Wort

Auf diversen Konferenzen, Treffen und Tagungen wird seit einiger Zeit die Frage nach einer adäquaten Begrifflichkeit intensiv diskutiert. Verschiedene Vorschläge von Bezeichnungen wie (Neo-)Nazismus, (Neo-)Faschismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Völkischer Nationalismus bis hin zu Ideologien der Ungleichwertigkeit (um nur einige zu nennen) wurden bisher formuliert. Doch nachdem im Frühjahr die Diskussion in vielen linken Publikationen aufgegriffen wurde, scheint sie langsam wieder ins Stocken zu geraten. Das AIB versteht sich auch als Plattform und möchte an dieser Stelle über Alternativen und deren Notwendigkeit diskutieren.

Damit jedoch eine sinnvolle Diskussion entstehen kann, muss beachtet werden, dass es nicht nur um die Frage nach der Bezeichnung geht. Begriffe sollten nur dann diskursiv in Stellung gebracht werden, wenn Klarheit über das Bezeichnete besteht. Sonst ist die Haltbarkeitsdauer der Bezeichnungen sehr kurz. Voraussetzung für eine Diskussion um Begriffe ›für sich‹ setzt darüber hinaus eine intensive Auseinandersetzung mit Selbstverständnis und Perspektiven antifaschistischer Politik voraus.

Geht es hierbei lediglich um Stigmatisierung, oder darum, in den gesellschaftlichen Deutungskämpfen die inhaltlichen Konzeptionen offenzulegen und zu kritisieren? Geht es nur um Abwehrkämpfe, um Schlimmeres zu verhindern, oder um Alternativen? Und wenn es auch um Alternativen zum Bestehenden geht, wie sähen diese aus? Diese Fragen haben unmittelbar mit der Diskussion um Begriffsalternativen jenseits von Rechtsextremismus oder extreme Rechte zu tun. Lasst uns daher zunächst über die inhaltliche Fülle der Begriffe sprechen, damit die Hülle nicht substanzlos in sich zusammen fällt. ■

1| Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP vom 24.10.2009, S. 92. Abrufbar unter: www.faz.net/dynamic/politik/091024-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf (Zugriff am 1.11.2010).

2| www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/schroeders-extremer-ansatz (Zugriff am 1.11.2010).

3| Kühnel, Reinhard (1996): Die Entwicklung der extremen Rechten seit 1945. In: Mecklenburg, Jens (Hg., 1996): Handbuch deutscher Rechtsextremismus. Berlin, S. 124–143.

4| Hier sind insbesondere folgende Ausgaben zur Lektüre zu empfehlen: AIB #51, #83, #86, Lotta #20, #33, #38 und DRR #116.

»Das muss sich auswachsen«

Mit Sarrazin gegen muslimische Unterschichten

Die deutschen Eliten öffnen sich für rassistische Politik à la Sarrazin – und die Republik rückt nach rechts.

Manchmal kommt Horst Seehofer den Tatsachen bedenklich nahe. Da ist er heftig kritisiert worden, weil er gegenüber dem »Focus« geäußert hat, Deutschland brauche »keine zusätzliche Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen«. Ist der Ministerpräsident Bayerns und Parteivorsitzende der CSU denn etwa ein Politiker der mit dumpfen »Ausländer raus!«-Parolen rechtsaußen im Sumpf zu angeln versucht? Ein rechtsradikaler Hetzer womöglich sogar? »Wenn das, was ich sage, rechtsradikal ist«, ruft Seehofer beim CSU-Parteitag Ende Oktober in München in die Menge, »dann sind zwei Drittel der Bevölkerung rechtsradikal«. Wirklich? Zwei Drittel?

Laute Töne am rechten Rand sind in den großen Parteien en vogue, seit der einstige Bundesbanker Thilo Sarrazin (SPD) mit Hilfe eines Verlages aus dem Hause Bertelsmann fleißig vermeintliche Tabus gebrochen hat. »Multikulti ist tot!«, ließ sich Seehofer vernehmen. Die multikulturelle Gesellschaft sei »gescheitert, absolut gescheitert«, wurde Kanzlerin Angela Merkel (CDU) zitiert. »Ich möchte keine Massenzuwanderung, etwa aus der Türkei, die diese Gesellschaft nicht verträgt«, tönte der Ministerpräsident Hessens, Volker Bouffier (CDU). Es müsse eine »Migrationsdebatte ohne Scheuklappen« geführt werden, so der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann (CDU). Der CSU-Vorstand forderte gleich obendrein ein »Bekenntnis zur deutschen Leitkultur«. Bekannte Publizisten sorgten für Begleitfeuer. »Thilo Sarrazins Buch«, jubelte Ralph Giordano, »ist ein Stoß mitten ins Herz der bundesdeutschen Political Correctness, ein Frontalangriff auf Deutschlands Multikulturalisten, xenophile Einäugige und Pauschalumarmer«.

Keine Frage: Äußerungen, wie man sie bislang vorwiegend von ganz rechtsaußen kannte, haben im Rahmen der sogenannten Sarrazin-Debatte Eingang in den politischen und publizistischen Mainstream gefunden. In der – nur zu berechtigten – Aufregung über den grassierenden Rassismus wird jedoch das politische Konzept gerne übersehen, das Sarrazin in seiner Schrift propagiert – und das mit seinem Rassismus aufs Engste verknüpft ist. Den promovierten Ökonom, der bereits in den 1970er und 1980er Jahren einflussreiche Positionen in Bundesministerien innehatte, treibt vor allem eine Sorge an: die Sorge darum, dass der deutsche Nationalstaat stark und mächtig bleibt. Das wird Sarrazin zufolge nur dann möglich sein, wenn die Basis des heutigen deutschen Einflusses in aller Welt, eine kraftvoll exportierende Industrie auf technologisch modernstem Niveau, auf Dauer erhalten bleibt. Dafür aber sind beispielsweise bestens gebildete Ingenieure nötig, meint Sarrazin, intelligente Manager, kluge Strategen: Bildungseliten brauche das Land.

Mit kaltem Herrschaftsblick macht er sich auf die Suche nach den künftigen Bildungseliten – und stellt fest: Unterschichten steigen in Deutschland kaum in diese auf. Grund ist die sehr geringe Durchlässigkeit des deutschen Bildungssystems, heißt es in seriösen Analysen. Grund sei vielmehr die Erblichkeit von Intelligenz, behauptet Sarrazin. Die Elitenförderung unter Deutschstämmigen gehört elementar zu seinem Programm. Gute Intelligenznoten erteilt er darüber hinaus Menschen aus Asien, stellt jedoch mit Bedauern fest: »Nach Deutschland drängen die hochbegabten Inder und Chinesen leider nicht«. »Türken und Araber« aber, die seit den 1960er Jahren in die Bundesrepublik geholt wurden, um Unterschichtarbeiten auszuüben, hält Sarrazin für weitaus weniger intelligent als die deutsche Bevölkerung – und dies sei erblich bedingt. »Eine große Zahl an Arabern und Türken«, schimpfte er schon 2009, »hat keine produktive Funktion, außer für den Obst- und Gemüsehandel«, und es werde sich »vermutlich auch keine Perspektive entwickeln«. Dieser Bevölkerungsteil »muss sich auswachsen«, forderte er damals. In seinem Buch entwickelt er Vorschläge, wie das geschehen kann: mit Kürzungen bei den Sozialleistungen, mit starkem Druck auf islamisch geprägte Milieus, der seine Objekte zur Auswanderung treibt – und mit einem rigiden Einwanderungsstopp.

Sarrazin bietet ein durch und durch rassistisches Konzept, wie Deutschland seine ökonomisch nicht benötig-

ten Unterschichten loswerden könne. Durchsetzbar dürfte es hierzulande ohne Probleme sein. Dies hat zuletzt eine neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung gezeigt. Aus ihr geht hervor, dass ungebrochen gut ein Viertel der deutschen Bevölkerung als »ausländerfeindlich« klassifiziert werden muss. Mehr als 30 Prozent vertreten der Studie zufolge die Ansicht, man solle bei knappen Arbeitsplätzen »Ausländer wieder in ihre Heimat schicken«. So richtig rund geht es zur Zeit, wenn es gegen Muslime geht. Der Aussage »Ich kann es gut verstehen, dass manchen Leuten Araber unangenehm sind«, stimmen insgesamt 55,4 Prozent der Deutschen zu. Die Aussage »Für Muslime in Deutschland sollte die Religionsausübung erheblich eingeschränkt werden« billigen mittlerweile 58,4 Prozent der Bevölkerung. Repressalien gegen Muslime können demnach auf eine recht solide Zustimmung unter den Deutschen bauen.

Werden Seehofer und Merkel, wenn sie »Multikulti« für »gescheitert« erklären, schlicht und einfach von der Bevölkerungsmehrheit getrieben? Wohl kaum. Ein aktueller Beleg dafür, dass die deutsche Regierung sich von Mehrheiten nicht irritieren lässt, wenn sie konkrete Ziele verfolgt, ist der Krieg in Afghanistan. Die Ablehnung dieses Krieges ist schon seit Jahren hoch, ohne dass dies ernsthafte Konsequenzen für die Berliner Politik gehabt hätte. Hat sich mit dem bevorstehenden Abzug nicht letztlich doch die Bevölkerungsmehrheit durchgesetzt? Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) erklärte diesen Gedanken schon Anfang Juli für absurd. Ursache für die Abzugspläne sei das »Auseinanderklaffen politischer Ziele und militärischer Möglichkeiten«; die Annahme, »die Militärs seien wegen einer wankenden Heimatfront gescheitert«, sei hingegen eine »Legende«, urteilte das Blatt. »Letztlich haben die westlichen Gesellschaften die menschlichen Kosten dieses Krieges wie seine finanziellen Folgen ohne militante Auflehnung ertragen«. Warum also sollte sich die Regierung rassistischen Mehrheiten in der Bevölkerung beugen, wenn sie kein eigenes politisches Interesse an solchen Positionen hätte?

Tatsächlich gibt es ein solches Interesse; Sarrazin hat es beschrieben, Teile der politischen Eliten haben sich an die Realisierung gemacht. »Integrationsverweigerer« müsse man »härter anpacken«, verlangte CSU-Chef Seehofer im Oktober: »Wer ein Arbeitsplatzangebot oder eine notwendige Qualifizierung ablehnt, dem müssen die Sozialleistungen gekürzt oder – in Wiederholungsfällen – komplett gestrichen werden«. »Sanktionsmöglichkeiten bei hartnäckiger Integrationsverweigerung« müssten »konsequent angewandt werden«, hatte CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe bereits Anfang September gefordert. »Deutschland ist kein Weltsozialamt«, heißt es im »Integrations- und Zuwanderungskonzept für Deutschland« der hessischen FDP; bestehende »Sanktionsmöglichkeiten bei fehlender Integrationsbereitschaft« müssten »ausgebaut und das bestehende Vollzugsdefizit abgestellt werden«. Die Vorbereitung konkreter Schritte gegen »Integrationsverweigerer« hat längst begonnen. Freilich ist Sarrazins Konzept nicht unumstritten – deshalb wurde er ja schließlich aus der Bundesbank entfernt –, aber seine Anhänger machen in rasantem Tempo Boden gut.

Sarrazins Anhänger sitzen dabei nicht nur in der »Mitte der Gesellschaft«, sondern vor allem auch dort, wo Sarrazin selbst herkommt: in den Herrschaftseliten. Hans-Olaf Henkel etwa klagte schon 2009, vieles von ➔

➔ dem, was Sarrazin behaupte, treffe zu – aber in der Bundesrepublik würden »gewisse Wahrheiten nicht ausgesprochen, und wenn sie ausgesprochen werden, dann wird sich nicht mit den Punkten auseinandergesetzt«. Henkel, langjähriger IBM-Manager, war von 1995 bis 2000 Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und anschließend fünf Jahre lang Vorsitzender der renommierten Leibniz-Gemeinschaft; er gehört bis heute den Aufsichtsräten mehrerer Großkonzerne an. »Da wird wieder einmal in typischer Art und Weise auf den Überbringer der schlechten Nachricht eingeprügelt«, schimpfte Henkel, als im September 2010 die Debatte um Sarrazin neu entbrannte. Nach seiner Meinung erkundigt hatte sich die rechte Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF).

Gut nachvollziehen konnte man die Elitendebatte um Sarrazin im Herbst in den Leitartikeln der FAZ. Zwar sprach sich ein Teil der Redaktion deutlich gegen seine Thesen aus – aber eben nur ein Teil. »Viel von dem, was Sarrazin gesagt hat, stimmt«, schrieb ein Kommentator der anderen Fraktion. Man erhalte außergewöhnlich viele Leserbriefe zum Thema, berichtete das Blatt, das in den oberen Etagen der deutschen Gesellschaft gern gelesen wird. »Aus den meisten der vielen Briefe (...) spricht Empörung – selten über Sarrazin, in großer Mehrheit aber über die Kritik an ihm.« »Alles kleine Nazis?«, fragte die FAZ provokant: »Es schreibt vielmehr die politische Mitte, die es satthat, als fremdenfeindlich beschimpft zu werden, nur weil sie nicht länger mit den Dogmen eines gescheiterten Multikulturalismus traktiert werden will, für den jeder geschächtete Hammel eine kulturelle Bereicherung ist.«

Die Unterstützung für Sarrazin im Establishment ist breit. Immerhin ist sein Werk in einem Verlag aus dem Bertelsmann-Imperium erschienen; wenn man dem Autor glauben darf, hat der Verlag ihn sogar aus eigenem Antrieb gebeten, das Buch zu schreiben. »Sarrazins Behauptung, dass es besondere, kulturelle Eigenschaften von Volksgruppen gibt, kann heute niemand mehr mit Sachkenntnis bestreiten«, sprang der ehemalige SPD-Bundesbildungsminister Klaus von Dohnanyi Sarrazin bei. »Im Schatten unserer Geschichte und eines oft allzu einseitigen Bildes unserer Selbst scheuen wir uns vor Debatten und Worten, die bei anderen Völkern gang und gäbe sind«, fügte der Sozialdemokrat an, dessen Clan man getrost zu den bundesrepublikanischen Eliten zählen darf. Er fuhr fort – in einem prominent platzierten Kommentar in der Süddeutschen Zeitung: »Also bitte keine Feigheit mehr vor Worten wie Rasse, Juden, Muslime. Es gibt sie. Man darf über sie nachdenken, man darf sie benutzen.« Wenig später durfte die JF eine viertelseitige Anzeige in der Süddeutschen Zeitung schalten. Eigentlich war das nur konsequent.

Alles in allem erinnert die Sarrazin-Debatte an die »Das Boot ist voll«-Kampagne zu Beginn der 1990er Jahre: Die Medien quollen, damals gespeist von einem Konsens der deutschen Eliten, von rassistischer Stimmungsmache gegen die »Asylantenflut« über. Das Ergebnis der Kampagne war höchst konkret: 1993 wurde das alte bundesdeutsche Asylrecht faktisch abgeschafft. Deutschland machte sich auf den Weg, zur globalen Macht zu werden; Flüchtlinge, die Kosten verursachten und keinen direkten ökonomischen Nutzen brachten, waren unerwünscht. Heute, da die Bundesrepublik sich im globalen Konkurrenzkampf durchsetzen will, steht nach Auffassung von Teilen der Eliten ein weiterer Schritt an. Er richtet sich gegen ökonomisch nicht benötigte Unterschichten; eine Art Programmentwurf zum Thema hat Thilo Sarrazin verfasst. Wie zu Beginn der 1990er Jahre geht es dabei nicht primär um rassistische Rhetorik und rassistische Debatten, sondern um höchst konkrete rassistische Politik.

Die Elitendebatte um Sarrazin lässt sich nicht isoliert betrachten. Ein Beispiel dafür, welche Gedanken man sich in den oberen Etagen der Republik sonst noch macht, bietet Oberst Erich

Vad. Vad ist nach Beschäftigungen in Bundeswehr, Auswärtigem Amt und Verteidigungsministerium 2006 als Referatsleiter ins Bundeskanzleramt gewechselt. Der Oberst, heute höchster Militärberater der Kanzlerin, ist Anhänger des »Kronjuristen« der Nazis, Carl Schmitt. Im Jahr 2003 konnte man seine Gedanken über Schmitts »Aktualität« in der Zeitschrift »Sezession« aus dem extrem rechten »Institut für Staatspolitik« lesen. »Europa« müsse, »um auf Dauer zu bestehen, einen adäquaten Machtanspruch erheben«, schrieb Vad. Dem stehe »die Handlungsunfähigkeit einer nachbürgerlichen politischen Klasse« entgegen, »deren Weltbild sich primär aus reeducation, aus den erstarrten Ritualen der Vergangenheitsbewältigung und Achtundsechziger-Mythologie speist«. Schmitts Philosophie, die freilich »im Gegensatz zur idealistischen Utopie einer weltweiten Entfaltung der Menschenrechte, eines friedlichen Ausgleichs der Kulturen und Zivilisationen sowie freizügiger, offener und multikultureller Gesellschaften« stehe, könne Abhilfe schaffen. Vad ist bis heute im Amt.

Apropos »reeducation«: Im Sommer wurde die CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach öffentlich kritisiert, weil sie erklärt hatte, Polen habe schon im März 1939 mobilgemacht. Die Idee, Polen deswegen zumindest einen kleinen Teil der Kriegsschuld zuzuschieben, stammt keineswegs von ihr. Nicht nur Rechtsaußen-Autoren wie Gerd Schultze-Rhonhof, immerhin ein Generalmajor der Bundeswehr a.D., vertreten derlei Thesen schon seit langer Zeit. Ähnliches ist inzwischen auch im Umfeld der Berliner Regierungsapparate zu hören. Gelegentlich heißt es dabei zur Erklärung, in Polen selbst werde darüber diskutiert. Tatsächlich denken polnische Publizisten über die Frage nach, ob sich Warschau 1939 nicht diplomatisch besser hätte verteidigen können. Von »Mitschuld« ist dort keinesfalls die Rede.

Die deutschen Eliten debattieren mittlerweile sogar über den Fortbestand der Demokratie. Es werde heute gelegentlich »der Wunsch nach ›ein klein wenig Diktatur‹« geäußert, schrieb Herfried Münkler im Sommer in der Zeitschrift »Internationale Politik«. Münkler, diesem »Wunsch« höchst abgeneigt, aber als Mitglied im Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik bestens mit dem Berliner Establishment vertraut, schrieb ihn dem Bedürfnis nach größerer Durchsetzungsfähigkeit im globalen Konkurrenzkampf zu. Dabei werde, berichtete Münkler, unter anderem über ein Konzept von Carl Schmitt diskutiert, das unter dem Schlagwort »kommissarische Diktatur« die Errichtung einer Art Teilbereichsdiktatur auf Zeit vorsieht. »Wenn heute verschiedentlich von diktatorischen Befugnissen und Maßnahmen die Rede ist, dann zumeist im Sinne dessen, was Schmitt als kommissarische Diktatur bezeichnet hat«, gab Münkler zu Protokoll: »Es gibt bloß kein Verfassungsorgan, das sich auf das Risiko der Einsetzung eines kommissarischen Diktators einlassen will.«

Ein starker deutscher Nationalstaat, im weltweiten Konkurrenzkampf nicht gehindert durch Mätzchen wie »reeducation« oder »Ausgleich der Kulturen«, vom Ballast alleiniger Kriegsschuld zumindest ein bisschen befreit und bei Bedarf offen für diktatorische Praktiken – das ist kein fest umrissenes Ziel, aber ein Diskursfeld, in das der Wunsch nach Entfernung ökonomisch unnützer Unterschichten durchaus passt. Dabei findet dieser Diskurs, dessen Ausgang freilich noch nicht entschieden ist, nicht bei randständigen Milieus der äußersten Rechten statt – nun gut, dort wohl auch –, sondern in einem Teil der deutschen Eliten. Sarrazins Pamphlete geben die Richtung an, in die inzwischen Regierungsapparate praktisch zu arbeiten beginnen. Damit rückt nicht nur die allgemeine gesellschaftliche Stimmung, sondern die ganz reale Republik nach rechts. ■

Thinktank der »Islamkritik«

Die Bürgerbewegung Pax Europa

Maßnahmen gegen »den Islam« und gegen Muslime haben Konjunktur in (West)-Europa. Auch in Deutschland ist der antimuslimische Rassismus auf dem Vormarsch, wie die von Thilo Sarrazin angestoßene und von Medien und Politik dankbar aufgegriffene »Integrationsdebatte« zeigt. Eine Gruppierung, die weniger Aufsehen erregt, der man aber im Milieu der sogenannten »Islamkritiker« um den Weblog PI-News (siehe AIB #82), die PRO-Bürgerbewegungen (siehe AIB #81) und die neu gegründete Partei »Die Freiheit« immer wieder begegnet, ist die »Bürgerbewegung Pax Europa« (BPE).

Rassisten als Stichwortgeber

Die BPE tritt nach eigener Aussage »für europäische Werte und Freiheiten«, die »Bewahrung der christlich-jüdischen Tradition« und der »europäischen Kultur« sowie »gegen Islamisierung« ein. Gegründet wurde sie im Mai 2008 in den Räumen der Diözese Würzburg als Zusammenschluss der Vereine »Pax Europa e.V.« und »Bundesverband der Bürgerbewegungen e.V.« (BDB).[1] Sie hat ihren Vereinssitz in Wetzlar und zählt nach Eigenangaben momentan rund 800 Mitglieder.[2] Derzeitiger Vorsitzender des Vereins ist Willi Schwend, Unternehmer aus dem baden-württembergischen Wertheim und vor der Fusion Vorsitzender von BDB. Schwend war Wortführer einer Bürgerinitiative gegen einen geplanten Moscheeneubau in Wertheim.[3]

Der Vorgängerverein Pax Europa wurde im Dezember 2006 in Königswinter gegründet. Bei der ersten ordentlichen Mitgliederversammlung im Juni 2007 in Bonn wurde der Publizist Udo Ulfkotte (siehe AIB #85) in den Vorstand gewählt. Er verließ die BPE Ende 2008 wegen eines »zunehmend extremistischen Kurses«. Er bezog sich auf im Internet veröffentlichte Postkartenmotive, die Muslime als Schweine, Pädophile und Terroristen darstellten.[4] Dieser Abgrenzungsbedarf gegenüber einem »extremistischen« Kurs erstaunt insofern, als dass Ulfkotte MigrantInnen als »Wohlstandsvernichter« bezeichnete, »Rückführungsbeauftragte statt Integrationsbeauftragte« forderte und prognostizierte, dass »möglicherweise (...) ja bald schon nicht nur Wahlplakate von Politikern an Laternenpfählen hängen«.[5]

Neben Ulfkotte wurde bei dem Bonner Treffen Rainer Glagow zum Vorstandsmitglied gewählt. Der im Juli 2010 verstorbene Islamwissenschaftler war Vize-Direktor des Deutschen Orient-Instituts in Hamburg und bis 2006 Leiter des Berliner Hauptstadtbüros der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung. Angesichts solcher Mitstreiter ist der politische Einfluss der BPE nicht zu unterschätzen. Dafür spricht auch, dass sich Ulfkotte und Schwend in einem Anschreiben an die Mitglieder im April 2008 damit brüsteten, die CSU-Fraktion im bayerischen Landtag habe auf ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth »mit unserer Hilfe« einstimmig ein Positionspapier verabschiedet, das »in nahezu allen Teilen wörtlich den veröffentlichten Positionen von Pax Europa und BDB entspricht.«[6]

Ein weiteres prominentes Mitglied der BPE ist Rainer Grell, ehemaliger Ministerialrat im baden-württembergischen Innenministerium und Leiter der Abteilung Staatsangehörigkeitsrecht. Grell konzipierte den »Ge-

1| http://buergerbewegung-pax-europa.de/ verein/geschichte.php, eingesehen am 20.09.2010
2| http://bpeinfo.wordpress.com/2010/06/02/hochkaratige-referenten-beider-buergerbewegung-pax-europa/, eingesehen am 20.09.2010
3| Der Wertheimer Moscheebaustreit und sein Protagonist Willi Schwend werden ausführlich dargestellt in dem Dokumentarfilm »Heimvorteil« von Jan Gabriel, 2008.
4| Die Welt vom 17.10.2008, www.welt.de/politik/article2592216/Unter-Islamkritikern-tobt-ein-Karikaturenstreit.html, eingesehen am 5.10.2010; Die Welt vom 2.12.2008. www.welt.de/welt_print/article2813789/Stuermer-Stil-Publizist-Ulfkotte-verlaesst-islamkritische-Bewegung.html,

[1]

[1] Das ehemalige CDU-Mitglied und jetziges Mitglied der Partei »Die Freiheit«, Marc Doll auf einer Kundgebung von Pax Europa in Berlin.

sprächsleitfaden für Einbürgerungswillige«, der bundesweit als »Muslimtest« bekannt wurde.

Zwischen Bürgerlichkeit und Volksverhetzung

Die BPE tritt regelmäßig mit Veranstaltungen und Kundgebungen in Erscheinung, so u.a. am 3. Oktober 2010 unter dem Motto »Für Demokratie und Menschenrechte – gegen freiheitsfeindliche Ideologien« auf dem Potsdamer Platz in Berlin. Bei dieser Gelegenheit trat die österreichische »Islamkritikerin« Elisabeth Sabaditsch-Wolff auf, gegen die in Österreich ein Ermittlungsverfahren wegen Verhetzung (ähnlich der Volksverhetzung in Deutschland) anhängig war. Das BPE-Mitglied war mit Äußerungen wie »Moslems töten oder vergewaltigen Kinder wegen der Religion« oder »Wir werden alle tagtäglich von den Muslimen belogen, weil das ihre religiöse Pflicht ist.«[7] aufgefallen. Sabaditsch-Wolff trat mehrmals bei Tagungen der OSZE für die BPE als »Vertreterin der Zivilgesellschaft« auf. Zu den Tagungen reiste sie auf dem Ticket der »International Civil Liberties Alliance (ICLA)«. Die ICLA ist ein virtuelles Netzwerk so genannter »Islamkritiker« aus Europa und den Vereinigten Staaten. Neben der BPE sind dort beispielsweise die »English Defence League«, »PI-News« und das österreichische »Mission Europa Netzwerk Karl Martell« vernetzt.

Abgrenzung von PRO

René Stadtkewitz, ehemaliges Mitglied der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, ist Gründer des Berliner Landesverbandes[8] und Mitglied des Bundesvorstands der BPE.[9] Stadtkewitz ist in Berlin zu lokaler Bekanntheit gelangt, weil er sich gegen den Willen der Landes-CDU an die Spitze der Proteste gegen einen Moscheeneubau im Bezirk Pankow gestellt hatte. Im September 2010 gründete er die Partei »Die Freiheit«, nachdem er wegen seiner Einladung des holländischen Rechtspopulisten Geert Wilders (vgl. AIB # 88) zu einer Rednerveranstaltung nach Berlin aus der CDU-Fraktion ausgeschlossen worden war.

Anders als zur »Die Freiheit« geht die BPE zu den PRO-Bewegungen auf Distanz. Die mühsam aufrechterhaltene Seriosität und Politikfähigkeit mag man nicht zugunsten einer Kooperation mit der als extrem rechts geltenden Truppe opfern. Der altgediente und über landespolitische Erfahrung verfügende BPE-Funktionär Stadtkewitz mit besten Kontakten in die Hauptstadt-CDU erhält natürlich den Vorzug gegenüber den mehr oder weniger dilettantisch agierenden PRO-Bewegungen. Die Abgrenzung zu PRO wird so zum Lackmustest der Loyalität. So trat das Bundesvorstandsmitglied Wilfried Puhl-Schmidt Anfang Oktober 2010 zurück, weil er selbst auf einer PRO-Deutschland-Kundgebung in Berlin ein Transparent der BPE gezeigt hatte. Zur Begründung seines Rücktritts behalf er sich mit der Erklärung, er »möchte keiner Bewegung, wie z.B. Pro-Deutschland und anderen, die am rechten Rand der Bevölkerung fischen, eine Gelegenheit geben, die BPE mit in ihr Boot zu ziehen.«[10]

Ausblick

Schon die obige Aufzählung von FunktionärInnen der BPE zeigt auf, dass diese Gruppierung keine Splittergruppe randständiger »Extremisten« ist. Im Gegenteil: Ihre Positionen treffen auf Zustimmung in der Mitte der Gesellschaft und ihr Personal rekrutiert sich aus etablierten Vertretern des bürgerlichen Lagers. Ob ihre Strategie des nur notdürftig als »Islamkritik« getarnten Rassismus jedoch langfristig Erfolgsaussichten hat und holländische Verhältnisse vor der Tür stehen, ist noch nicht ausgemacht. Die «Integrationsdebatte« in Folge der Veröffentlichung von Thilo Sarrazins Buch »Deutschland schafft sich ab« hat den »Islamkritikern« jedenfalls eine ungeahnte Aufmerksamkeit für ihre rassistischen Positionen verschafft und es liegt an ihnen, sich das gesellschaftliche Klima realpolitisch nutzbar zu machen. Ihre Politikfähigkeit wird sich an der Frage entscheiden, ob ihnen der Spagat zwischen Anschlussfähigkeit ins bürgerliche Lager und unverhohlener rassistischer Hetze à la PI-News weiterhin gelingt und ob dieses Milieu einen charismatischeren Führer als den blassen Hinterbänkler Stadtkewitz hervorbringt. ■

eingesehen am 5.10.2010

5| Udo Ulfkotte im Interview mit der Leipziger Volkszeitung am 27.8.2010, http://nachrichten.lvz-online.de/f-Download-d-file.html?id=1076, eingesehen am 2.10.2010

6| Es handelt sich um das Papier »Integration statt Gegengesellschaft - Für einen ehrlichen Dialog mit den Muslimen, Grundlagenpapier der Arbeitsgruppe ,Integration und Islam'«, http://www.csu-landtag.de/www/dateien/Kreuth08_Grundlagenpapier_Islam.pdf

7| Zit. n. News.at vom 25. 11.2009, www.news.at/articles/0948/8/256322_s1/news-freiheitlichen-reporterin-veronika-dolna-interview

8|http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2009/11/03/austritt-mit-ankundigung_1758

9| http://www.tagesspiegel.de/berlin/cdu-streitet-ueber-islamkritiker-in-eigenen-reihen/1621082.html

10| www.kybeline.com/2010/10/05/wilfried-puhl-schmidt-ist-vom-vorstand-der-bpe-zuruck-getreten/, Fehler im Original

Die Band »Frei.Wild«

Zwischen Kitsch und Subkultur

Die Südtiroler Band »Frei.Wild« tritt in die Fußstapfen der »Böhsen Onkelz« und feiert damit immer größere Erfolge. Die Neonaziskin-Vergangenheit des Sängers scheint – wie beim großen Vorbild – kein Hindernis zu sein. Ebensowenig sind es die nationalistischen und völkischen Töne der Band, die sich mit den Beteuerungen abwechseln, »unpolitisch« zu sein. Band und Fans scheinen diese Widersprüchlichkeiten problemlos auszuhalten. Das aktuelle Album hat es zwischenzeitlich auf Platz zwei der deutschen Charts gebracht.

Wettlauf um das »Onkelz«-Erbe

Fünf Jahre ist es mittlerweile her, dass sich die rechtsaffine Prollrockband »Böhse Onkelz« aufgelöst hat. Die Aktivitäten um die Gruppe sind seitdem nicht zu einem Ende gekommen: »Onkelz«-Coverbands in rauen Mengen, »Onkelz«-Fanclubs quer durch die Republik, »Onkelz«-Nächte in jeder zweiten Dorfdisko. Unter den zahlreichen Bands, die gerne die Nachfolge der »Onkelz« antreten würden, stechen seit einiger Zeit die 2001 gegründeten »Frei.Wild« heraus. Die Südtiroler (also: norditalienische) Band spielt laut Selbstauskunft »Deutschrock« und reinszeniert die von den »Onkelz« bekannte Marketingstrategie. Die Attitüde versichert den Fans: Jungs, wir sind so wie ihr, wir sind okay, die da oben spinnen, mensch, wir haben schon einiges durchgemacht. Vorläufig scheinen »Frei.Wild« beim inoffiziellem Wettlauf um das »Onkelz«-Erbe die Nase vorn zu haben. Die saarländische Oi-Punkband »Krawallbrüder« konkurrierte eine Zeit lang recht erfolgreich mit, ist mittlerweile jedoch ins Hintertreffen geraten. Vielleicht störte die hohe Affinität zur Punksszene, vielleicht war ihr Marketing nicht aggressiv genug. Die Bremer Hooligan-Combo »Kategorie C« hatte ebenfalls Ambitionen, auf den »Onkelz«-Zug aufzuspringen. Doch auch deren Aufstieg stagniert. »Kategorie C« strebten für den kommerziellen Aufstieg einen Imagewechsel an (»Fußball ist Fußball, Politik ist Politik«), doch der ist noch zu unglaubwürdig und darum tendenziell gescheitert. Die Band ist zu offenkundig rechts für den ganz großen Erfolg.

Phrasenrock: »Wir sind wir«

Nun also »Frei.Wild«. Die Band inszeniert sich als Stimme des gesunden, proletarischen Menschenverstands. Mit Politik habe man nichts zu tun, es geht um unreflektierte und ironiefreie Selbstbestätigung, um das wahre Leben des einfachen Mannes: Wir sind wir. Die Musik ist Rock von Männern für Männer. »Frei.Wild« sind die Boyband in der »Onkelz«-Rockszene – smarte Klamotten, gepflegte Frisuren. »Frei.Wild« machen ein Identitätsangebot, das die Lücke füllt, die von den »Böhsen Onkelz« hinterlassen wurde. Der Irrwitz und der Unsinn ihrer Statements sprechen Bände, »Frei.Wild« und ihre Gemeinde ficht das nicht an. Band und Fans schweißt ein Wir-Gefühl zusammen, dass zentrales Element der Texte ist und auch sein muss: Damit die Abschottung von einer feindlich gesinnten Welt und der eigene Opfermythos funktionieren. Das neue Album »Gegengift« strotzt vor simplen Wir-gegen-Euch-Konstruktionen – Worte wie »wir« und »unser« kommen in den Texten der 14 Songs weit über 100 mal vor. Zur Gegenseite zählen selbstredend Leute, die Kritik an der Band üben.

Ganz nach oben: Charterfolge und Auftritt auf der WM-Fanmeile

»Frei.Wild« haben wachsenden Erfolg. In diesem Sommer tingelte die Band zahlreiche große Rockfestivals ab. Dazu kamen »Onkelz«-Tribute-Veranstaltungen wie die »GOND« (»Größte Onkelz-Nacht Deutschlands«) und das »Viva los Tioz«-Festival. Fanartikel werden maßgeblich über den Metal-Versand »EMP« vertrieben, um den T-Shirtdruck kümmerte sich zumindest zeitweise der Punkversand »Nix Gut«. Das Album »Hart am Wind« kletterte im Erscheinungsjahr 2009 bis auf Platz 15 der deutschen Charts. Der endgültige Durchbruch in den Mainstream

[1] »Frei.Wild« sind die Boyband in der »Onkelz«-Rockszene: Smarte Klamotten, gepflegte Frisuren. Bild dokumentiert von der Internetseite frei-wild.net

kam 2010: Das aktuelle Album »Gegengift« schoss in der Erscheinungswoche aus dem Stand auf Platz zwei der deutschen Charts. Den größten Auftritt der Bandgeschichte gab es Ende Juni 2010 beim offiziellen FIFA-Fanfest zur Fußball-WM am Berliner Olympiastadion vor dem Achtelfinale Deutschland-England. Zur WM hatten »Frei.Wild« die Single »Dieses Jahr holen wir uns den Pokal« veröffentlicht. Mit »wir« meint die norditalienische Band ganz selbstverständlich - Deutschland.

Neonazi-Vergangenheit als Marketing-Gag

Von »Extremismus« jedweder Couleur grenzt sich die Band ab. Weder mit »Hitler«, »Mussolini«, noch mit »Marx und Engels« oder wahlweise auch »Bush und Hussein« wolle man etwas zu tun haben. Wie damals die »Onkelz« bekennt sich auch »Frei.Wild«-Sänger Philipp Burger zur eigenen neonazistischen Vergangenheit. Burger sang früher bei der inzwischen lange aufgelösten Rechtsrockband »Kaiserjäger«. Im Gegensatz zu den »Onkelz« hat er es nach dem Bruch mit der Szene für nötig befunden, nicht unter dem Namen seiner alten Band weiter zu machen. Von der Jugendsünde Neonazismus erzählt Burger freimütig und verleiht sich und der Band damit den Nimbus großer Authentizität.

Politik – oder doch nicht?

Mit der politischen Abstinenz ist es bei »Frei.Wild« so eine Sache. Einerseits wird insistiert, dass man sich für politische Fragen nun überhaupt nicht interessiere und Politik in der Band nichts verloren habe. »Eine Sprache, die lebt und viel zu tiefgründig und nah aus dem Leben ist, als dass sie jemals politisch sein könnte«, schreiben »Frei.Wild« auf ihrer Myspace-Seite in etwas eigenwilliger Logik. »Rechts« könne die Band schon aufgrund ihrer regionalen Wurzeln nicht sein, wird an gleicher Stelle behauptet: »Frei.Wild verstehen sich als 'frei' und damit keineswegs als rechts gesinnt«.

»Frei.Wild« reduziert »Politik« offenbar einzig auf den Machtapparat. Wer sich selbst als »nah aus dem Leben«, »ehrlich« und »bodenständig« begreift, fällt per se aus diesem Raster heraus. Darüber spricht »Frei.Wild« nicht nur sich, sondern auch ihre Fans, die in allen Regionen Deutschlands begeistert auf »Deutschrock«-Partys rennen, von jedem »Verdacht« – und somit von jeder Verantwortung für das eigene Handeln – frei. Wie so oft: wer »unpolitisch« sagt, will betrügen. Denn andererseits verbreiten »Frei.Wild« ohne mit der Wimper zu zucken politische Botschaften. Die Band ist mithin eindeutig politischer, als es die »Onkelz« in den letzten 20 Jahren ihres Bestehens waren. Auf dem aktuellen Album »Gegengift« findet sich der Song »Wahre Werte«. Darin heißt es u.a.: »(...) wo soll das hinführen, wie weit mit uns gehen; selbst ein Baum ohne Wurzeln kann nicht bestehen (...); Sprache, Brauchtum und Glaube sind Werte der Heimat (...); ohne sie gehen wir unter, stirbt unser kleines Volk«

In diesem Song steckt alles, was völkischen Nationalismus ausmacht, insbesondere die Annahmen von Verwurzelung und organischer Zugehörigkeit, kulminierend in der Formel »Heimat heißt Volk, Tradition und Sprache«. Die Ansicht, dass der Mensch gefühlige »Heimat« und eine Volkszugehörigkeit brauche und nur finden könne, wenn er »Wurzeln«, »Erbe«, »Tradition« und Sprache mit einer Region teile, basiert auf einem zutiefst reaktionären Begriff von »Volk«. Es ist nicht nur inkompatibel mit modernen demokratischen Gesellschaften, sondern in der Essenz nichts anderes als Blut-und-Boden-Ideologie. Die politischen Aussagen der Band erschöpfen sich nicht nur im mystisch Völkischen. In ihrem programmatischen Song »Land der Vollidioten« greifen sie aktuelle politische Debatten auf. »Kreuze werden aus Schulen entfernt, aus Respekt vor den andersgläubigen Kindern«, jammert Philipp Burger in diesem Song. Solche Statements sind alles Mögliche – aber ganz sicher nicht »unpolitisch«. Anstelle einer Rebellion gegen die Verhältnisse tritt die folgenlose Stammtisch-Schimpferei gegen »die da oben«, garniert mit politisch rechts aufgeladener Duselei von »Heimat« und »Volk«. »Dummes Volk«, fasst der Sänger in einem Interview seine Einstellung gegenüber der italienischen Bevölkerung zusammen (und beleidigt damit en passant das »Volk« einer ganzen Nation). Er selbst sei kein Italiener: »Ich fühle mich

→

nicht so. Ich fühle mich als Südtiroler, als Gesamttiroler, weder als Deutscher noch Österreicher.« Zu Rechtsrockzeiten in der Band »Kaiserjäger« indes legte er noch Wert darauf, Österreicher zu sein, und als er im WM-Sommer 2010 trällerte »dieses Mal holen wir uns den Pokal« meinte er Deutschland.

Parteinahme für Rechtsaußen

2008 sollten »Frei.Wild« bei der »Freiheitlichen Rocknacht« auftreten, einem Konzert der »Freiheitlichen Jugend«, Nachwuchsorganisation der Südtiroler Partei »Die Freiheitlichen«. Burger selbst war auf Bezirksebene im Eisacktal (Brixen) für die Rechtsaußen-Gruppierung aktiv. Eine Kostprobe aus dem Forderungskatalog der »Freiheitlichen Jugend«: »Südtirol zuerst! Einwanderung stoppen! Heimat schützen! Sofortige Ausweisung von ausländischen Straftätern!« Nach einigem Hin und Her sagte die Band das geplante Konzert ab. Politik würde der Band schaden, so in etwa die fadenscheinige Begründung. Burger trat schließlich aus der Partei aus. Dem Parteiprogramm aber ist er weiterhin treu. Im Internetforum der Band erschien erneut eine Distanzierung von »Politik« und eine Erklärung, wie es zum Engagement für die Partei gekommen sei: »Nur weil man Musiker ist, [muss man] nicht jedes Mal und überall tatenlos zusehen. (..) Es kann nicht sein, dass fast jedes Wochenende gewalttätige Übergriffe ausländischer Gangs auf einheimische Jugendliche begangen werden.«

Ihr Magdeburger Plattenlabel »Bandworm Records« kündigte wegen der durchscheinenden Rechtslastigkeit von »Frei.Wild« die Zusammenarbeit auf. Mittlerweile veröffentlichen »Frei.Wild« als Indieband über das eigene Label »Rookies & Kings«. Der neue Manager Stefan Harder war vorher bei Universal Music und zeichnete dort für Hits wie »Schni Schna Schnappi das kleine Krokodil« verantwortlich.

Der Stolz Südtirols

1919, in der Folge des ersten Weltkriegs, wurde die vormals österreichische Region Südtirols dauerhaft Italien zugesprochen. Derzeit ist die Bevölkerung der Region zu rund 70 Prozent deutschsprachig. Politisch verfügt die Region über eine außergewöhnlich weit reichende Autonomie. Trotzdem wittern »Frei.Wild« allerorten Feinde, gegen die man vorgehen müsse. So singt die Band in ihrer Hymne »Südtirol«: »Südtirol, wir tragen deine Fahne, denn du bist das schönste Land der Welt, Südtirol, sind stolze Söhne von dir, unser Heimatland, wir geben dich nie mehr her. Südtirol, deinen Brüdern entrissen, schreit es hinaus, lasst es alle wissen, Südtirol, du bist noch nicht verlor'n, in der Hölle sollen deine Feinde schmor'n. (..)« Solche Zeilen freuen, wen wundert's, die nationalistische Bewegung in Südtirol. 2010 jubelte das Rechtsaußenblatt »Der Tiroler«: »Die in Südtirol im Südtiroler Schützenbund, zahlreichen Vereinen, den deutschen Oppositionsparteien und auch in völlig unorganisierter Form zu Tage tretende Selbstbestimmungsbewegung hatte in den letzten Jahren vor allem unter der Jugend enormen Zulauf bekommen.« Als Beweis für diese These wird der Erfolg von »Frei.Wild« angeführt.

»Kaiserjäger«

Im Vergleich zu solchen Zeilen sind die Texte der »Frei.Wild«-Vorläufer- und Rechtsrock-Band »Kaiserjäger« gar nicht mal so viel radikaler. Im Song »Meine Heimat heißt Tirol« nutzten »Kaiserjäger« fast wortgleich wie später »Frei.Wild« die Formel von »unserem heiligen Land«. Entscheidender Unterschied zwischen den Gruppen ist der Kontext. »Kaiserjäger« verbanden ihre Inszenierung gewalttätiger Männlichkeit offensiv mit der rechten Skinheadszene: »Eine

Foto: Paheka

Gruppe Glatzen kämpft dagegen an, gegen Weicheier wie Raver und Hippies und Punks.« »Kaiserjäger« stellten ihr Neonazisein nur über die entsprechende Szenezugehörigkeit zur Schau. Die Texte von »Frei.Wild« argumentieren mit sehr ähnlichen Mustern, sie sind nur um die nunmehr störende Neonaziskin-Pose bereinigt und von den gröbsten Obszönitäten befreit.

Philipp Burger erklärt in einem Interview, dass Neonaziskinheads wie alle anderen Gäste bei »Frei.Wild«-Konzerten willkommen seien – »solange sich die Leute benehmen«. Denn: »Nur weil einer was anderes denkt«, dürfe man niemanden ausgrenzen. »Ich kann ehrlich zu ihm sagen ›Willkommen! Aber benimm dich!‹« Allerdings mutmaßt Burger auch, dass »richtig überzeugte Nazis« mit den »Frei.Wild«-Texten »eh nicht klarkommen würden«. Ein Blick in das Neonazi-Internetportal »Thiazi« zeigt das Gegenteil. In der dortigen Bandliste sind »Frei.Wild« neben RechtsRock der Marke »Störkraft« wie selbstverständlich mit Diskografie und vollständigen Liedtexten gelistet.

Neurechte »Frei.Wild«-Fans

Die Salonfaschisten der neurechten Zeitschrift »Sezession« sind ebenfalls »Frei.Wild«-Fans. Was die Band immer leugnet – ihren politischen, nationalistischen Gehalt – wird in der politischen Rechten ohne Umschweife anerkannt. In der Aprilausgabe 2010 erschien ein Text, der zwar bedauert, dass das »politisch korrekte Management« die Band in Richtung politischer Abstinenz »knechten «würde. Dennoch feiert Sezession-Autor Felix Menzel »Frei.Wild« als Paradebeispiel für seine These, dass Pop derzeit eher als die Hochkultur ein vielversprechendes Feld für extrem rechte metapolitische Interventionen sei.

Rebellion der Spießer

»Ihr seid dumm, dumm und naiv, wenn Ihr denkt, Heimatliebe ist gleich Politik. Schaut euch doch um, das Paradies auf Erden liegt hier mitten in den Bergen. Jeder Volksmusikant tritt live im Fernsehen auf, singt über das gleiche Thema, doch da fällt's keinem auf«, hält die Band in »Land der Vollidioten« jeder Kritik an ihrem offenen, völkischen Nationalismus entgegen. Mag sein, dass in der deutschen Volksmusik deutschtümelnde Phrasen beileibe keine Seltenheit sind. So scharf wie von »Frei.Wild« wird es dort jedoch selten formuliert.

Allemal ist die Volksmusik-Referenz auch unter einem anderen Aspekt interessant. »Frei.Wild« werfen mit Begriffen wie »Subkultur« und »Rebellion« umher und verkaufen ihre piefige Bergwelt-Romantik und ihre von Arbeitsethos und Traditionen geprägte Wertewelt als aufständische Coolness. Der Kitsch von »Frei.Wild« minus die E-Gitarren und minus den sinnentleerten Rebellengestus würde durchaus ins Musikantenstadl passen. Wenn Rock jemals gegen irgendetwas rebellierte, dann wohl gegen die himmelschreiende Spießbürgerlichkeit und die Enge, wie sie von der Volksmusik und von »Frei.Wild« repräsentiert werden.

Doch die Band dreht das Prinzip um. »Frei.Wild« sind spießbürgerlich bis in die Haarspitzen und berauschen die Fans mit blumigen Rebellionsphantasien. Sie vermitteln eine Identität des »anders sein« und schaffen es damit tatsächlich auf Festivals, die unter dem Motto »Die Rebellion geht weiter!« angekündigt sind. »Rebellisch« sind allenfalls die Attitüden, wenn die Band jeder Kritik den »Mittelfinger« entgegen streckt und vorgibt, »aus dem Rahmen der Gesellschaft« zu fallen. Das ist ihr schlichtes Erfolgsrezept, bis ins Detail kopiert von den »Böhsen Onkelz«. ■

Das Auswärtige Amt

Aus dem Zwielicht erfolgreich herausgearbeitet?

Die Debatte um die Studie »Das Amt und die Vergangenheit« dokumentiert den Wandel deutscher Vergangenheitspolitik zum Instrument moralischer Selbstlegitimation Deutschlands.[1]

Seit dem Erscheinen wurde die Debatte über das Buch zur NS-Vergangenheit des Auswärtigen Amtes (AA) mit großem öffentlichem Echo geführt. Doch die Rahmenbedingungen haben sich grundlegend gewandelt. Die Täter sind tot. Und je kontrastreicher der Schatten der Vergangenheit, in umso hellerem Lichte erscheint die Gegenwart.

»Das Auswärtige Amt war eine verbrecherische Organisation.« Dieser Satz war Ende Oktober 2010 gleich mehrfach in der Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) zu lesen, jenem Blatt, in dem die alte Garde der deutschen Diplomaten vor Jahren in Anzeigen und Leserbriefen für die Ehre ihrer ehemaligen Nazikollegen fochten. Selbst FAZ Autor Volker Zastrow gestand, dass wer diesen Satz vor wenigen Jahren ausgesprochen hätte, sich selbst isoliert hätte. Im Jahr 2005 hatte der Erlaß des damaligen Außenministers Joseph Fischer, alten Nazis keinen ehrenden Nachruf im Namen des Amtes mehr zu gewähren, einen Sturm der Entrüstung unter ehemaligen Diplomaten ausgelöst. Dieses schlug sich in einer großen Todesanzeige für den ehemaligen SS-Untersturmführer und nachmaligen Botschafter der Bundesrepublik in Japan, Franz Krapf nieder. Ausweislich eines Artikels in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 5. Februar 2005 erbitterte die ehemaligen Diplomaten besonders die Pauschalität, mit welcher Fischers Erlaß eine NSDAP-Mitgliedschaft bewertete. Mit dem Verweis auf die von den Nazis hingerichteten AA-Mitarbeiter und Widerständler Adam von Trott zu Solz und Ulrich von Hassel konnten die ehemaligen Diplomaten ihre Empörung moralisch rechtfertigen.

1| Vgl. AIB # 68; Korpsgeist und Kontinuitäten. Eine kleine Geschichte des Auswärtigen Amtes
2| FAS 24.10.2010 S. 39
3| www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/2010/101028-BM-Historikerkommission.html (eingesehen am 02.11.2010)

Vergangenheitspolitisches Vorspiel in den 1990er Jahren

Als im Zuge der öffentlichen Debatte um die Entschädigung von NS-Zwangsarbeiter_innen zum Ende der 1990er Jahre die Rolle deutscher Firmen ins Rampenlicht des Medieninteresses trat, taten deren Chefetagen, was sie knapp ein Jahrzehnt zuvor noch rigoros abgelehnt hatten. Im Jahr 1989 hatte das Hamburger Institut für Sozialforschung jene Firmen mit der Bitte um Geld für den Erhalt von KZ-Gedenkstätten angeschrieben, die von der Sklavenarbeit der Häftlinge profitiert hatten. Die Zeitschrift »konkret« dokumentierte damals die Ablehnungsschreiben jener Nachfolgeunternehmen der Degussa und der IG Auschwitz, sich finanziell an dem Erhalt der KZ Gedenkstätte Neuengamme zu beteiligen. Nun ließen Thyssen und die Deutsche Bank, Kirchen und kommunale Betriebe sukzessive ihre NS-Vergangenheit durch Historikerkommissionen aufarbeiten. Die beauftragten Historiker_innen bekamen Zugang zu jenen Firmenarchiven, in welche Einsicht zu nehmen zuvor jahrzehntelang linken Historikern wie Karl Heinz Roth, Hans G. Helms oder Eberhard Czichon verwehrt worden war. Am Ende der Forschungsarbeit stand zumeist ein als Buch publizierter Bericht, der einen recht ungeschminkten Einblick in die Verstrickung der Firmen in das System der NS-Zwangsarbeit bot. Die Enthüllungen wurden nicht schamhaft in abgelegenen Fachzeitschriften publiziert, sondern von den Chefetagen öffentlichkeitswirksam auf Pressekonferenzen vermarktet. Aus dem vormaligen Malus der NS-Verstrickung deutscher Firmen war so binnen weniger Jahre ein moralischer Bonus geworden, auf welchen man in der strategischen Kommunikation der Firmenphilosophie stolz verwies. Der Grund für die Offenheit der Firmen im Umgang mit ihrer NS-Vergangenheit liegt auf der Hand. Zum Zeitpunkt der Inauftraggabe der Forschungsberichte waren alle relevanten handelnden Akteure der NS-Zeit tot, sodass sich hieraus kein neues Konfliktpotential entstand.

Erfolgreich bewältigte Vergangenheit – moralische Überlegenheit

Im Falle des »Auswärtigen Amts« nahmen die Dinge einen anderen Lauf. Über Jahrzehnte hatte sich die von der Verteidigung im sogenannten »Wilhelmstraßen Prozess« gestrickte Legende gehalten, das AA habe sich um eine Mäßigung der NS-Außenpolitik bemüht. Gegenstand des Verfahrens war die Frage, in welchem Maße der Staatssekretär des AA, Ernst von Weizsäcker in die Verbrechen des NS-Regi-

[1] Zwielichtige Wege im Auswärtigen Amt in Berlin

mes verstrickt war. Zum Erhalt der Legende, die distinguierten Diplomaten des AA hätten mit dem schmutzigen Geschäft des Judenmordes nicht zu tun gehabt, trug die in der Nachkriegsgesellschaft auf breiten Zuspruch stoßende Metapher bei, die Nazis seien immer die Anderen gewesen. An diesem Bild von einer dem Nazismus ablehnend bis widerständig gegenüberstehenden nationalkonservativen Elite, hatten Akteure des »preußisch-protestantisch-publizistischen Komplexes«(Volker Zastrow; FAS 31.10.2010) wie die spätere ZEIT Herausgeberin Marion Gräfin Dönhoff wesentlichen Anteil. Der Vorhang dieses Entlastungsdiskurses zerriss nur stückchenweise. War es zunächst der Frankfurter Auschwitz-Prozess, der die Mähr von den Nazis einerseits und der Gesellschaft andererseits hinterfragte, so folgten in den nächsten Jahrzehnten immer wieder Diskurswellen, welche die Verstrickung aller gesellschaftlichen Sphären in die Praxis des NS-Staates belegten.

Was die NS-Vergangenheit des AA betrifft, so war es keineswegs so, dass diese zuvor nicht Gegenstand wissenschaftlicher Erörterung gewesen war. So publizierte der Historiker Hans Jürgen Döscher 1987 eine Untersuchung über das AA in den Jahren 1933–1945. Dass diese ebenso wie sein 2005 erschienenes Buch »Seilschaften – Die verdrängte Vergangenheit des Auswärtigen Amts« nicht auf einer allumfassenden Auswertung der Archivquellen des AA basieren konnten, ist nicht dem Autor anzulasten, sondern dem politischen Archiv des AA, das Personalakten als »nicht vorlagefähig« deklarierte und somit unter Verschluss hielt. Mit Fug und Recht kann man Döschers Arbeiten jedoch als gewichtige Vorlagen für die jetzt erschienene Studie bezeichnen.

In einem Interview mit der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung« (FAZ) skizzierte Joseph Fischer Sinn und Ziel der von ihm verordneten kritischen Selbstbefragung des AA in knappen Sätzen. Auf die entlastende Behauptung des Interviewers, FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher: »Wir müssen also sagen: Es gab eine Kontinuität, aber sie war eben keine ideologische«, antwortet Fischer: »Nein. [...] Die Bundesrepublik Deutschland hat sich aus diesem Zwielicht erfolgreich herausgearbeitet.«[2] Der ehemalige Außenminister variiert hier ein Motiv des Umgangs mit der NS-Vergangenheit, welches während der rot-grünen Ära zur dominierenden Sichtweise dieser Zeit aufstieg: Aus der als erfolgreich angesehenen Bewältigung der NS-Vergangenheit leitete das politische Etablisment die Berechtigung ab, nicht nur im Konzert der Großmächte eine erste Geige zu spielen, sondern zugleich auch anderen Ländern Lektionen im Umgang mit ihrer Vergangenheit zu erteilen. Dass Joseph Fischer um eine Instrumentalisierung der NS-Vergangenheit aus Anlass der deutschen Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien nicht verlegen war, ist bekannt. Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis sich jene Bußfertigkeit die sein Nachfolger Westerwelle anlässlich der Vorstellung[3] der verdienstvollen Studie der Historikerkommission an den Tag legte, in moralischen Triumphalismus verwandelt. ■

»Gefährlicher sind die normalen Menschen«

Neue Ansätze bei der NS-Täter-Forschung aus Stuttgart

Klaus-Peter Löwen

»Es gibt Ungeheuer, aber es sind zu wenige, als dass sie wirklich gefährlich werden könnten. Wer gefährlicher ist, das sind die normalen Menschen.« Die Worte des italienischen Schriftstellers und KZ-Überlebenden Primo Levi sind Programm und Leitfaden des Buches »Stuttgarter NS-Täter – Vom Mitläufer zum Massenmörder«, das von Hermann G. Abmayr herausgegeben wurde und zum Teil heftige Reaktionen hervorgerufen hat. So hat Volker Lempp, ein Enkel des NS-»Euthanasie«-Arztes Karl Lempp, versucht, den Verkauf des Buches zu stoppen, was ihm für gut zwei Wochen sogar gelungen ist. Erst im letzten Augenblick hat er den Antrag auf eine einstweilige Verfügung beim Landgericht Stuttgart aus formalen Gründen zurückgenommen. Im Mai 2010 startete er einen erneuten Versuch. Ob er nun tatsächlich gerichtlich gegen das Kapitel über seinen Großvater vorgeht, war bis zum Redaktionsschluss noch offen.

In dem Buch werden in 38 Kapiteln 45 Täter vorgestellt, die zum Teil weit über Württemberg hinaus von Bedeutung waren: Ärzte, Handwerker, Pfarrer, Lehrer, Richter, Unternehmer, Gemeinderäte, Mitglieder der NSDAP, aber auch solche ohne Parteiausweis. Die Wirtschaftskapitel des Buches zeigen beispielhaft, wie die Nazis mit geraubtem Geld die Grundlagen gelegt haben für den Aufstieg so manches deutschen Konzerns. So beschreibt der Wirtschaftsjournalist Ulrich Viehöver den Aufstieg der Firma Porsche in Stuttgart.

Im Gegensatz zu anderen Büchern über NS-Täter befassen sich die Autoren nicht nur mit den obersten Repräsentanten des NS-Regimes und ihren brutalen Helfern in den Lagern oder bei den Einsatzgruppen. Das Buch plädiert für einen weiten Täterbegriff und porträtiert deshalb auch Männer wie Paul Binder, die der NSDAP gar nicht angehörten. Der Filmemacher und Journalist Hermann G. Abmayr porträtiert erstmals den wichtigsten Arisierungsmanager der Nazis, den Banker und Wirtschaftsprüfer Paul Binder, der später als CDU-Politiker zu den »Vätern des Grundgesetzes« gehörte.

Es waren, so zeigen die 30 Autoren des Buches, »normale« Männer, meist aus gebildeten, gut situierten Familien und aus kleinbürgerlichem Milieu, praktizierende Christen und Familienväter, und doch half jeder einzelne von ihnen, das grausame Räderwerk der Vernichtung am Laufen zu halten. Das Spektrum dieser Täter reicht vom Mitläufer, der Unrecht stillschweigend duldete, über den Sympathisanten, der sich durch Denunziation Vorteile verschaffte, bis hin zum Massenmörder, der den Gashahn aufdrehte.

Das Porsche-Kapitel hat schon mit Erscheinen im Oktober 2010 im In- und Ausland für Schlagzeilen gesorgt (DER SPIEGEL, taz, Stuttgarter Zeitung...). Nachdem auch die israelische Zeitung Haaretz über Viehövers Enthüllungen zur Zwangsarbeit im Stuttgarter Porsche-Werk berichtet hatte, sah sich das Unternehmen zu der Ankündigung gezwungen, eine unabhängige Historiker-Kommission einzusetzen, die sich mit dem Thema Zwangsarbeit bei Porsche in Stuttgart-Zuffenhausen auseinandersetzen soll.

Dabei haben die Medien die Sprengkraft des Porsche-Beitrags noch gar nicht erkannt. Viehöver hat Quellen entdeckt, die zeigen, dass der rasche Aufstieg der Firma Porsche, die 1933 beinahe hätte Konkurs anmelden müssen, ohne die Nazis und ohne deren (häufig geraubtes) Geld nicht möglich gewesen wäre. Es stellt sich die Frage, ob sich Porsche nicht ähnlich über ehemaliges Gewerkschaftsvermögen finanziert hat wie VW. Streng genommen müsste das Unternehmen deshalb den Gewerkschaften gehören oder sich zumindest in öffentlichem Eigentum befinden.

Aber auch ein Arbeiter wird vorgestellt, der Maler Eugen Notter, der als 17-jähriger der Gewerkschaft und spä-

Stuttgarter NS-Täter, Vom Mitläufer bis zum Massenmörder
383 Seiten, 48 Schwarz-Weiß-Abbildungen, Verlag Hermann G. Abmayr, Stuttgart.

Weitere Informationen:
www.stuttgarter-ns-taeter.de/

Bestellung
Info@Stuttgarter-NS-Taeter.de

[1] NSDAP-Kreisleiter Adolf Mauer (1. Reihe Mitte) und Stuttgarts Oberbürgermeister Karl Strölin (rechts daneben) zusammen mit Beigeordneten (Fachbürgermeistern) und Ratsherren (Gemeinderäten). Quelle: Stadtarchiv Stuttgart

ter der SPD beigetreten ist. In der Zeit der Weltwirtschaftskrise hat sich der städtische Arbeiter der NSDAP angeschlossen. Die Nazis waren stolz auf ihn, berichten die Autoren Hermann G. Abmayr und Gerhard Hiller, denn sie waren in der Arbeiterschaft nicht gut verankert. 1933 setzte Oberbürgermeister Karl Strölin die gewählten Betriebsräte der Stadt Stuttgart ab und ernannte neue. Zum Vorsitzenden machte er Eugen Notter. Und dann begann das große Reinemachen: Strölin, Notter und Co. haben dafür gesorgt, dass 159 Arbeiter und sechs Angestellte – die meisten von ihnen aktive Gewerkschafter – wegen »politischer Unzuverlässigkeit« entlassen wurden.

Eugen Notter wurde Spitzenfunktionär der Deutschen Arbeitsfront (DAF), Gemeinderat der Stadt Stuttgart und Mitglied des Vorsteherrates der Württembergischen Landessparkasse. Obwohl er kein Eigenkapital besaß, gewährte ihm die Bank einen Kredit zum Kauf eines Drei-Familien-Hauses. Das Anwesen hatten die Nazis der jüdischen Besitzerin im Zuge der »Arisierung« weggenommen. Die meisten jüdischen Bewohner des Hauses sind später in Vernichtungslagern ermordet worden.

Einen Schwerpunkt des Buches bildet das Kapitel »Fachleute der Vernichtung«, in dem sich verschiedene Autoren mit den im Gesundheitswesen beschäftigten Tätern auseinandersetzen. Da waren beispielsweise die Ärzte und Obermedizinalräte Eugen Stähle und Otto Mauthe (Autor: Thomas Stöckle), die im Herbst 1939 im Rahmen der »T4-Aktion« Schloss Grafeneck beschlagnahmten und es als erste Vernichtungsanstalt ausbauen ließen. Albert Widmann (Autor: Hermann G. Abmayr), von Beruf Chemiker, hatte die Aufgabe übernommen, Massentötungsmittel zu entwickeln. Und eben jener Karl Lempp, der kommissarischer Leiter des Städtischen Gesundheitsamtes Stuttgart und Leiter der Städtischen Kinderheime (Kinderkrankenhäuser) war. Autor Karl-Horst Marqaurt weist nach, dass Lempp verantwortlich war für Zwangssterilisationen und die Ermordung von behinderten Kindern.

»Das Buch ist ein Meilenstein in der Regionalen Geschichtsschreibung« schreibt Gabriele Prein in den Informationen des Studienkreises Deutscher Widerstand (Nr. 71, Mai 2010). »Es kann und sollte für andere Städte Anlass zu eigenen Recherchen sein.« Und Ingo Arzt schreibt in der taz: »Die Recherchen in dem Buch sind akribisch und schockierend, denn sie zeigen, wie viele Täter der damaligen Zeit nie als solche verurteilt wurden.« ■

Gewaltspirale Rinks/Lechts

Das Märchen von der Konfrontationsgewalt

Bereits in unserer letzten Ausgabe beleuchteten wir in dem Artikel »Statistische Mogelpackung. Das Innenministerium und seine Statistik über politisch motivierte Straftaten.« die Hintergründe der Debatte um den angeblichen Anstieg linker Straftaten.

Einen Schwerpunkt der »politisch motivierten extremistischen Gewaltkriminalität« stellt die behauptete Links-/Rechts-Konfrontation dar. So wird ein nicht unerheblicher Teil der politisch motivierten Gewaltkriminalität als »Konfrontationsgewalt«, also als links/rechts bzw. rechts/links Auseinandersetzung eingeordnet. Nicht verwunderlich also, dass das Bundeskriminalamt einer Forschungsgruppe um den »Extremismusexperten« Prof. Dr. Uwe Backes vom Hannah-Arendt-Institut Dresden mit der Untersuchung möglicher Wechselwirkungen zwischen NPD-Wahlmobilisierungen und rechter wie linker Gewalt beauftragte.

Erkenntnisse der Studie

Ergebnis ist die nun vorliegende Studie mit dem Titel »NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt«, die den Zeitraum von 2003–2006 in einer Vergleichsstudie zwischen Sachsen und Nordrhein-Westfahlen näher beleuchten soll.[1] Im Mittelpunkt stand die Frage nach den Auswirkungen von NPD-Wahlerfolgen wie 2004 in Sachsen. Zwar konnte in der Datenanalyse ein Anstieg rechter Gewalt nicht ausgemacht werden, wohl aber eine signifikante Zunahme sogenannter Konfrontationsgewalt. Datengrundlage war die polizeiliche Einspeisung von politisch motivierten Gewalttaten in die jeweiligen Themenfelder »Hasskriminalität«[2] und »Konfrontation/Politische Einstellung gegen links« auf Seiten rechtsmotivierter Taten und für die PMK links die Themenfelder »Antifaschismus« und »Konfrontation/Politische Einstellung gegen rechts« und »gegen sonstige politische Gegner«. Insgesamt konnte kein Anstieg rechter Gewalttaten nach NPD-Wahlerfolgen nachgewiesen werden, aber ein Anstieg von »Konfrontationsgewalt« auf beiden »Seiten«. Dabei wurde ein starker Zusammenhang zwischen rechten Demonstrationen und linker Gegengewalt festgestellt. Auch hier handelt es sich bei der Hälfte der als linken »Konfrontationsgewalt« eingeordneten Delikte um angezeigte Straftaten, die sich gegen Polizeibeamte richtete. Rechte »Konfrontationsgewalt« dagegen richtete sich in über einem Drittel der Fälle gegen links und nur in 3,5 Prozent gegen die Polizei.

Ein weiteres Untersuchungsergebnis ist, dass ein Anstieg linker »Konfrontationsgewalt« einige Tage später einen Anstieg rechter »Konfrontationsgewalt« nach sich zieht. Nach Analyse der Autoren deute dies auf eine verspätete Reaktion gegenüber zufällig angetroffenen als links wahrgenommenen Personen hin. Ein umgekehrtes Verhalten Linker konnte nicht festgestellt werden.

Die Autoren, welche den Ansatz der »Konfrontationsgewalt« nie grundsätzlich in Frage stellen, sind dennoch bemüht, über die Betrachtung von Tatspezifik und Tatschwere die besondere Dimension rechter Gewalt zu verdeutlichen. So wird rechte Gewalt als expressiv und als Mittel zur Selbstdarstellung/-verwirklichung sowie Abreaktion von Wut und Hass benannt. Linke »Konfrontationsgewalt« wird dagegen als instrumentell (Gewalt als Mittel zum politischen Zweck) und

Hannah-Arendt-Institut
für Totalitarismusforschung e.V. an der
Technischen Universität Dresden

NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt
Sachsen und Nordrhein-Westfalen im kontrastiven Vergleich

Studie des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden im Auftrag der Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des Bundeskriminalamts

I. Hintergrundinformationen zur Studie

Untersuchungsgegenstand: Mögliche Wechselwirkungen zwischen NPD-Wahlmobilisierungen und dem Gewalthandeln rechter wie linker gewaltgeneigter Szenen.

zielgerichtet benannt und ist demnach stark verbunden mit Demonstrationen und geprägt von geplantem, aufsuchendem Verhalten.

Falscher Ansatz – falsche Erkenntnisse

Das schlichtweg der Ansatz der Konfrontationsgewalt falsch ist, kommt für die Verfechter des Extremismusbegriffes um Backes nicht in Frage. Betroffene, die ausschließlich aufgrund ihres nichtrechten bzw. alternativen Erscheinungsbildes und/oder aufgrund ihrer Ablehnung gegenüber Neonazis angegriffen werden, werden innerhalb der polizeilichen Statistik zu »der gewaltsamen Konfrontation mit militanten linksautonomen Gruppen und sonstigen aus rechter Tätersicht als links gedeuteten Szenen und Lebensstilen (Punker, Hip Hopper)«[3] gezählt.

Der Begriff der »Konfrontation« vermittelt dabei die Existenz zweier »Seiten« (rechts und links), die ihren Konflikt gewalttätig ausleben. Die Untersuchung lässt aber die statistische Angriffshäufigkeit völlig außer Acht. So stellt rechte Gewalt seltener eine direkte Reaktion auf Anti-Neonazi Proteste, sondern den Alltag der Betroffenen dar. In Sachsen wurden beispielsweise in den vergangenen Jahren jeweils zwischen 150–250 Personen aufgrund ihres nichtrechten Erscheinungsbildes bzw. wegen ihrer Einstellung gegen Neonazis angegriffen. Insofern ist es logisch, dass dies auch im zeitlichen Zusammenhang mit Protesten gegen Neonaziaufmärsche passiert. Die Angriffe häufen sich an den Wochenenden aufgrund des Freizeitverhaltens der Täter und nicht aufgrund einer sogenannten links/rechts-Auseinandersetzung. So finden zwar jedes Wochenende Angriffe von Neonazis aber nicht jedes Wochenende Proteste gegen Neonazis statt. Wenn aber wie in der Untersuchung geschehen nur kurze Zeiträume überprüft werden, kommt man zu dem falschen Schluss, dass zwischen Angriff und Protest eine Kohärenz besteht.[4]

Diesen Denkfehler revidieren die Autoren auch nicht bei der qualitativen Untersuchung von Gerichtsakten. Stur im Sinne des »Extremismusansatzes« werden dann schwere rechte Gewalttaten der »Skinheads Sächsische Schweiz« (2005) oder die so genannten Streifenfahrten des »Sturm 34« im Raum Mittweida als »Konfrontationsgewalt« gewertet. Diese organisierten Neonaziangriffe dienten dem Ziel das Gebiet »zeckenfrei« zu machen und die Hegemonie der Neonazis gewaltsam umzusetzen. Wo in solchen brutalen Überfällen der Moment der »Konfrontation« lag, dieser Antwort bleiben sowohl die Verfasser der Studie als auch die Polizei den Betroffenen schuldig.

Mit einer solchen Studie wirken Wissenschaft und Staat aktiv an der Sekundärviktimisierung von Betroffenen rechter Gewalt mit. Die gesellschaftliche Stigmatisierung von häufig jugendlichen Opfern wird vorangetrieben und die Zuschreibung eines öffentlichen Schuldanteils der Geschädigten zumindest billigend in Kauf genommen. Statt den Extremismusansatz aufzugeben und tiefverwurzelte Ungleichwertigkeitsvorstellungen der Mehrheitsbevölkerung sowie daraus resultierende Gewalttaten zu untersuchen, wird rechte Gewalt durch den Vergleich bagatellisiert und legitimer Widerstand kriminalisiert. ■

1| Backes, Uwe/Mletzko, Matthias/Stoye, Jan: NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt. Köln, 2010. Im Internet unter: www.bka.de/kriminalwissenschaften/veroeff/band/band39/band39_npd-wahlmobilisierung.pdf (zuletzt eingesehen am 10. November 2010)

2| Darunter werden die Zielrichtungen »fremdenfeindlich«, »rassistisch«, »antisemitisch« und sonstige gegen »Religion«, »Behinderung« oder »gesellschaftlichen Status« gerichtete Heterophobie subsumiert

3| siehe die nähere Definition der »Konfrontationsgewalt« bei Backes, Uwe/Mletzko, Matthias/Stoye, Jan, S. 126

4| Es wurde jeweils das Auftreten von »Konfrontationsgewalt« am Tag selbst und den vier folgenden Tage nach dem Ereignis überprüft.

Neonazistischer Unterschlupf bei der »FPÖ«

Heribert Schiedel (DÖW)

www.doew.at

Nach Jahren der – von polizeilichem Interesse weitgehend ungestörten – Reorganisation macht die stark verjüngte österreichische Neonaziszene seit einiger Zeit mit verstärkten Aktivitäten und gesteigerter Gewalttätigkeit auf sich aufmerksam. Angeleitet von ehemaligen Kadern der bis in die frühen 1990er Jahre aktiven Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition (VAPO) und der Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP) etablierte sich ab 2000 – unter den begünstigenden Bedingungen einer Regierungsbeteiligung der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – ein Netzwerk »Freier Kameradschaften«. Als Sprachrohr dieser Szene dient seit Frühjahr 2009 die Webseite »alpen-donau.info« und ist gleichzeitig Ausdruck ihrer Radikalisierung. Damit einher ging eine Zunahme neonazistischer Gewalt, jedoch ohne dass von Seiten der Behörden oder der herrschenden Politik darauf adäquat reagiert worden wäre. Erst Ende Oktober 2010 und nach monatelangem politisch-medialen Druck kam es zu 18 Hausdurchsuchungen im mutmaßlichen »alpen-donau.info«-Dunstkreis. Es waren maßgeblich die Recherchen von AntifaschistInnen, die den ehemaligen VAPO-Chef Gottfried Küssel, seinen steirischen Statthalter Franz Radl jun. und eine Gruppe jüngerer Neonazis, davon viele mit (ehemals) burschenschaftlichem Hintergrund, spät aber doch ins Visier der Ermittlungen geraten ließen. Im letzten Verfassungsschutzbericht wurde die Neonazi-Website noch nicht einmal erwähnt. Einer der möglichen Gründe für diese Zurückhaltung im Innenministerium wurde im Zuge dieser Recherchen, die auch militärische Dienste betrieben, publik: Der Sohn eines bis August 2010 führenden Verfassungsschutzbeamten hat zumindest Kontakte ins Küssel-Umfeld.

Auch nach Bekanntwerden dieser Verbindungen erging man sich im Bundesamt für Verfassungsschutz (BVT) in Verharmlosung. So hieß es etwa, bei der AFP handle es sich um eine »angemeldete Partei« und es bestehe daher kein Grund, ihre Veranstaltungen zu beobachten. Ein paar Tage davor traten die deutschen Neonazis Roland Wuttke und Udo Pastörs bei einer solchen unbeobachteten Veranstaltung im oberösterreichischen Offenhausen auf und 2007 attestierte das gleiche Amt dieser Partei noch eine »ausgeprägte Affinität zum Nationalsozialismus«. Ein Jahr darauf sprach jedoch der Wiener FPÖ-Politiker und Burschenschafter Hans-Jörg Jenewein bei der „Politischen Akademie" der AFP, 2009 folgte ihm der Statthalter des FPÖ-Vorsitzenden Heinz-Christian Strache in Wien, Johann Gudenus. Ob in dieser Adelung von Neonazis einer der Gründe für die behördliche Zurückhaltung liegt?

Hetze und Tat

Seit dem rassistischen »Ausländervolksbegehren« der FPÖ unter Jörg Haider (1993) kommt es während oder im Gefolge freiheitlicher Hetzkampagnen immer wieder zu Anschlägen und Gewalttaten von Neonazis. Ermutigt von der geschürten Stimmung schreitet der bewaffnete Arm des Stammti-

[1]

[1] Gottfried Küssel (rechts) gilt als Führungsfigur der österreichischen Neonazi-Szene. Hier am 9. November 2008 beim Gedenken an den Jagdflieger der Wehrmacht Walter Nowotny.

tiv agierenden Verantwortlichen werden „alle freiheitsliebenden Volksgenossen [...] auf die Straße" gerufen – vom autonom-nationalistischen Streetfighter bis hin zum gesetzten Burschenschafter. Dieser neonazistische „Widerstand" ist in mitein- Schweiger dürften auch Kontakte bestehen, hat „Alpen-Donau" doch seine persönliche Ladung zur Hauptverhandlung nach § 3g Verbotsgesetz im LG Klagenfurt am 27. Mai 2009 veröffentlicht. Neben Schweiger bezieht man sich vor allem auf auch als Aufrufe zu weiteren Straftaten gesehen werden können. Vergrößert wird die unmittelbare Bedrohung durch die Veröffentlichung von Fahndungsfotos politischer GegnerInnen samt möglichst vielen privaten Informationen.

[1]

Der Wehrsportler und Neonazi Gottfried Küssel (VAPO, rechts) und weitere Nazischläger betätigen sich als Organisatoren des Aufmarsches zur FPÖ-Feier am Kärntner Ulrichsberg 2009. Der Herr links im Bild ging dabei mehrmals mit Fußtritten und Faustschlägen auf antifaschistische DemonstrantInnen und einen Journalisten los. Auch der wegen seiner Wehrsportübungen verurteilte Hans-Jörg Schimanek jun. gehörte zu den BesucherInnen der freiheitlichen Kranzniederlegung. Wieder wurde eins offenkundig: Die Grenze zwischen FPÖ und Neonazi-Szene existiert nicht mehr. Laut aktueller Umfragen steht die FPÖ knapp davor, zur zweitstärksten Partei in Österreich zu werden.

enterhaken 16

[1] Der österreichische Neonazikader Gottfried Küssel pflegt offenbar bis heute gute Kontakte nach Deutschland. Hier ist er mit dem Leipziger Neonazi-Hooligan Riccardo Olaf S. bei einer Neonazizusammenkunft 2009 auf dem Kärtner Ulrichsberg zu sehen.

Faksimile aus der Zeitschrift »enterhaken« (Graz) # 16, September 2009

sches zur Tat. So auch Mitte Juli dieses Jahres, als ein Neonazi unmittelbar nach einer antimuslimischen Kundgebung in Wien Floridsdorf ebendort in einem mehrheitlich von türkischen Studierenden bewohnten Haus zwei mal Feuer legte, wobei glücklicherweise niemand verletzt wurde. An der Kundgebung gegen einen angeblichen Moscheebau nahmen damals nicht nur gut zwei Dutzend Neonazis teil, sondern auch der FPÖ-Vorsitzende Heinz-Christian Strache.

Tatsächlich ist mit dem Gang der FPÖ in die Opposition (2005) deren Abgrenzung zum Neonazismus immer löchriger geworden. Nachdem schon in den letzten Jahren wiederholt Neonazi-Schläger am Rande von FPÖ-Kundgebungen auf demonstrierende AntifaschistInnen losgegangen waren, wurde zuletzt im Wiener Wahlkampf öffentlich, dass und in welchem Ausmaß vorbestrafte »Blood & Honour«-Kader und andere Neonazis in das FPÖ-Team integriert sind. Derartige Enthüllungen konnten jedoch nicht verhindern, dass die »Freiheitlichen« am 10. Oktober 2010 in Wien auf fast 26 Prozent kamen.

Bereits Ende September 2010 konnte die FPÖ in der Steiermark ihren Stimmenanteil mehr als verdoppeln (10,7 Prozent). Kurz davor detonierte im Eingangsbereich einer Grazer Flüchtlingsunterkunft ein (mutmaßlich selbst gebastelter) Sprengsatz. Angesichts des Anschlagszieles, das sich bereits seit längerem im Visier der FPÖ befand, und eines politischen Klimas, das durch den aggressiv-antimuslimischen FPÖ-Landtagswahlkampf weiter vergiftet worden war, ging sogar der Verfassungsschutz umgehend von einem rassistischen Hintergrund aus. Auch die Neonazi-Internetseite »Altermedia Österreich«, die die »alpen-donau.info«-Truppe kurz davor Robert Faller und seiner Nationalen Volkspartei (NVP) abgenommen hatte, sprach (zustimmend) von »nationaler Notwehr«. Die FPÖ reagierte wie stets bei vergleichbaren Anlässen: Strache deutete an, dass nicht Rassismus hinter dem Anschlag stünde, sondern »interne Konflikte«. Schließlich könne man »Tag für Tag über Ausländerkriege im ganzen Land (lesen)«. Die hier angesprochene Bedeutung österreichischer Massenmedien für die Radikalisierung und Normalisierung rassistischer Diskurse kann gar nicht überschätzt werden.

Lob und Tadel

Gerade konnten sich die Neonazis von »alpen-donau.info« noch über den »durchaus gut geführten Wahlkampf« der Wiener FPÖ (»Mehr Mut für unser ›Wiener Blut‹«) freuen, schon glauben sie Versuche mancher Freiheitlicher, sich von allzu offenem Neonazismus etwas abzugrenzen, erkennen zu müssen. Man fürchtet, dass Strache als Abendlandretter vor dem Islam und wie schon Haider vor ihm auf Distanz gegenüber NS-Apologie, Holocaustleugnung und offenem Antisemitismus zu gehen versucht. Die Paranoiker von »alpen-donau.info« sehen mit Andreas Thierry (Chefredakteur des deutschen Neonazimagazines »Volk in Bewegung« und von 2009 bis Herbst 2010 Beisitzer im NPD Bundesvorstand) und anderen ein »Israel Connection« genanntes »Netzwerk aus Medien, Banken, Parteien und Interessensverbänden« am Werk. Dieses wolle »die europäischen Rechtsparteien für die jüdische Nahostpolitik« einspannen. Manche Parteien wie die Lega Nord (Italien) oder den Vlaams Belang (Belgien) hätten sie »schon unter ihrer Knute«, nun solle auch die FPÖ auf zionistischen Kurs gebracht werden. Zwar seien fast »alle Wähler und Mitglieder der FPÖ« auf Seite der Neonazis, um Strache etabliere sich jedoch angeblich »eine kleine Clique, die die Partei zum Instrument für ›Israels‹ Ziele machen will.«

Auch wenn die »alpen-donau.info«-Macher gerade zu gespielter Sicherheit und Stärke gezwungen sind, steckt in ihren jüngsten Behauptungen viel Wahrheit: Dies gilt nicht nur für die anhaltenden Kontakte in den Polizeiapparat, mit denen man von Anfang an prahlte, sondern auch für die Verankerung im deutschnationalen Milieu: »Glücklicherweise verfügen wir (...) über eine Reihe von Vereinigungen, von den national ausgerichteten Studentenverbindungen, Turnerbünden bis hin zu Wander- und Naturschutzvereinen, kulturellen und gesellschaftlichen Zusammenschlüssen, in denen unsere Tradition hochgehalten wird.« Wie der burschenschaftliche Hintergrund einiger Verdächtiger waren auch die offensichtlich besten Kontakte zur FPÖ wiederholt Gegenstand der Kritik. Auf »alpen-donau« werden sie nicht nur nicht bestritten: »Zudem haben wir in der Freiheitlichen Partei Österreichs eine Vorfeldorganisation, die uns Unterschlupf gewährt und auf deren Strukturen wir zurückgreifen können.« ■

»Verkleidet als Neonazi«

Acht Monate unter Neonazis in Århus

Ein Gastbeitrag des »Researchkollektivet Redox«

Am 24. Oktober diesen Jahres berichtete »21 Sonntag«, die grösste Nachrichtensendung in Dänemark, über die Geschichte einer Frau (Charlotte), welche in einem Zeitraum von acht Monaten das neonazistische Milieu in der zweitgrössten Stadt im Land, Århus, unterwandert hatte. Diese Infiltration geschah in Zusammenarbeit mit dem Recherchekollektiv Redox. Redox ist eine Journalist_innengruppe, die extrem rechte Aktivitäten und Zusammenhänge in Dänemark beobachtet und dokumentiert.

Die Idee zur Infiltration kam auf, als einer der besten Freunde der Frau von der neonazistischen Hooligangruppe »White Pride« überfallen und schwer zusammengeschlagen wurde. Charlotte ist über diesen Vorfall sehr schockiert und entschliesst sich dazu, dass »etwas« gemacht werden müsse. Dieses »etwas« nimmt sehr schnell Gestalt an, als sie heraus findet, dass sich ein alter Bekannter von ihr zum Umfeld von »White Pride« gehört.

Beweggrund für diese Idee war, herauszufinden was die Mitglieder von »White Pride« planen, um so die »Linken« in Århus vor gewaltsamen Auseinandersetzungen warnen zu können.

»White Pride« wurde 1994 gegründet und ist eine extrem rechte Hooligangruppe des örtlichen Fussballclubs Århus GF. »Gewöhnliche« Rassisten sind ebenso bei »White Pride« aktiv wie offen bekennende Neonazis. Neben Konfrontationen mit anderen Hooligans ist »White Pride« auch für eine Vielzahl von Überfällen auf Linke, MigrantInnen und Homosexuelle in Århus verantwortlich. Linke und alternative Jugendliche werden gezielt angegriffen und ihr ehemaliger Treffpunkt wurde immer wieder attackiert.

Sind die »White Pride« Mitglieder nicht bei einem Fussballspiel, treffen sie sich in verschiedenen Kneipen, wie z.B. dem »Weissen Pferd«. Hier machte auch Charlotte ihre erste Bekanntschaft mit »White Pride« und anderen Angehörigen der extrem rechten Szene in Århus.

Charlotte ist zu diesem Zeitpunkt 20 Jahre alt, hat gerade ihr Abitur gemacht und arbeitet in einer Marketingfirma. Der Überfall auf ihren Freund führte dazu, dass sie im Oktober 2008 beschließt, sich unter die Neonazis zu mischen. Sie kontaktiert die Recherchegruppe Redox und bittet um Hilfe. Redox warnt vor solch einem Projekt, aber Charlotte lässt sich nicht davon abbringen. Aus diesem Grund beschliesst Redox, die Idee aktiv zu unterstützen, auch um so fatalen Fehlern vorzubeugen.

Mehrere Male in dieser Zeit trifft sich Charlotte mit Redox. Ziel dieser Treffen ist, dass Charlotte mehr Wissen über das »Who is Who«, die Strukturen und Zusammenhänge der rechten Szene bekommt. Im Gegenzug schreibt Charlotte alle ihre Erfahrungen und Beobachtungen auf und schickt sie an die Recherchegruppe.

Mit ihrem alten Bekannten verbringt Charlotte viele Abende mit den Neonazis in verschiedenen Kneipen der Stadt.

Eines Abends lernt sie Morten kennen. Morten ist ein ehemaliges Mitglied von »White Pride« und nun in der Ultras Gruppe »Nysir« aktiv. Nach aussen hin gibt sich »Nysir« unpolitisch, viele ihrer Mitglieder haben aber einen extrem rechten Hintergrund. Morten kennt viele von »White Pride« persönlich und Charlotte wittert ihre Chance. Charlotte und Morten treffen

[1] »White Pride« und Aktivisten von »Blood & Honour« Dänemark beim Fussballspiel zwischen Lyngbie BK und Arhus GF.

Weitere Informationen unter: www.redox.dk

[2]

[2] Mitglieder von White Pride auf dem Weg zu einem Angriff auf Fussballfans von Odense BK.

sich häufig und durch ihn lernt sie mehrere zentrale Figuren aus der rechten Szene von Århus kennen. Diese Situation setzt sich einige Monate fort und langsam aber sicher wird Charlotte in der lokalen Neonaziszene akzeptiert.

In der gleichen Zeit bekommt die autonome Szene in Århus ein Haus zur Verfügung gestellt. Der Treffpunkt, der einfach »Haus« genannt wird, dient ihnen als Ort in dem politische Treffen, Partys und »Volksküchen« stattfinden. Das »Haus« ist den Neonazis, die Århus als »ihre« Stadt ansehen, ein Dorn im Auge. Aus diesem Grund wird das »Haus« regelmäßig von »White Pride« Mitgliedern angegriffen.

Charlottes Arbeit zeigt aber schon erste Wirkung und so gelingt es ihr, mehrmals die NutzerInnen des Hauses vor Angriffen zu warnen. Das hat Konsequenzen für »White Pride«. Die Leute im Haus können sich auf die Angriffe vorbereiten und es gelingt ihnen mehrfach diese abzuwehren und die Neonazis in die Flucht zu schlagen. Daneben deckt Charlotte auch eine Personenüberschneidung zwischen »White Pride« und der Organisation »Vederfølner« auf. »Vederfølner« ist eine Organisation aus dem rechten Spektrum in Århus, die sich explizit von Gewalt distanziert und versucht, sich als seriöse Gruppe zu verkaufen, welche für die Interessen Dänemarks einstehen will.

Der Austausch ihres gesamten Freundeskreises schlägt sich auf Charlottes Wohlbefinden nieder. Sie fühlt sich mit ihrer Situation oft alleine und hat kaum jemanden mit dem sie ihre Ängste und Gefühle teilen kann. Gleichzeitig kommen sich Morten und sie immer näher und verbringen immer mehr Zeit miteinander.

Die Infiltration gelingt hingegen immer besser und Charlotte dringt immer tiefer in den inneren Kreis der Neonazis ein. Sie erlebt einen Alltag, der geprägt ist von Gewalt, Drogen und den Hitlergruss zeigenden jungen Männern. Mehrfach schrammt Charlotte nur ganz knapp an einer Aufdeckung vorbei. Charlotte hat eine Kontaktperson in der linken Szene in Århus, die als einzige über das Projekt Bescheid weiss. Als sie die Kontaktperson wieder einmal vor einem bevorstehenden Angriff der Neonazis warnen will, tippt sie aus Versehen die Nummer eines Mitgliedes von »White Pride« ein. Kurz vor dem Senden der Nachricht bemerkt sie glücklicherweise rechtzeitig ihren Fehler.

Nach mehreren Monaten Anwesenheit in Kneipen, bei Festen und Weihnachtsessen bekommt Charlotte den endgültigen Beweis, dass die Neonazis sie als eine der ihren ansehen. Sie wird auf die jährliche Generalversammlung der Organisation »Vederfølner« eingeladen.

Ein abruptes Ende wird dem Projekt gesetzt, als eine Mitarbeiterin von Charlotte diese in Begleitung von »White Pride«-Leuten trifft. Die Kollegin ist schockiert, beginnt andere Leute über Charlotte auszufragen und streut das Gerücht, dass Charlotte jetzt in der Neonazi-Szene verkehre.

Nach einer kurzen Situationsanalyse beschließen Charlotte, ihre Kontaktperson und Redox, das Projekt zu beenden. Innerhalb kürzester Zeit bricht Charlotte alle Kontakte ins rechte Milieu ab. Als Grund gibt sie an, sich in einen Muslim verliebt zu haben. Die Neonazis fallen darauf herein und die Folge sind E-Mails mit wüsten Beschimpfungen als »Volksverräterin«.

Seitdem hat Charlotte in Zusammenarbeit mit zwei JournalistInnen ihre Erinnerungen und Erfahrungen zu Papier gebracht.

Das Ergebnis ist das Buch »Verkleidet als Nazi« das am 26. Oktober diesen Jahres erschienen ist. Diese Veröffentlichung hat für einigen Wirbel gesorgt und die erste Auflage ist schon vergriffen. Die Reaktion der Neonazis bestand aus Versuchen, das Buch zu bagatellisieren und ihre Geschichte als Lüge darzustellen. Fakt ist jedoch, dass dieses Projekt, die daraus gewonnenen Erkenntnisse und die Herausgabe des Buches mit der daraus resultierenden Medienaufmerksamkeit als ein grosser Erfolg zu werten sind. Es ist ein herber Rückschlag für die ansonsten sehr starke rechte Szene in Århus. Das erste Mal seit Jahren befinden sie sich in der Defensive.

Charlotte hat Århus verlassen und wohnt unter Schutz und einer heimlichen Adresse irgendwo in Dänemark.■

Migrationsmanagement gegen Schattenexistenzen

»Grenzregime, Diskurse / Praktiken / Institutionen in Europa« (Hg.: Hess & Kasparek, Verlag Assoziation A)

»Lebenssituation von Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere in Hamburg« (Hg.: Diakonisches Werk Hamburg)

Sie sind seltener geworden – die Bilder der angeschwemmten Toten ebenso wie die Bilder der ausgemergelten Bootsflüchtlinge. Auch Containerladungen menschlichen Elends belästigen nur noch manchmal den medialen ‚weiß und unbeschwert'-Tenor unseres Alltags. Dass die von uns zugerichtete Welt eine bessere geworden wäre, denkt vermutlich niemand, der im Besitz einer funktionsfähigen Gehirnzelle ist. Woran das liegt und wie es organisiert wird, dass wir von solchen Zumutungen verschont werden, ist in »Grenzregime« eindrucksvoll dargestellt. Im Abschnitt »Akteure« wird die Rolle der in der Regel als humanitäre Organisation wahrgenommenen UNHCR genauso analysiert und angeprangert wie die der einschlägig bekannten Organisationen Frontex, CIGEM oder IOM, die sich im Wettkampf um die Platzierungen übel, übler, am übelsten befinden.
Der euphemistische Ausdruck »Migrationsmanagement« ist die Umschreibung für einen Krieg mit unzähligen Toten, den die reichen Länder durch Verlagerung in möglichst weit von ihren Grenzen entfernte Regionen immer erfolgreicher außerhalb der alltäglichen Wahrnehmung führen. Sensationell ist es fast schon, wenn überhaupt eine Berichterstattung stattfindet, denn eine der wichtigsten Aufgaben dieser Einrichtungen ist es, so unauffällig zu agieren, dass möglichst keine Medienpräsenz entsteht.
Die Migrationsforschung spielt in diesem unrühmlichen Sumpf eine ebenso unrühmliche Rolle. Sie ist auf Grund der politischen Vorgaben und der daraus resultierenden Mittelvergabe längst eher zum Büttel der Kontrollinstitutionen verkommen und dient sich mit glitzernder Schleimspur als Wissenslieferantin zur besseren Kontrolle der Migrationsbewegungen an. Der Politik des großen Schweigens versucht die kritische Migrationsforschung entgegenzuwirken. Der Band »Grenzregime« analysiert neben den Praktiken der Migrationskontrolle auch Methoden und theoretischen Hintergrund dieses komplexen Repressionsbereichs. Es ist ein tiefer Blick in die Hölle der Migration und in die Höhle der Migrationspolitik – eine der schlimmsten Seiten unserer Gesellschaft, die dieser Band ans Licht zerrt.
Und sollte das ausgefeilte Instrumentarium versagt haben, das die Unerwünschten draußen vor den Mauern der Festung hält, dann ist das Leben als Papierlose_r eher die Regel als die Ausnahme für diejenigen, die es ‚geschafft' haben. Wie diese Variante der Nichtexistenz aussieht und welche Konsequenzen sie hat, untersucht die Studie »Lebenssituation von Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere in Hamburg«. Zwei Fallbeispiele daraus:
»Diese Frau befürchtet nicht nur, ohne Versicherungskarte (im Krankenhaus d.V.) nicht versorgt, sondern darüber hinaus an die Ausländerbehörde verraten zu werden.«
»In den ersten beiden Monaten hatte sie 500 Euro für ihre Arbeit bekommen. Für den dritten Monat bekam sie nichts, weil sie beim Bügeln Wäsche verbrannt hat.«
Die Schwierigkeiten im Alltag, angefangen mit der ständigen Angst vor Entdeckung über das Durchsetzen einer Entlohnung, sind bereits immens. Krankheit wird existenzbedrohend und sollten noch Schwangerschaft oder Schulpflicht der Kinder anstehen, ist die Drohung der Abschiebung direkt gegeben. Dass der gesamte Apparat, der mit Aufenthaltsrecht, Migration und Flucht zu tun hat, von einer bei genauerer Betrachtung fassungslos machenden Ignoranz, Rohheit und Skrupellosigkeit geprägt ist, liegt in der Natur seiner Existenz und wird gerne ausgeblendet. Die ‚Papierlosen', ‚Illegalen' oder ‚Illegalisierten' – um die gebräuchlichsten Ausdrücke für ‚ganz unten' in unserer Gesellschaft zu benennen – sind kein verschwindend kleiner Teil der in Deutschland lebenden Menschen. Wer im Restaurant jemals eine Pizza verspeist hat oder im Café eine Toilette benutzt hat, konsumierte ziemlich wahrscheinlich eine Dienstleistung der aktuellen Variante der Sklaverei. Und diese wird immer weiblicher. 80 % aller Flüchtlinge weltweit sind Frauen. War der Flüchtling in Deutschland bisher männlich – eine Folge der teuren und aufwändigen Flucht, wobei Frauen die dazu benötigten Ressourcen oft nicht aufbringen konnten – ist die Nachfrage von frauenspezifischen Dienstleistungen (als Reinigungskräfte, im Haushalt, im Pflegebereich, in der Gastronomie und auch in der Sexindustrie) der Grund einer ‚Feminisierung der Migration'. Der Nachfrageanstieg häuslicher Dienstleistungen ist hier ein wichtiger Faktor. Dort ist die Chance für Papierlose höher, unentdeckt zu bleiben, anders als in der Gastronomie oder dem Baugewerbe, die vom Zoll bzw. der ‚Finanzkontrolle Schwarzarbeit' eher überwacht werden.
Auf über 200 Seiten wurden die unterschiedlichen Aspekte illegalisierten Lebens akribisch zusammengestellt und mit allen rechtlichen Hintergründen versehen. Da die Studie vom Diakonischen Werk herausgegeben wurde, ist sie in ihren politischen Forderungen auf humanitäre Aspekte und Verbesserungen beschränkt, beschäftigt sich auch mit den rechtlichen Ursachen von ‚Illegalität', aber thematisiert nicht die gesellschaftliche Ideologie, die Solches überhaupt ermöglicht. Die Stärke der Studie liegt in der Fähigkeit der Autor_innen, die Schlussfolgerungen prägnant und in verständlicher Weise auf das Wesentliche zu bringen. ■

Sabine Hess / Bernd Kasparek (Hg.), Grenzregime, Diskurse / Praktiken / Institutionen in Europa
Assoziation A, Berlin / Hamburg 2010
ISBN 987-3-935936-82-8
296 S., 18,00 EUR

Diakonisches Werk Hamburg (Hg.), Fachbereich Migration und Existenzsicherung, Leben ohne Papiere, Eine empirische Studie zur Lebenssituation von Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere in Hamburg, mit Beiträgen von Dita Vogel, Manuel Aßner, Emilija Mitrović und Anna Kühne, Königstraße 54 22767 Hamburg, Oktober 2009
Download: http://www.diakonie-hamburg.de/fix/files/doc/Leben_ohne_PapiereLF.pdf

Gerhard Feldbauer, Der Heilige Vater Benedikt XVI. – Ein Papst und seine Tradition
ISBN 978-3894384159
PapyRossa Verlag Köln, 2010
209 Seiten; 14,90 EUR

»Was ist von Joseph Ratzinger als Papst zu erwarten? Nichts Gutes wäre eine vereinfachende Antwort. Zutreffender dürfte sein, dass bei ihm mit weit Schlimmerem als bei seinem Vorgänger zu rechnen ist«. Zu dieser treffenden Einschätzung gelangt Gerhard Feldbauer, der mit diesem Buch eine kompakte und gelungene Einführung über Wesen und Wirken der katholischen Kirche, insbesondere aber des deutschen Theologen Joseph Ratzinger als Papst Benedikt XVI., liefert.

Im ersten Kapitel geht der Autor der Frage nach wie die rechten und reaktionären Kirchenkreise, nach den Liberalisierungsbestrebungen Johannes XXIII. (1958-1963) wieder an Einfluss gewinnen konnten. Bestimmendes Merkmal dieser Bestrebungen war die Wahl Johannes Paul II. 1978 zum Papst und dessen »Heilige Allianz gegen den Kommunismus« die eine regelrechte Gegenreformation einleitete. Mehr als nur tatkräftige Unterstützung erhielt der amtierende Papst hierbei seit 1981 durch seinen Chefideologen in Gestalt des Präfekten der Glaubenskongregation, Joseph Ratzinger. Dieser konnte als gewiefter Taktiker, seit seiner Priesterweihe 1951, immer wieder Akzente setzen und hat bereits 1977 mit dem Aufstieg zum Kardinal, den Weg in den »Kreis der Mächtigen der Kurie« geschafft. Im weiteren Verlauf legt Feldbauer ein Reihe von Kontakten, Maßnahmen und politischen Taktierereien offen, die Ratzingers Zielen der reaktionären Gegenoffensive innerhalb der katholischen Kirche und außerhalb der Gesellschaft dienten. Der Kampf gegen die Befreiungstheologie als herausragenden Schwerpunkt seines inquisitorischen Wirkens und die Ernennung zum Papst runden dieses Kapitel ab.

Wie sich die Entstehung der Papstmonarchie und die Festigung der katholischen Kurie, unter zur Hilfenahme der Kreuzritter und der Inquisition gestaltete wird im zweiten Kapitel übersichtlich dargestellt. Die Unterstützung des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus durch die katholische Kirche, dem weiterführenden Engagement für nationalsozialistische Täter in Form von Fluchthilfe nach Südamerika nicht zu vergessen, ist Aufgabe eines weiteren Kapitels. Dies schließt mit einer Bestandsaufnahme der Begünstigungen der im Dezember 1946 zugelassenen Mussolini-Nachfolgepartei »MSI« in den Anfängen der italienischen Demokratie.

Seligsprechung von 498 faschistischen Anhängern Francos, Rücknahme der Exkommunikation von vier Bischöfen der »Piusbrüder«, unter ihnen der britische Holocaustleugner Richard Williamson, und das Zusammenspiel mit dem klerikal-faschistischen »Opus Dei«, machen deutlich, worauf das Pontifikat Ratzingers abzielt: Benedikt XVI. setzt die reaktionäre Gegenoffensive seines Vorgängers nicht einfach nur fort, er verstärkt sie noch.

Fällt diese Thematik in der alltäglichen politischen Auseinandersetzung mit extrem rechten bzw. reaktionären Kräften häufig unter den Tisch, gibt dieses gut lesbare Buch einen gelungenen Einstieg für alle, die sich intensiver mit dem Thema befassen wollen. ■

Abonniert

das Antifaschistische Info Blatt

Abokonditionen

Preise*

→ für 5 Ausgaben im Abo 15,50 Euro

Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je 3,10 Euro

→ ab 5 Exemplaren 20 % Rabatt

→ ab 50 Exemplaren 25 % Rabatt

* Alle Preise inklusive Umsatzsteuer, Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.

AIB 88
Neonazis in Osteuropa; 1.000 Kreuze für das Leben; Tödliche Schüssen – Der Tod von Dennis J.

AIB 87
Neonazis in der Rockerszene; »PRO-NRW« – Riese unter Zwergen; Die deutsche »Truther«-Bewegung

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
23. Jahrgang
Nummer 89 | 4.2010

Preis 3,10 Euro
Auslandspreis 4,10 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

Empfänger_innen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Timo Kählke 12.12.91
Sahin Calisir 27.12.92
Gürcün Ince 29.05.93 Ronal
Sadri Berisha 08.07.92 Willi Worg 28.03.01
Karl Heinz Lietz 01.11.99 Nam
Karl-Hans Rohn 13.11.92 Werner Weickur
Beate Fischer 23.07.94 Oleg Valger 20.01.04 Helmut Lej
Helmut Sackers 29.04.00 Aleksander Schleiche
Name unbekannt 16.07.93 Klaus-Dieter Gerecke 24.06.00
Frank Bönisch 24.08.92 Günter Schwannecke 29.08.92
Marwa el Sherbini 01.07.09 Jorge Gomondai 31.03.91
Daniela Peyerl 01.11.99 Nihad Yusufoglu 28.12.90 Pete
Augustin Blotzki 08.05.97
Dorit Botts 17.08.01 Mechthild Bucksteeg 07.10.03 Hans-Jochen Lommatsc
Thorsten Lamprecht 09.05.92 Mohamme
Ingo Finnern 19.03.92 Matthias Larisch von Woitowitz 14.06.00
Hatice Genc 29.05.93 dreiköpfige Familie aus Sri Lanka 31.01.92 Klaus F
Josef Anton Gera 17.10.97 Karl-Heinz Teichmann August 08
Mathias S. 23.09.97 Agostinho Comboio 16.06.91 Peter T. 03.06.95
Andrzej Fratczak 07.10.90 Jürgen S. 09.07.00 Dragomir Christine
Stefan Grage 23.02.97 Thomas Goretzky 14.06.00
Norbert Plath 27.07.00 Martin Görges 30.01.04 Amadeu Antoni
Dieter-Klaus Klein 01.08.92 Kajrat Batesov Mai 2002
Carlos Fernando 15.08.99 Nguyen Van Tu 24.04.92
Farid Guendoul 13.02.99 Kolong Jamba 07.12.93
Gerhard Fischhöder 10.07.03
Gerd Himmstädt 03.12.91 Hans-Peter Zars
Yeliz Arslan 22.11.92 Boris Morawek 13.07.96 Matthias Knab
Dieter Manzke 09.08.01 Patrick Thürmer 03.10.99
Bernd Schmidt 31.01.00 Thomas Schulz 28.03.05
Ahmet Sarlak 09.08.02 Olaf Schmidke 17.04.97
Chris Danneil 17.04.97 Andrea
Dieter Eich 25.05.00 Peter Siebe
Malte Lerch 12.09.00